

Zwei Jahre Hochschulpakt 2020 (1. Phase) – eine Halbzeitbilanz

16 Länderberichte zu Herausforderungen,
Maßnahmen und (Miss-)Erfolgen

Christian Berthold
Gösta Gabriel
Thimo von Stuckrad

CHE Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH
Verler Str. 6
D-33332 Gütersloh

Telefon: (05241) 97 61 0
Telefax: (05241) 9761 40
E-Mail: info@che.de
Internet: www.che.de

ISSN 1862-7188
ISBN 978-3-939589-86-0



Zwei Jahre Hochschulpakt 2020 (1. Phase) – eine Halbzeitbilanz

16 Länderberichte zu Herausforderungen, Maßnahmen
und (Miss-)Erfolgen

Christian Berthold
Gösta Gabriel
Thimo von Stuckrad

***Arbeitspapier Nr. 118
April 2009***

Zwei Jahre Hochschulpakt 2020 (1. Phase) – eine Halbzeitbilanz

16 Länderberichte zu Herausforderungen, Maßnahmen und (Miss-)Erfolgen

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	4
Länderberichte	6
Vorbemerkungen.....	6
Länderbericht Baden-Württemberg.....	10
Länderbericht Bayern.....	16
Länderbericht Berlin.....	22
Länderbericht Brandenburg.....	27
Länderbericht Bremen.....	32
Länderbericht Hamburg.....	37
Länderbericht Hessen.....	42
Länderbericht Mecklenburg-Vorpommern.....	47
Länderbericht Niedersachsen.....	52
Länderbericht Nordrhein-Westfalen.....	58
Länderbericht Rheinland-Pfalz.....	64
Länderbericht Saarland.....	69
Länderbericht Sachsen.....	74
Länderbericht Sachsen-Anhalt.....	79
Länderbericht Schleswig-Holstein.....	84
Länderbericht Thüringen.....	89
Zusammenfassung.....	94
Bewertung.....	100
Anhang.....	107

Einleitung

Deutschland befindet sich in schwierigen Zeiten. Die Herausforderungen von heute, die oft mit dem Dreiklang *Wissensgesellschaft, Globalisierung, Demographie* beschrieben sind, werden in Zeiten der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftskrise noch komplexer und anspruchsvoller. Die Bundesregierung ist dieser neuen Lage mit umfangreichen Maßnahmen entgegengetreten. Entscheidender vielleicht noch für die Zukunft des Landes und Europas ist jedoch, wie gut die jungen Generationen ausgebildet werden. Wie gut sie auf die Fährnisse und Wagnisse von Morgen vorbereiten werden. Vor lauter aktueller Krise und der Diskussion ihrer Bewältigung fällt aus dem Blick, dass eine Dauerkrise an den deutschen Hochschulen existiert. Auch diese wird sich verschärfen, wenn vor allem in den westdeutschen Flächenländern die letzten geburtenstarken Jahrgänge die Schulen verlassen. Durch einen Wandel im Bildungsverhalten werden prozentual mehr von ihnen als jemals zuvor eine Hochschulreife erlangen, von denen dann auch die Mehrheit ein Hochschulstudium anstrebt. Damit reagieren die jungen Menschen bereits auf die neuen Anforderungen einer globalen Wissensgesellschaft, die einen ausgeprägten Bedarf an Höherer Bildung hat. Der Nachfrageanstieg wird durch die Schulzeitverkürzung von dreizehn auf zwölf Jahre bis zum Abitur zusätzlich verschärft. Dadurch entstehen doppelte Abiturjahrgänge, da im selben Jahr die Abiturienten nach zwölf und nach dreizehn Jahren die Schule verlassen. Zwei ostdeutsche Bundesländer (Sachsen und Thüringen) sind von diesem Phänomen ausgenommen, da sie nie auf das dreizehnjährige Abitur umgestellt haben. Rheinland-Pfalz bleibt vorerst bei dem neunjährigen Gymnasium. Den Anfang der doppelten Abiturjahrgänge machte Sachsen-Anhalt 2007. Der Höhepunkt wird in der Zeit von 2011 bis 2013 erreicht, wenn die großen westdeutschen Flächenländer ihre Umstellung abschließen und dadurch ein immenser Anstieg der Studiennachfrage zu erwarten ist. 2016 wird Schleswig-Holstein als letztes Land die Schulzeit bis zum Abitur verkürzt haben.

2007	Sachsen-Anhalt
2008	Mecklenburg-Vorpommern
2009	Saarland
2010	Hamburg
2011	Bayern, Niedersachsen
2012	Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Berlin,
2013	Hessen I, Nordrhein-Westfalen
2014	Hessen II
2016	Schleswig-Holstein

Tabelle 1: Verkürzung der gymnasialen Schulzeit

Das deutsche Hochschulsystem wird im wesentlichen noch immer inputorientiert gesteuert, daher erzeugt eine höhere Nachfrage nach Studienplätzen in erster Linie keine zusätzlichen Studienplätze, sondern provoziert weitere Zugangsbeschränkungen (*numerus clausus*) zur begrenzten Zahl an Plätzen. Dieser Zusammenhang bleibt bestehen, bis eine entsprechende politische Präferenzbildung dazu führt, dass den Hochschulen mehr Grundmittel zur Verfügung gestellt werden, damit diese zusätzliche Kapazitäten aufbauen können. Erst damit entstehen auch tatsächlich mehr Studienplätze. Erst dann können mehr junge Menschen ein Studium aufnehmen, zu dem sie befähigt und willens sind.

Die Politik (das heißt hier Bund und Länder) hat sich im *Hochschulpakt 2020*¹ darauf verständigt, für mehr Studienanfänger/-innen zusätzliche Mittel bereit zu stellen. So soll 91.370

¹ Im Folgenden wird der Hochschulpakt 2020 verkürzt als *Hochschulpakt* benannt. Er ist jedoch nicht zu verwechseln mit den ggf. vorhandenen Hochschulpakten in den einzelnen Bundesländern.

zusätzlichen Studienanfänger/-innen von 2007 bis 2010 in Deutschland ein Studium ermöglicht werden. Die Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger/-innen gegenüber einem Basiswert bedeutet aber nicht zwangsläufig die Schaffung neuer Studienplätze. Vielmehr kann die Zahl der Studienanfänger/-innen in einem Hochschulsystem auch dann wachsen, wenn kein einziger neuer Studienplatz geschaffen wird. Dies wird insbesondere durch höhere Auslastungsquoten bereits bestehender Studienkapazitäten, durch die Ausweitung von Lehrbeauftragungen sowie die Absenkung von Betreuungsintensitäten erreicht. Für die zusätzlichen über 91.000 Studienanfänger/-innen hat der Bund zunächst 565,7 Mio. € den Ländern zur Verfügung gestellt. Nur ein Teil davon (438,4 Mio. €) dient dem Aufbau zusätzlicher Kapazitäten bzw. wirkt als Auslastungsprämie, während der übrige Betrag in den Erhalt von Studienplätzen in den ostdeutschen Bundesländern und den Stadtstaaten fließt (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 3f.). Die 438,4 Mio. € sollen von den Empfängerländern um den gleichen Betrag aufgestockt werden, so dass der Hochschulpakt 2020 in seiner ersten Phase bis 2010 theoretisch auf eine Gesamtsumme von 1.004,1 Mio. € kommt. Von der Größenordnung her entspricht dies etwa 1% der Mittel, die zur Stützung der Hypo Real Estate herangezogen werden.

Die ersten beiden Jahre des Hochschulpaktes sind vorbei und damit ist für diese erste Phase von 2007 bis 2010 sozusagen die Halbzeit erreicht. Es ist also an der Zeit, ein erstes Resümee zu ziehen und zu überprüfen, wie weit die Länder ihren Verpflichtungen gemäß dem Hochschulpakt, aber auch ihren Verpflichtungen gegenüber der jungen Generation gerecht geworden sind. Eine solche Zwischenbilanz ist ja auch angezeigt vor dem Hintergrund des anstehenden Abschlusses für die zweite Phase des Hochschulpaktes (2010 bis 2015), wozu in Kürze eine formelle Unterzeichnung stattfinden soll. Die Bewertung der Ergebnisse für die zweite Phase fällt sicher leichter, wenn man einen Eindruck davon gewonnen hat, wie die erste Phase umgesetzt wurde. Im Folgenden werden die Länder einzeln betrachtet. In einem ersten Schritt werden jeweils die Prognosen der Hochschulzugangsberechtigten, der Studienanfänger/-innen und des Finanzbedarfs vorgestellt. In einem zweiten Schritt werden die Maßnahmen des jeweiligen Landes diesseits und jenseits des Hochschulpaktes beschrieben und mit den Prognosen verglichen. Abschließend werden die Ergebnisse der länderspezifischen Betrachtungen in der Gesamtschau zusammengefasst und Empfehlungen für das weitere Vorgehen ausgesprochen.

Literaturhinweise

- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).

Länderberichte

Vorbemerkungen

Den Länderberichten werden einige Anmerkungen vorangestellt, die die Lektüre der Berichte verständlicher machen sollen.

Prognosen

In den Länderberichten finden sich drei Prognosedimensionen. Zum einen wird die Entwicklung der Schulabgänger/-innen von allgemein bildenden und beruflichen Schulen mit Hochschulreife bis mindestens 2020 beleuchtet. In einem zweiten Schritt richtet sich der Blick auf die Studienanfänger/-innen und schließlich auf die wahrscheinlichen Kosten der zusätzlichen Studiennachfrage.

Studienberechtigte

Die Prognose der Studienberechtigten beruft sich auf eine Berechnung der Kultusministerkonferenz (KMK 2007a). Gegenüber älteren Vorausberechnungen mussten die Werte nach oben korrigiert werden, da die Bildungsbeteiligung zunimmt und vermehrt höhere Schulabschlüsse erworben werden. Eine Besonderheit stellen jeweils die Jahre dar, in denen in dem jeweiligen Bundesland zwei Jahrgangszüge das Abitur erwerben und so die Gesamtzahl die Hochschulzugangsberechtigten deutlich zunimmt. In einzelnen Bundesländern (Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen) gibt es bereits landeseigene Prognosen, die bis 2025, bzw. 2030 reichen und somit einen noch besseren Eindruck vermitteln, ob das aktuelle Hoch ein vorübergehendes ist.

Studienanfänger/-innen

Das CHE hat nun auf Basis dieser Studienberechtigtenprognose der KMK (2007a)² die Entwicklung der Studienanfänger/-innenzahlen bis 2020 errechnet (Gabriel, von Stuckrad 2007). Dabei wurde der landesspezifische Übertritt zwischen Schule und Hochschule konservativ fortgeschrieben und die dabei eintretende Verzögerung beispielsweise aufgrund von Wehr- oder Zivildienst oder einer vorgeschalteten Ausbildung berücksichtigt. Es wurden nur Bildungsinländer/-innen³ erfasst, da die Entwicklung der Studiennachfrage durch Bildungsausländer/-innen nicht hinreichend belastbar prognostiziert werden kann. Der Zuwachs der Studienanfänger/-innen wird im Vergleich zu 2005 ausgedrückt, da dies der im Hochschulpakt politisch fixierte Maßstab ist. Dieser Maßstab berücksichtigt aber nicht die tatsächliche Auslastung und Bedarfslage der Hochschulen.⁴

Bei den extrapolierten Werten handelt es sich um eine Betrachtung der Nachfrageseite, so dass die Prognose durch einen zu geringen Ausbau der Hochschulen, also der Angebotsseite, politisch nichtig gemacht werden könnte. Dies hat den Grund, dass die Zahl der Studienanfänger/-innen maßgeblich dadurch konditioniert wird, dass quantitativ wie qualitativ entsprechende Studienkapazitäten vorgehalten werden. Führt der Verzicht auf einen nachfragegerechten Ausbau des Hochschulsystems zu einer Zunahme und Erhöhung von Zulassungsbeschränkungen, dann wächst die Studienanfängerzahl maximal nur noch analog zur Zahl der freien, unausgelasteten Studienplätze. In diesem Sinne kann man die

² siehe oben

³ d.h. Menschen, die in Deutschland ihre Hochschulreife erlangt haben.

⁴ Eine genauere Darstellung der Berechnungsmethodik und -ergebnisse findet sich in dem CHE-Arbeitspapier Nr. 100: Gabriel, von Stuckrad, 2007.

ermittelten Werte als normative Zahlen für einen (Mindest-)Ausbau der Hochschulen verstehen. So viele zusätzliche Studienanfängerplätze müssten also bereit gestellt werden, wenn demselben Anteil von studienberechtigten Schulabgänger/-innen wie bisher ein Studium angeboten und damit die Übergangsquote in das Hochschulsystem gehalten werden soll.

Kosten

Die Berechnung der Kosten wiederum kombiniert nun die CHE-Prognose mit Annahmen aus dem Hochschulpakt 2020. Darin wird jeder zusätzliche Studienanfänger und jede zusätzliche Studienanfängerin mit Kosten in Höhe von 22.000 €, verteilt auf vier Jahre veranschlagt. Es gibt viele berechnete Einwände, warum dieser Wert zu niedrig ist, wobei der Blick ins Ausland in Zeiten des globalen (Bildungs-) Wettbewerbs besonders aussagekräftig ist. So geben die USA, Kanada und die Schweiz in etwa doppelt so viel je Studierendem aus wie Deutschland (OECD 2006, S. 209 - 217). In der Berechnungsformel des Hochschulpaktes verbirgt sich auch eine weitere Wahrheit. Das aktuelle Studiensystem besteht überwiegend aus einem dreijährigen Bachelorstudium und einem zweijährigen Masterstudium. Wenn nun Studienanfänger im Schnitt nur mit einer vierjährigen Studienzeit veranschlagt werden, bedeutet dies, dass nur jede/r zweite für ein Masterstudium vorgesehen ist. Dies sind politische Entscheidungen, die zusätzlich in die Berechnungsgrundlage der Kosten eingeflossen sind. Nur am Rande sei noch erwähnt, dass der Hochschulpakt diesen Kostendurchschnitt unter Ausblendung der Medizin ermittelt hat, damit also unterstellt, es komme zu keinem Ausbau an Medizinstudienplätzen.⁵ Diese Entscheidung ließe sich vor dem Hintergrund des demographisch induzierten zusätzlichen Medizinerbedarfs kritisieren.

Typologie der Bundesländer

Die Nachfrage nach Studienplätzen wird sich gemäß der Modellrechnung in den nächsten Jahren in den Bundesländern unterschiedlich entwickeln. Grund dafür ist zunächst eine unterschiedliche Dynamik bei der Entwicklung der Studienberechtigtenzahlen. Außerdem weisen die Länder auch divergierende Übergangsquoten zwischen Schule und Studium auf. Schließlich verbleibt ein unterschiedlicher Anteil von Hochschulzugangsberechtigten als Studienanfänger/-in im jeweiligen Land. Mit der zwischen den Ländern divergierenden Mobilität ist auch die Höhe der Landeskinderquote⁶ und die Art der Verflechtung mit angrenzenden Bundesländern verbunden. Nimmt man diese beiden Kriterien als Grundlage, so lassen sich drei Typen von Bundesländern identifizieren, die im Folgenden kurz skizziert werden.

Diese Typologie der Bundesländer findet sich auch in der Konstruktion des Hochschulpaktes, der westdeutsche Flächenländer, Stadtstaaten und ostdeutsche Flächenländer unterschiedlich behandelt (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 3f.).

Typ Westdeutsches Flächenland

Die westdeutschen Flächenländer sehen sich mit dem größten Anstieg der Studiennachfrage in den kommenden Jahren konfrontiert. Die letzten geburtenstarken Jahrgänge verlassen die Schulen mit einem höheren Prozentsatz an Hochschulzugangsberechtigten als zuvor. Dieser allgemeine Trend wird durch die doppelten Abiturjahrgänge (Ausnahme Rheinland-Pfalz⁷) noch zusätzlich verstärkt.

⁵ Die Kosten eines Medizinstudiums verhalten sich zu dem Durchschnitt der Kosten aller anderen Fächer etwa in der Relation 10:1 (Berthold et. al 2007, S. 35).

⁶ Der Prozentsatz der Studienanfänger/-innen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Sitzland der Hochschule erworben haben.

⁷ Rheinland-Pfalz ist das einzige Bundesland, das (bisher) bei einer dreizehnjährigen Schulzeit bis zum Abitur verbleibt. Siehe auch unten Länderbericht Rheinland-Pfalz.

78% der Hochschulzugangsberechtigten und damit ein knapp überdurchschnittlicher Teil nimmt auch ein Studium auf⁸ (Statistisches Bundesamt 2008, Tabelle 13). Ebenso verbleibt mit einem Durchschnittswert von 65% ein hoher Prozentsatz in dem jeweiligen Bundesland (KMK 2007b, S. 3*). Somit weisen die westdeutschen Flächenländer unter den Studienanfänger/-innen mit 67% die höchste Landeskinderquote auf (ibid, S. 2*). In der Regel verfügen sie dabei über positive Wanderungssalden, so dass mehr Studienanfänger/-innen aus anderen Bundesländern ein Studium dort beginnen, als dass Hochschulzugangsberechtigte das Land verlassen und andernorts ihr Studium aufnehmen (ibid, S. 17). Ausnahmen sind Niedersachsen und Schleswig-Holstein, was ggf. auf die Nähe zu den Stadtstaaten Hamburg und Bremen zurückgeführt werden kann. Auch das Saarland ist Nettoexporteur.

Länder diesen Typs: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.

Typ Stadtstaat

Die drei Stadtstaaten können bis 2020 mit einer erhöhten Studiennachfrage rechnen. Auch hier sind es die letzten geburtenstarken Jahrgänge, die ein Studium anstreben. Dieser Grundtrend erhöht sich durch die doppelten Abiturjahrgänge zusätzlich.

Die Stadtstaaten haben mit 84% die höchste Übergangsquote zwischen Schule und Hochschulen (Statistisches Bundesamt 2008, Tabelle 13). Außerdem bleibt mit 61% ein recht hoher Anteil von ihnen im Stadtstaat (KMK 2007b, S. 3*). Dennoch weisen sie mit 42% die niedrigste Landeskinderquote der Studienanfänger/-innen auf (ibid, S. 2*), was maßgeblich an dem hohen Import von Studienanfänger/-innen aus anderen Bundesländern liegt (ibid, S. 17). Dabei existieren besondere Verflechtung des jeweiligen Stadtstaats zu den umschließenden oder angrenzenden Flächenländern, d.h. zu Brandenburg (Berlin), Niedersachsen (Bremen und Hamburg) und Schleswig-Holstein (Hamburg).

Länder diesen Typs: Berlin, Bremen und Hamburg.

Typ Ostdeutsches Flächenland

Die ostdeutschen Flächenländer sehen sich mit einem – teils dramatischen – Einbruch der Studiennachfrage konfrontiert. Durch den so genannten *Nachwendeknick* reduzierte sich die Jahrgangsstärke deutlich, danach erholen sich die Werte voraussichtlich wieder ein wenig, verbleiben aber immer noch weit unter dem historischen Niveau von 2005. Der Tiefpunkt wird für die Jahre 2013 bis 2016 erwartet. Doppelte Abiturjahrgänge in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt schwächen den Abwärtstrend kurz- bis mittelfristig ein wenig ab.

Eine Hoffnung für die ostdeutschen Flächenländer liegt darin, dass die Übergangsquote zwischen Schule und Hochschule eher niedrig ist und damit hier noch zusätzliches Nachfragepotential vorhanden ist. Im Durchschnitt liegt die Übergangsquote für den Studienberechtigtenjahrgang des Jahres 2000 in den ostdeutschen Flächenländern bei etwa 70 Prozent, wohingegen im Bundesdurchschnitt 77 Prozent eines Jahrgangs von der Schule an die Hochschule wechseln (Statistisches Bundesamt 2008, Tabelle 13). Zusätzlich verbleibt mit 49% nur ein geringer Anteil im Land (KMK 2007b, S. 3*) und auch die Landeskinderquote der Studienanfänger/-innen ist mit 57% unterdurchschnittlich (ibid, S. 2*). Dies hängt mit dem negativen Wanderungssaldo zusammen, über den alle ostdeutschen Flächenländer – außer Sachsen – verfügen (ibid, S. 17). Auch alle fünf Länder als Einheit gesehen exportieren Studienanfänger/-innen an die anderen Bundesländer (Quelle: eigene Berechnung).

⁸ Grundlage dieser und der folgenden Angaben für den Übergang Schule-Hochschule ist der Abschlussjahrgang 2000.

Länder diesen Typs: Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Literaturhinweise:

- Berthold, Christian; Gabriel, Gösta; Meyer, Helga; von Stuckrad, Thimo (2007): Fächerspezifische Kostenstrukturen für Studienplätze nach Bundesländern – Materialien zum Studierendenhoch. http://www.che.de/downloads/CHE_Kostenstrukturen-Studierendenhoch_AP82.pdf, Zugriff am 14.4.2009.
- Gabriel, Gösta; von Stuckrad, Thimo (2007): Die Zukunft vor den Toren – Aktualisierte Berechnungen der Studienanfängerzahlen bis 2020. http://www.che.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf, Zugriff am 14.4.2009.
- KMK (2007a): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen bis 2020. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 182. http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_05_01-Vorausberechnung-Schueler-Absolventen-05-2020.pdf, Zugriff am 14.4.2009.
- KMK (2007b): Die Mobilität der Studienanfänger/-innen und Studierenden in Deutschland von 1980 bis 2005. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 183. http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_08_01-Mobilitaet-Studenten-80-05.pdf, Zugriff am 16.4.2009.
- OECD (2006): Bildung auf einen Blick. Paris.
- Statistisches Bundesamt (2008): Bildung und Kultur – Nichtmonetäre hochschulstatische Kennzahlen 1980-2007; Fachserie 11, Reihe 4.3; Wiesbaden.
- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).

Länderbericht Baden-Württemberg

Allgemeines

Baden-Württemberg gehört zu der Gruppe der westdeutschen Flächenländer und damit zu der Gruppe der Bundesländer, die bis zum Jahr 2020 einen besonders hohen Anstieg der Studiennachfrage erwarten. Im Folgenden soll nun die besondere Situation des Landes dargestellt werden, wie es sich auf die Herausforderungen vorbereitet hat und wie erfolgreich die Umsetzung der Maßnahmen bisher läuft – soweit es eben schon erkennbar ist.

Prognosen

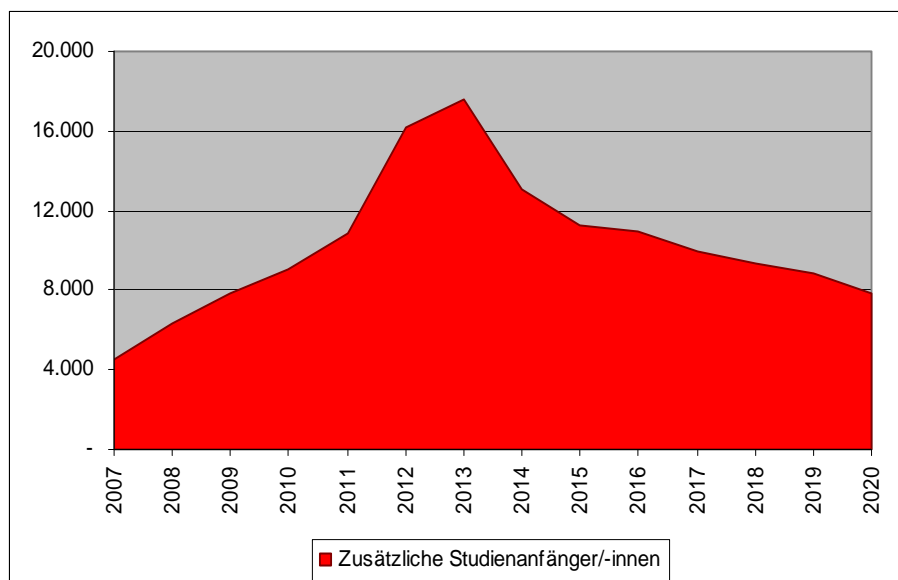
a) Studienberechtigte

Nach den aktuellen Berechnungen (KMK 2007) wird die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen von 56.600 (Ist) im Jahr 2006 auf 86.900 (Prognose) im Jahr 2012 steigen. Das ist ein Plus von 53%. Der besondere Ausschlag im Jahr 2012 hängt mit dem doppelten Abiturjahrgang zusammen, der durch die Schulzeitverkürzung von dreizehn auf zwölf Jahre zustande kommt. Doch selbst für das Jahr 2020 zeigt die Prognose mit 58.400 neuen Hochschulzugangsberechtigten ein deutlich höheres Niveau an als noch 2006 (+3%).

b) Studienanfänger/-innen

Aus der Entwicklung der Zahlen der Studienberechtigten kann nur indirekt auf die Entwicklung der Studienanfänger/-innen geschlossen werden. Prognosen müssen die landesspezifische Übertrittsquote, die Verzögerungen beim Übergang von der Schule in das Studium (Dienstzeiten, Ausbildungen etc.) und die Effekte der Wanderungsbewegungen von Studienanfänger/-innen zwischen den Ländern berücksichtigen.

Graphik 1: Prognose der zusätzlichen Studienanfänger/-innen für Baden-Württemberg



In Baden-Württemberg werden nach der CHE-Prognose (Gabriel, von Stuckrad 2007) von 2007 bis 2010, der Laufzeit der ersten Phase des Hochschulpakts, 27.800 zusätzliche Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 erwartet. Ein Spitzenwert sollte im Jahr 2013 erreicht werden, wenn allein in diesem Jahr 17.600 zusätzliche Studienanfänger/-innen an baden-württembergischen Hochschulen zu erwarten sein dürften. In diesem Jahr sind also insgesamt (nur Bildungsinländer) 55.800 Studienanfänger/-innen prognostiziert und damit 46%

mehr als im Vergleichsjahr 2005. Selbst im Jahr 2020 sieht die Prognose noch 7.900 zusätzliche Studienanfänger/-innen oder 21% mehr als 2005.

Tabelle 1: Prognose für Baden-Württemberg

Jahr	Prognose Studienberechtigte*)	Prognose zusätzliche Studienanfänger/-innen pro Jahr gegenüber 2005 **)	Veränderung der Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 [%]
2007	57.400	4.568	12,0%
2008	60.000	6.301	16,5%
2009	61.600	7.838	20,5%
2010	63.500	9.086	23,8%
2011	64.500	10.863	28,4%
2012	86.900	16.215	42,4%
2013	67.300	17.616	46,1%
2014	63.100	13.091	34,3%
2015	63.300	11.279	29,5%
2016	62.800	10.993	28,8%
2017	62.100	9.943	26,0%
2018	61.900	9.342	24,5%
2019	60.900	8.892	23,3%
2020	58.400	7.879	20,6%

) KMK (2007) Tabellenteil; S. 9

**) Quelle: eigene Berechnungen

c) Kosten⁹

Geht man von dem im Hochschulpakt fixierten Kostenpunkt von 22.000 € je Studienanfänger/-innen (verteilt auf vier Jahre) aus und legt man die CHE Studienanfängerprognose zugrunde, so würde allein die zusätzliche Nachfrage von 2007 bis 2010 in Baden-Württemberg insgesamt 340 Mio. € kosten. Berücksichtigt man die gesamte zusätzliche Studiennachfrage von 2007 bis 2020, so sind es sogar 3.170 Mio. €, die auf das Land und seine Hochschulen zukommen. Um diese Zahl in Relation zu setzen: Das sind 68% der jährlichen Ausgaben des Landes für den gesamten Hochschulbereich¹⁰ (Statistisches Bundesamt 2008, Tabelle 2.1.1).

⁹ Wenn hier und im Folgenden von Kosten gesprochen wird, so sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um Zukunftsinvestitionen handelt.

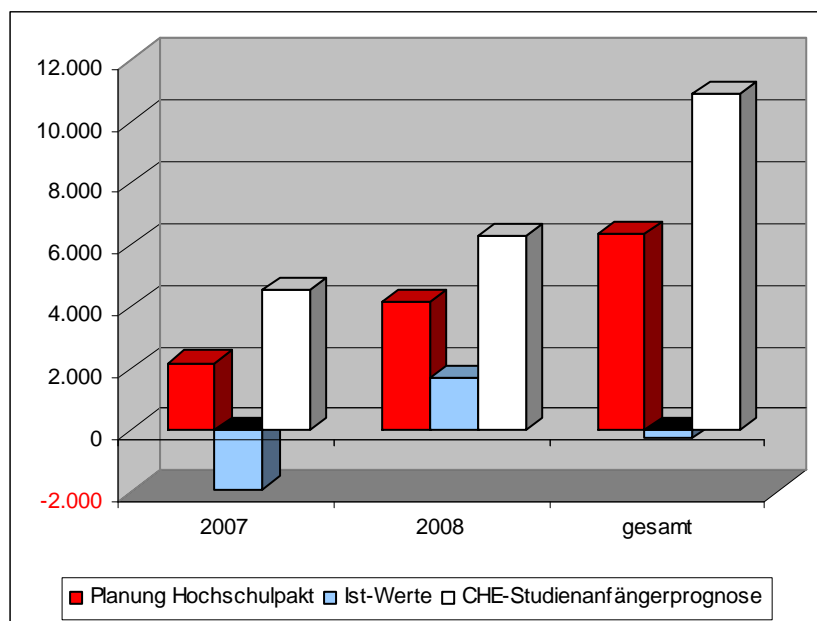
¹⁰ Stand 2006.

Die Maßnahmen des Landes

Baden-Württemberg erhält von den Bundesgeldern im Rahmen des Hochschulpaktes 74,6 Mio. €. Das Land hat sich im Gegenzug dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2010 insgesamt 15.544 Studienanfänger/-innen über dem Niveau von 2005 an seinen Hochschulen aufzunehmen (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 11). Zusätzlich findet sich in einer Fußnote ein Hinweis, dass das Land plant, noch zusätzliche 6.536 Studienanfänger/-innen aufzunehmen. In einer Antwort gegenüber der Landtagsfraktion der Grünen macht die Landesregierung deutlich, dass dieser Hinweis dazu dient, mögliche zusätzliche Ansprüche des Landes auf Bundesmittel zu unterstützen, da eine Übererfüllung des Planungssolls zu erwarten sei (Drucksache 14/3536, S. 5f.).

Dies hängt mit dem landeseigenen Programm zusammen, das unter dem Titel *Hochschule 2012* bis zum Jahr 2012 (das Jahr des doppelten Abiturjahrgangs) 16.000 neue Studienanfängerplätze schaffen möchte. Diese Studienplätze unterscheiden sich von der Maßgröße des Hochschulpakts entscheidend, da es sich hier um einen echten Ausbau der Anzahl der Studienplätze handelt. Der Hochschulpakt zählt dagegen nur die zusätzlichen Studienanfänger/-innen über den fraglichen Zeitraum (eine Vollausbaustufe von 16.000 zusätzlichen Plätzen müsste rechnerisch über drei Jahre also zu 48.000 zusätzlichen Studienanfänger/-innen führen). Im Zuge des Programms *Hochschule 2012* hat Baden-Württemberg in einer ersten Tranche (2007 bis 2008) landesweit 5.032 Studienplätze geschaffen, wobei mit 1.500 ein großer Teil auf die Berufsakademien, seit 2009 die Duale Hochschule Baden-Württemberg, entfiel. Für das Jahr 2009 ist ein weiterer Zuwachs um 3.584 Studienplätze geplant, so dass die Aufnahmekapazität im laufenden Jahr gegenüber dem Beginn des Programms um insgesamt 8.616 Studienplätze angewachsen ist (MWK 2008, S.1). Einen wichtigen Baustein in der Landesstrategie stellen die Berufsakademien dar, die bisher nicht als Hochschulen galten. Daher wurde zum 1. März 2009 die Duale Hochschule Baden-Württemberg gegründet, in der alle Berufsakademien gebündelt wurden, die so akademische Abschlüsse verleihen können (Duale Hochschule 2009). Nach einer Protokollnotiz des Hochschulpaktes (ibid, S. 2) können auch während der Laufzeit des Paktes Einrichtungen zu Hochschulen umgewandelt werden. Damit erhöht sich dann die Basiszahl des Jahres 2005 um die Studienanfänger an eben diesen Einrichtungen.

Graphik 2: Prognose, Planung und Umsetzung (Studienanfänger/-innen), Baden-Württemberg



Im Hochschulpakt 2020 war für die Jahre 2007 und 2008 ein Zuwachs an Studienanfänger/-innen von etwa 2.200 und 4.200 gegenüber 2005 geplant (Quelle: eigene Berechnung). Die Zahlen des statistischen Bundesamtes für 2007 zeigen stattdessen ein Minus von etwa

1.900 Studienanfänger/-innen und die vorläufigen, unbereinigten Zahlen¹¹ für das Studienjahr 2008 ein Plus von zirka 1.700, so dass das Land in der Summe knapp unter dem Stand von 2005 liegt (minus 200) und noch keinen Zuwachs verbuchen kann (Statistisches Bundesamt 2009, Tabelle 1.3). In diesen Zahlen sind jedoch die Studienanfänger/-innen der Berufsakademien noch nicht enthalten, da sie (bisher) nicht in der amtlichen Statistik erfasst wurden.

Die Ausbauplanung im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 ist im Vergleich mit den Prognosen des CHE eher unterdimensioniert, da bis 2010 insgesamt fast 28.000 zusätzliche Studienanfänger/-innen erwartet werden. Sollte hingegen der Kapazitätsausbau im Rahmen von *Hochschule 2012* in Zukunft erfolgreich in einem gleichen Anstieg der Studienanfängerzahlen münden, so würde dies dem errechneten Bedarf näher kommen als das Ziel im Rahmen des Hochschulpaktes 2020.

Abschließend sollen noch die finanziellen Anstrengungen betrachtet werden. Im Zuge des Hochschulpaktes 2020 erhielt das Land für die Jahre 2007 und 2008 4,6 Mio. € und 13,5 Mio. € (Staatshaushaltsplan 2009, S. 22). Verrechnet man diese Gelder mit der Aufwuchsplanung im gleichen Zeitraum mit einem Plus von 2.200 Studienanfänger/-innen in 2007 und 4.200 Studienanfänger/-innen in 2008, so erkennt man, dass je Studienanfänger/-innen und Jahr nur etwas mehr als 2.100 € anstatt 2.750 € und damit nur etwa 77% an ursprünglich ausgewiesenen Bundesmitteln an das Land fließen.¹² Dies ist darauf zurückzuführen, dass es sich bei den Bundeszuschüssen an die westdeutschen Flächenländer um eine pauschale Vorabüberweisung handelt, die erst später anhand der realen Zahlen abgerechnet wird. Dann stehen den Ländern an den Bundesgeldern auch 2.750€ je Studienanfänger/-in vier Jahre lang zu (in der Summe 11.000€) (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 2, 5f.). In den Jahren 2009 und 2010 kann das Land Bundesmitteln von 23,3 Mio. € (Staatshaushaltsplan 2009, S. 42) und 33,1 Mio. € (Drucksache 14/2306, S. 5) erwarten.

Tabelle 2: Bundes- und Landesmittel 2007-2010, Baden-Württemberg

Jahr	Bundesmittel aus Hochschulpakt [Mio. €]	ergänzende Landesmittel [Mio. €]	gesamtes Mittelaufkommen [Mio. €]
2007	4,6	20,0	24,6
2008	13,5	40,0	53,5
2009	23,3	65,0	88,3
2010	33,1	79,9	113,0*
Summe	74,6	204,9	279,5

*) Verpflichtungsermächtigung für 2010.

Das Land dagegen hat für die Jahre 2007 und 2008 bereits 20,0 Mio. € und 40,0 Mio. € für das Programm *Hochschule 2012* im eigenen Haushalt zur Verfügung gestellt (Staatshaushaltsplan für 2007/2008, S.32). Im Landeshaushaltsplan 2009 (S. 53) sind weitere 65,0 Mio. € für das Jahr 2009 vorgesehen. Außerdem wurde eine Verpflichtungsermächtigung im Umfang von insgesamt 113 Mio. € eingeräumt, die 2010 fällig wird (S. (824)). Zieht man von

¹¹ In diesen vorläufigen Zahlen sind möglicherweise noch Mehrfacheinschreibungen und andere statistische Artefakte enthalten, so dass sie nur bedingt belastbar sind. Die endgültigen Zahlen für das Studienjahr 2008 werden erst im Herbst dieses Jahres vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

¹² Zu diesem Phänomen siehe unten die Zusammenfassung.

dieser den Bundesanteil ab, verbleiben etwa 80 Mio. € an Landesmitteln. Insgesamt kommen so 205 Mio. € Landesmittel zusammen und damit mehr als das Zweieinhalbfache der Bundesmittel.

Für die Jahre 2007 und 2008 hat Baden-Württemberg insgesamt 18,2 Mio. € Bundesmittel erhalten. Je nach Abrechnungsweise¹³ hat das Land durch seinen nicht erlangten Zuwachs (ohne Berufsakademien) jedoch keine Ansprüche auf Bundesmittel erworben und müsste sie nach dem aktuellen Stand erstatten, was im Zuge der Abrechnung der zweiten Phase des Hochschulpaktes erfolgen würde (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpaket 2020, S. 4).

Nimmt man an, dass zusätzliche Studienanfänger/-innen tatsächlich 22.000 € kosten (= 4 x 5.500 €) und legt man die CHE-Studienanfängerprognose zugrunde, so ergibt die CHE-Berechnung bis 2010 einen Gesamtmittelbedarf von etwa 340 Mio. € (s.o.). Dieser Zielmarke kommt Baden-Württemberg mit insgesamt etwa 280 Mio. € recht nahe. Dabei wird die wirklich große Herausforderung erst nach 2010 beginnen und durch den doppelten Abiturjahrgang ab 2012 einen Höhepunkt erreichen. Dieses Hoch in der Studiennachfrage hat das Land mit dem Ausbauplan *Hochschule 2012* dabei bereits im Blick.

Literaturhinweise:

- Duale Hochschule 2009, <http://www.dhbw.de/die-duale-hochschule/wir-ueber-uns/>, Zugriff am 14.4.2009.
- Drucksache 14/2306, Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst: Finanzierungsfragen beim Ausbauprogramm „Hochschule 2012“. http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/2000/14_2306_d.pdf, Zugriff am 14.4.2009.
- Drucksache 14/3536, Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst: Hochschulpaket I und II in Baden-Württemberg. http://www.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/3000/14_3536_d.pdf, Zugriff am 14.4.2009.
- Gabriel, Gösta; von Stuckrad, Thimo (2007): Die Zukunft vor den Toren – Aktualisierte Berechnungen der Studienanfängerzahlen bis 2020. http://www.che.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf, Zugriff am 14.4.2009.
- KMK (2007): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen bis 2020. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 182. http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_05_01-Vorausberechnung-Schueler-Absolventen-05-2020.pdf, Zugriff am 14.4.2009.
- MWK (= Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst) (2008): Hochschule 2012 - Ausbau an den Hochschulen und Berufsakademiestandorte für 2009 (= 2. Tranche 1. Teil). http://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/hochschulen/hochschule_2012/Anlage_PM_Hochschule_2012_Nov08.pdf, Zugriff am 14.4.2009.
- Staatshaushaltsplan für 2007/2008. Einzelplan 14. Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Teil 1. <http://www.statistik-bw.de/shp/2007-08/>, Zugriff am 14.4.2009.

¹³ Dies ist abhängig davon, ob die Zielerreichung jedes Jahr einzeln oder in der Summe bewertet wird. Für die ausgewiesene Zahl wurden die zusätzlichen Studienanfänger/-innen jedes Jahr mit 2.750€ verteilt über vier Jahre gewichtet, d.h. Studienanfänger/-innen von 2007 schlagen auch 2008 zu Buche. Negative Gesamtsalden wurden mit 0€ berechnet.

- Staatshaushaltsplan für 2009. Einzelplan 14. Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. http://www.statistik-bw.de/shp/2009/pages/epl14/gesamt_epl14.pdf, Zugriff am 9.4.2009
- Statistisches Bundesamt (2008): Bildung und Kultur – Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2006; Fachserie 11, Reihe 4.3; Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen – Vorbericht – Wintersemester 2008/2009; Wiesbaden.
- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).

Länderbericht Bayern

Allgemeines

Bayern gehört zu der Gruppe der westdeutschen Flächenländer und damit zu den Bundesländern, die bis zum Jahr 2020 einen besonders hohen Anstieg der Studiennachfrage erwarten. Im Folgenden soll die besondere Situation des Landes dargestellt werden, wie es sich auf die Herausforderungen vorbereitet hat und wie erfolgreich die Umsetzung der Maßnahmen bisher läuft – soweit es eben schon erkennbar ist.

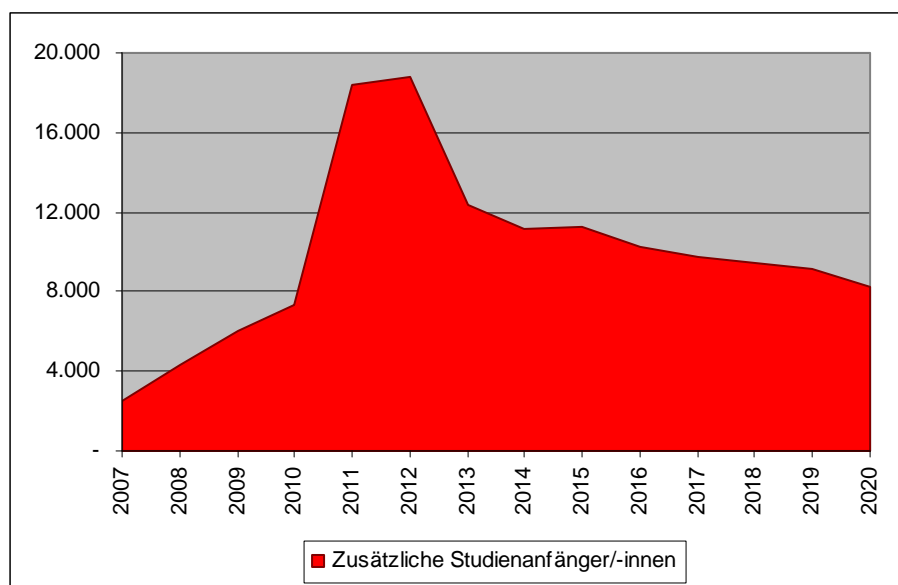
Prognosen

a) Studienberechtigte

Nach den aktuellen Berechnungen (KMK 2007) wird die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen von 48.000 (Ist) im Jahr 2006 auf 90.600 (Prognose) im Jahr 2011 steigen. Das ist ein Plus von 89%. Der besondere Ausschlag in diesem Jahr hängt mit dem doppelten Abiturjahrgang zusammen, der durch die Schulzeitverkürzung von dreizehn auf zwölf Jahre zustande kommt. Und selbst für das Jahr 2020 zeigt die Prognose mit 56.000 neuen Hochschulzugangsberechtigten ein höheres Niveau als 2006 (+17%).

Es ist aus den aktuellen Berechnungen noch nicht ersichtlich, ob es sich bei dem Hoch um ein vorübergehendes (bis etwa 2020 wirkendes) Phänomen oder aufgrund eines veränderten Bildungsverhaltens und der Erschließung bisher eher ausgeschlossener Gesellschaftsbereiche um ein langfristig andauerndes Phänomen handelt. Die neusten Zahlen des bayerischen Schulministeriums (Bildungsstatistik 2008, S. 21f.) blicken über das Jahr 2020 hinaus und zeigen zwar einen konstanten Abwärtstrend der studienberechtigten Schulabgänger/-innen von 2015 bis 2027 von 62.200 auf etwa 50.500 (ein Minus von 19%), um dann auf diesem Niveau zu verbleiben. Historisch entspricht dies jedoch immer noch einem Plus von 5% gegenüber dem Wert von 2006 (48.000). Somit zeichnet sich selbst in der weit vorgehenden Prognose bis 2030 noch kein Ende des Studienberechtigtenhochs ab. Von 2007 bis 2030 kann Bayern durchgehend mit einer – teils deutlich – höheren Anzahl der Hochschulzugangsberechtigten rechnen als 2006 und früher.

Graphik 1: Prognose der zusätzlichen Studienanfänger/-innen für Bayern



b) Studienanfänger/-innen

Aus der Entwicklung der Zahlen der Studienberechtigten kann nur indirekt auf die Entwicklung der Studienanfänger/-innen geschlossen werden. Prognosen müssen die landesspezifische Übertrittsquote, die Verzögerungen beim Übergang von der Schule in das Studium (Dienstzeiten, Ausbildungen etc.) und die Effekte der Wanderungsbewegungen von Studienanfänger/-innen zwischen den Ländern berücksichtigen.

Tabelle 1: Prognose für Bayern

Jahr	Prognose Studienberechtigte*)	Prognose zusätzliche Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 **)	Veränderung der Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 [%]
2007	50.400	2.480	6,0%
2008	52.500	4.363	10,5%
2009	54.700	5.994	14,4%
2010	56.500	7.345	17,6%
2011	90.600	18.419	44,2%
2012	58.700	18.824	45,2%
2013	58.200	12.314	29,6%
2014	58.300	11.180	26,9%
2015	59.700	11.282	27,1%
2016	58.800	10.235	24,6%
2017	58.200	9.755	23,4%
2018	58.500	9.492	22,8%
2019	57.500	9.166	22,0%
2020	56.000	8.225	19,8%

) KMK (2007) Tabellenteil; S. 9

***) Gabriel, von Stuckrad (2007), S. 12

In Bayern werden nach der CHE-Prognose (Gabriel, von Stuckrad 2007) von 2007 bis 2010, der Laufzeit der ersten Phase des Hochschulpakts, 20.200 zusätzliche Studienanfänger/-innen erwartet. Ein Spitzenwert sollte im Jahr 2012 erreicht werden, wenn allein in diesem Jahr 18.800 zusätzliche Studienanfänger/-innen an bayerischen Hochschulen zu erwarten sein dürften. Das sind absolut (nur Bildungsinländer) 60.500 Studienanfänger/-innen und damit 45% mehr als im Vergleichsjahr 2005. Selbst im Jahr 2020 sieht die Prognose noch 8.200 Studienanfänger/-innen oder 20% mehr als 2005.

Kosten¹⁴

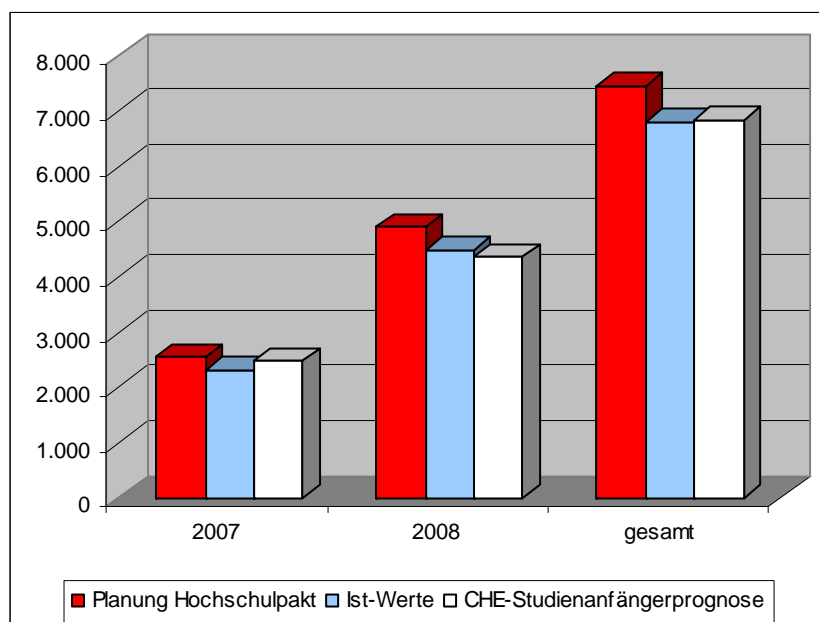
Geht man von den im Hochschulpakt fixierten Kosten von 22.000 € je Studienanfänger/-in (verteilt auf vier Jahre) aus und legt man die CHE Studienanfängerprognose zugrunde, so würde allein die zusätzliche Nachfrage von 2007 bis 2010 in Bayern insgesamt 230 Mio. € kosten. Berücksichtigt man die gesamte zusätzliche Studiennachfrage von 2007 bis 2020, so sind es sogar 3.060 Mio. €, die auf das Land und seine Hochschulen zukommen. Um diese Zahl in Relation zu setzen: Das sind 67% der jährlichen Ausgaben des Landes für den gesamten Hochschulbereich¹⁵ (Statistisches Bundesamt 2008a, Tabelle 2.1.1).

Die Maßnahmen des Landes

Bayern erhält von den Bundesgeldern im Rahmen des Hochschulpaktes 87,6 Mio. € und hat sich im Gegenzug dazu verpflichtet, im Zeitraum von 2007 bis 2010 insgesamt 18.259 Studienanfänger/-innen über dem Niveau von 2005 an seinen Hochschulen aufzunehmen (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 11).

Das Land plant im Zuge des Innovationsbündnisses *Hochschule 2013* darüber hinaus den Kapazitätsaufbau von „38.000 Studienplätzen, bzw. 12.666 Studienanfängerplätzen“ bis 2011 (SWFK 2008). Damit entspricht ein Studienplatz rechnerisch drei Studienanfängerplätzen, so dass hier anscheinend bloß mit einem dreijährigen (Bachelor)-Studium gerechnet wird und kein Ausbau auf Master-Niveau stattfindet. Die Studienkapazitäten werden jeweils hälftig in den Universitäten und den Fachhochschulen geschaffen, während 20% zur Nachsteuerung nach der tatsächlichen Nachfrage verteilt werden (Drucksache 15/10903, §1,1). Das läuft auf einen leicht überproportionalen Ausbau der Fachhochschulen in Bayern hinaus, deren Anteil an den Studienanfänger/-innen gegenüber dem Bundesschnitt mit 31% bisher leicht unterdurchschnittlich war (Statistisches Bundesamt 2008b, Zusammenfassende Übersicht 4).

Graphik 2: Prognose, Planung und Umsetzung (Studienanfänger/-innen), Bayern



¹⁴ Wenn hier und im Folgenden von Kosten gesprochen wird, so sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um Zukunftsinvestitionen handelt.

¹⁵ Stand 2006.

Neben dem oben genannten Kapazitätsausbau hat das Land eine Planung für einen Anstieg der zu erreichenden Studienanfängerzahlen verabschiedet (ebd., §1,2): Von 2008 bis 2012 sollen insgesamt etwa 51.000 junge Menschen an bayerischen Hochschulen zusätzlich ein Studium aufnehmen. Für den Zeitraum der ersten Phase des Hochschulpakts (2008-2010) sind es etwa 14.000 zusätzliche Studienanfänger/-innen. Damit fällt die Planung (ohne das Jahr 2007) um mehr als 4.000 Studienanfänger/-innen hinter den vereinbarten Aufwuchs im Zuge des Hochschulpaktes zurück. Dieses Ziel soll zum einen durch den Kapazitätsausbau erreicht werden, aber auch durch einen eigenen Beitrag der Hochschulen, bspw. durch „Erschließung von Optimierungspotential im Raumbestand“ (ebd., §1,3) oder das „Auffüllen vorhandener Kapazitäten“ (Drucksache 16/9217, S. 12)¹⁶.

Im Hochschulpakt 2020 war für die Jahre 2007 und 2008 ein Zuwachs an Studienanfänger/-innen von etwa 2.600 und 4.900 gegenüber 2005 geplant (Quelle: eigene Berechnung). Die Zahlen des statistischen Bundesamtes für 2007 zeigen stattdessen ein Plus von etwa 2.300 Studienanfänger/-innen und die vorläufigen, unbereinigten Zahlen¹⁷ für das Studienjahr 2008 eine Zunahme von zirka 4.500, so dass das Land in der Summe mit 6.800 zusätzlichen Studienanfänger/-innen (Statistisches Bundesamt 2009, Tabelle 1.3) leicht unter der Planung im Zuge des Hochschulpaktes liegt, die für den Zeitraum 2007 und 2008 einen Gesamtaufwuchs von 7.500 vorgesehen hätte.

Die Aufwuchsplanungen im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 (18.259) und dem landeseigenen Programm (14.009) sind im Vergleich mit den Prognosen des CHE leicht unterdimensioniert, da bis 2010 insgesamt etwa 20.200 zusätzliche Studienanfänger/-innen erwartet werden.

Abschließend sollen noch die finanziellen Anstrengungen betrachtet werden. Im Zuge des Hochschulpaktes 2020 erhielt das Land für die Jahre 2007 und 2008 5,4 Mio. € (Zentralrechnung 2007, S. 61) und 15,9 Mio. € (Haushaltsentwurf 2009/2010, S. 90). Verrechnet man diese Gelder mit der Aufwuchsplanung im gleichen Zeitraum mit einem Plus von 2.600 Studienanfänger/-innen in 2007 und 4.900 Studienanfänger/-innen in 2008, so erkennt man, dass je Studienanfänger/-innen und Jahr nur etwas mehr als 2.100 € anstatt 2.750 € und damit nur etwa 77% an ursprünglich ausgewiesenen Bundesmitteln an das Land fließen.¹⁸ Dies ist darauf zurückzuführen, dass es sich bei den Bundeszuschüssen an die westdeutschen Flächenländer um eine pauschale Vorabüberweisung handelt, die erst später anhand der realen Zahlen abgerechnet wird. Dann stehen den Ländern an den Bundesgeldern auch 2.750€ je Studienanfänger/-in vier Jahre lang zu (in der Summe 11.000€) (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 2, 5f.). In den Jahren 2009 und 2010 kann das Land Bundesmitteln von 27,4 Mio. € und 38,9 Mio. € erwarten (Haushaltsplan 2009/2010, S. 90).

Das Land dagegen hat für das Jahr 2008 bereits 19,8 Mio. € für das Innovationsbündnis *Hochschule 2013* im eigenen Haushalt zur Verfügung gestellt (Haushaltsplan 2009/2010, S. 111). In den beiden folgenden Jahren kommen zusätzlich 55,9 Mio. € und 115,6 Mio. € hinzu, so dass die 87,6 Mio. € Bundesmittel aus dem Hochschulpakt mit insgesamt 191,3 Mio. € Landesmitteln aufgestockt werden (ibid). Das Innovationsbündnis wurde auch unter dem Stichwort der *Hochschulmilliarde* publik gemacht. Die Summe einer Milliarde kommt durch die Summierung des Programmvolumens von 2008 bis einschließlich 2012 zustande, in dem neben den Landesmitteln auch zirka 82 Mio. € Bundesgelder aus der ersten Phase des Hochschulpaktes (2008-2010) enthalten sind – sowie weitere 184 Mio. € Bundesgelder, die das Land für die Jahre 2011 und 2012 aus der zweiten Phase des Hochschulpaktes erwar-

¹⁶ So hatten sich auch die Fachhochschulen bereits im Rahmen von Zielvereinbarungen zu einer Erhöhung der Aufnahmezahlen um 10 % verpflichtet.

¹⁷ In diesen vorläufigen Zahlen sind möglicherweise noch Mehrfacheinschreibungen und andere statistische Artefakte enthalten, so dass sie nur bedingt belastbar sind. Die endgültigen Zahlen für das Studienjahr 2008 werden erst im Herbst dieses Jahres vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

¹⁸ Zu diesem Phänomen siehe unten auch die Zusammenfassung.

tet. Ab 2011, wenn die Studienkapazitäten voll ausgebaut sind (+12.666, s.o.), investiert Bayern so jährlich zusätzlich 225,9 Mio. € in seine Hochschulen (SWFK 2007, Folie 11-13). Damit ergänzt Bayern die Bundesmittel mit etwa der doppelten Summe an Landesmitteln und kommt so der paritätischen Ko-Finanzierung mehr als nach.

Tabelle 2: Bundes- und Landesmittel 2007-2010, Bayern

Jahr	Bundesmittel aus Hochschul-pakt [Mio. €]	ergänzende Lan-desmittel [Mio. €]	gesamtes Mittel-aufkommen [Mio. €]
2007	5,5	-	5,5
2008	15,9	19,8	35,7
2009	27,4	55,9	83,3
2010	38,9	115,6	154,5
<i>Summe</i>	<i>87,6</i>	<i>191,3</i>	<i>278,9</i>
<i>nachrichtlich*:</i>			
	erwartete Bun-desmittel aus der zweiten Phase des Hochschul-pakts [Mio. €]	geplante Landesmit-tel [Mio. €]	gesamtes Mittel-aufkommen [Mio. €]
2011	148,8	77,1	225,9
2012	119,4	106,5	225,9
2013	109,2	116,7	225,9
2014	100,3	125,6	225,9

*) Dies sind erste Planungen des Landes, die aber noch mit gewissen Unsicherheiten (Verhandlungsergebnis 2. Phase Hochschul-pakt, Haushaltsverhandlungen für 2011ff.) verbunden sind.

Für die Jahre 2007 und 2008 hat Bayern insgesamt 21,3 Mio. € Bundesmittel erhalten. Je nach Abrechnungsweise¹⁹ hat das Land durch seinen erfolgreichen Ausbau bereits Ansprüche auf Bundesmittel im Umfang von 25,1 Mio. € erworben. Die aktuellen zusätzlichen Ansprüche würden im Zuge der zweiten Phase des Hochschulpaktes verrechnet (Verwaltungsvereinbarung Hochschul-pakt 2020, S. 4).

Nimmt man an, dass zusätzliche Studienanfänger/-innen tatsächlich 22.000 € kosten (= 4 x 5.500 €) und legt man die CHE-Studienanfängerprognose zugrunde, so ergibt die CHE-Berechnung bis 2010 einen Gesamtmittelbedarf von etwa 230 Mio. € (s.o.). Die Bundes- und Landesgelder ergeben zusammen sogar 278,9 Mio. €. Die wirklich große Herausforderung wird erst nach 2010 beginnen und durch den doppelten Abiturjahrgang ab 2013 einen Höhe-

¹⁹ Dies ist abhängig davon, ob die Zielerreichung jedes Jahr einzeln oder in der Summe bewertet wird. Für die ausgewiesene Zahl wurden die zusätzlichen Studienanfänger/-innen jedes Jahr mit 2.750€ verteilt über vier Jahre gewichtet, d.h. Studienanfänger/-innen von 2007 schlagen auch 2008 zu Buche. Negative Gesamtsalden wurden mit 0€ berechnet.

punkt erreichen. Dieses Hoch in der Studiennachfrage hat das Land mit dem Innovationsbündnis *Hochschule 2013* dabei bereits im Blick.

Literaturhinweise:

- Bildungsstatistik (2008): Schüler und Absolventenprognose 2007.
<http://www.verwaltungsportal.bayern.de/Anlage2090097/Schueler-undAbsolventenprognose2007.pdf>,
Zugriff am 14.4.2009.
- Drucksache 15/10903: Antrag der Staatsregierung: Innovationsbündnis 2013.
http://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP15/Drucksachen/Basisdrucksachen/000006000/0000006110.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- Drucksache 16/9217: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Vorläufige Bilanz des Hochschulpaktes 2020.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609217.pdf>,
Zugriff am 14.4.2009.
- Gabriel, Gösta; von Stuckrad, Thimo (2007): Die Zukunft vor den Toren – Aktualisierte Berechnungen der Studienanfängerzahlen bis 2020.
http://www.che.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf.
Zugriff am 14.4.2009.
- KMK (2007): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen bis 2020. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 182.
http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_05_01-Vorausberechnung-Schueler-Absolventen-05-2020.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- Statistisches Bundesamt (2008a): Bildung und Kultur – Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2006; Fachserie 11, Reihe 4.3; Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2008b): Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen - Wintersemester 2007/2008; Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen – Vorbericht – Wintersemester 2008/2009; Wiesbaden.
- SWFK (= Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst) (2007): Ausbauprogramm für Bayerns Hochschulen. Werkstattgespräch am 6. Juli 2007. Forum 5 „Steigende Studierendenzahlen“.
http://www.stmwfk.bayern.de/downloads/hs_kongress_2007_ppt_forum_5.pdf,
Zugriff am 20.4.2009.
- SWFK (= Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst) (2008): Ausbau der Hochschulen in Bayern.
http://www.stmwfk.bayern.de/hs_ausbau.html,
Zugriff am 14.4.2009.
- STMF (= Bayerisches Staatsministerium der Finanzen) (2007) = Zentralrechnung über die Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans 15. Bayer. Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.
http://www.stmf.bayern.de/haushalt/haushaltsrechnung_2007/epl15.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).

Länderbericht Berlin

Allgemeines

Berlin gehört zu der Gruppe der Stadtstaaten und damit zu den Bundesländern, die bis zum Jahr 2020 eine eher hohe Studiennachfrage erwarten. Im Folgenden soll nun die besondere Situation des Landes dargestellt werden, wie es sich auf die Herausforderungen vorbereitet hat und wie erfolgreich die Umsetzung der Maßnahmen bisher läuft – soweit es eben schon erkennbar ist.

Prognosen

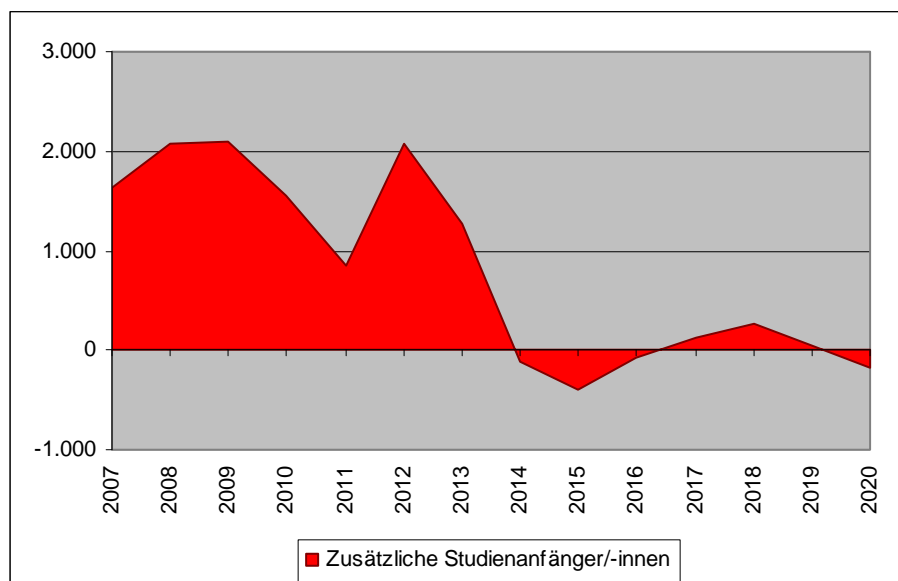
a) Studienberechtigte

Die aktuellen Prognosen (KMK 2007) zeigen für Berlin zwei Phänomene, die die Studiennachfrage der nächsten Jahre prägen. So wird die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen im Jahr 2012 gegen den allgemeinen Trend in Berlin einen Höhepunkt mit 22.200 (Prognose) erreichen. Das ist gegenüber den Werten des Jahres 2006 in Höhe von 17.400 (Ist) ein Plus von 28%. Der besondere Ausschlag in diesem Jahr hängt mit dem doppelten Abiturjahrgang zusammen, der durch die Schulzeitverkürzung von dreizehn auf zwölf Jahre zustande kommt. Der allgemeine Trend zeigt jedoch eine mittelfristige Abnahme der studienberechtigten Schulabgänger/-innen, die nur punktuell durch den doppelten Abiturjahrgang 2012 überdeckt wird. So kommt es, dass der Tiefpunkt der allgemein regressiven Entwicklung der Studienberechtigtenzahlen in Berlin direkt nach dem doppelten Abiturjahrgang 2012, nämlich im Jahr 2013 (14.500 = -17%) erreicht wird. Danach steigen die Zahlen wieder auf ein Niveau zwischen 15.000 und 17.500. Im Jahr 2020 werden es etwa 15.700 studienberechtigte Schulabgänger/-innen sein, das sind -10% gegenüber 2006.

b) Studienanfänger/-innen

Aus der Entwicklung der Zahlen der Studienberechtigten kann nur indirekt auf die Entwicklung der Studienanfänger/-innen geschlossen werden. Prognosen müssen die landesspezifische Übertrittsquote, die Verzögerungen beim Übergang von der Schule in das Studium (Dienstzeiten, Ausbildungen etc.) und die Effekte der Wanderungsbewegungen von Studienanfänger/-innen zwischen den Ländern berücksichtigen.

Graphik 1: Prognose der zusätzlichen Studienanfänger/-innen für Berlin



In Berlin werden nach der CHE-Prognose (Gabriel, von Stuckrad 2007) von 2007 bis 2010, der Laufzeit der ersten Phase des Hochschulpakts, etwa 7.300 zusätzliche Studienanfänger/-innen erwartet. Ein Spitzenwert sollte im Jahr 2012 erreicht werden, wenn allein in diesem Jahr fast 2.100 zusätzliche Studienanfänger/-innen an Berliner Hochschulen zu erwarten sein dürften. Das sind absolut (nur Bildungsinländer) zirka 16.600 Studienanfänger/-innen und damit 14% mehr als im Vergleichsjahr 2005. Dies ist auf den doppelten Abiturjahrgang im selben Jahr in Berlin als auch im umschließenden Flächenland Brandenburg zurückzuführen. Im Jahr 2020 sieht die Prognose in etwa das gleiche Niveau wie im Basisjahr 2005 (ein leichtes Minus von 1%). Dass die Nachfrage nach Studienplätzen in Berlin trotz deutlich zurückgehender Anzahl Studienberechtigter aus Berlin so hoch bleibt, ist vor allem auf die hohe Importquote des Stadtstaates zurückzuführen.

Tabelle 1: Prognose für Berlin

Jahr	Prognose Studienberechtigte*)	Prognose zusätzliche Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 **)	Veränderung der Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 [%]
2007	18.000	1.636	11,3%
2008	17.900	2.071	14,3%
2009	17.900	2.092	14,4%
2010	16.400	1.548	10,7%
2011	14.900	854	5,9%
2012	22.200	2.083	14,4%
2013	14.500	1.262	8,7%
2014	14.700	-125	-0,9%
2015	15.200	-391	-2,7%
2016	15.800	-70	-0,5%
2017	17.500	117	0,8%
2018	16.700	268	1,8%
2019	15.800	55	0,4%
2020	15.700	-166	-1,1%

) KMK (2007) Tabellenteil; S. 9

**) Gabriel, von Stuckrad (2007), S. 12

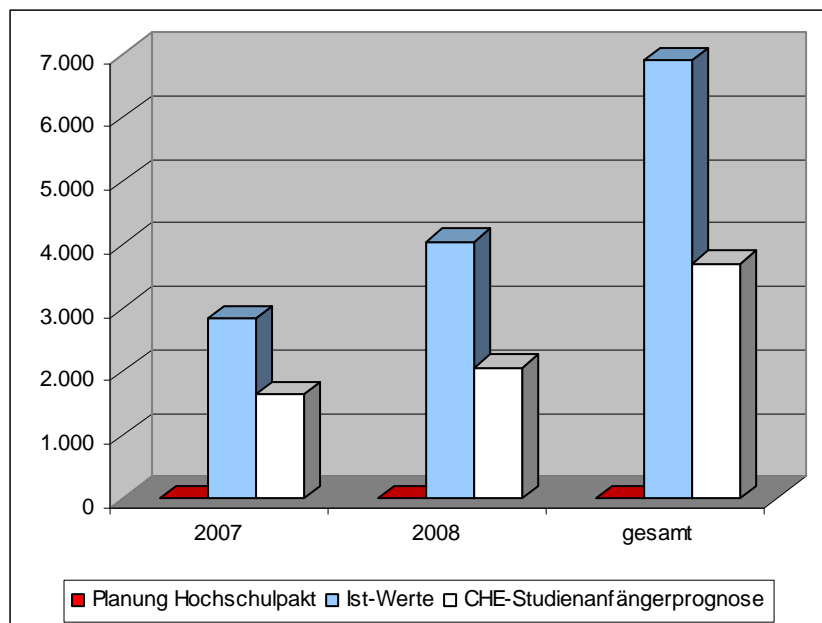
c) Kosten²⁰

Geht man von dem im Hochschulpakt fixierten Kostenpunkt von 22.000 € je Studienanfänger/-innen (verteilt auf vier Jahre) aus und legt man die CHE Studienanfängerprognose zugrunde, so würde allein die zusätzliche Nachfrage von 2007 bis 2010 in Berlin insgesamt 102 Mio. € kosten. Berücksichtigt man die gesamte zusätzliche Studiennachfrage von 2007 bis 2020, so sind es sogar 247 Mio. € Kosten, die auf das Land und seine Hochschulen zukommen. Um diese Zahl in Relation zu setzen: Das sind 11% der jährlichen Ausgaben des Landes für den gesamten Hochschulbereich²¹ (Statistisches Bundesamt 2008, Tabelle 2.1.1). Im Vergleich zu den westdeutschen Flächenländern bedeutet das Nachfragehoch für Berlin folglich eine weniger schwierige finanzpolitische Herausforderung.

Die Maßnahmen des Landes

Berlin erhält von den Bundesgeldern im Rahmen des Hochschulpaktes 22,6 Mio. €, was einer Pauschale von 4% der Gesamtmittel entspricht (Drucksache 16/9217, S. 12). Das Land hat sich im Gegenzug dazu verpflichtet, die Anzahl der Studienanfänger/-innen auf dem Niveau von 19.500 (Bildungsin- und -ausländer) bis 2010 zu halten (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 3). Diese Anzahl von Studienanfänger/-innen liegt unter dem historischen Wert aus dem Jahr 2005 (20.704 Studienanfänger/-innen, d.h. minus 1.204 Studienanfänger/-innen p.a.), der ansonsten als Maßzahl des Hochschulpaktes fungiert.

Graphik 2: Prognose, Planung und Umsetzung (Studienanfänger/-innen), Berlin



Das Land plant in seiner *Ausbildungsoffensive*, einem Teil des Masterplans *Wissen schafft Berlins Zukunft*, bis 2011 insgesamt 1.000 neue Studienplätze²² zu schaffen. Beginnend im Jahr 2008, werden die Kapazitäten an den landeseigenen Fachhochschulen um 220, 260 (2009), 530 (2010) und schließlich um insgesamt 1.000 (ab 2011) zusätzliche Studienplätze

²⁰ Wenn hier und im Folgenden von Kosten gesprochen wird, so sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um Zukunftsinvestitionen handelt.

²¹ Stand 2006.

²² Ein Studienplatz bedeutet, dass durch ihn theoretisch jedes Jahr ein Studierender ein Studium beginnen kann. Dies sei nicht zu verwechseln mit den tatsächlichen Studienanfänger/-innen, die im Zuge des Hochschulpaktes gezählt werden.

aufgestockt. Zusätzlich werden u.a. Stellen für Lehrprofessoren an den Universitäten geschaffen, vorgezogene Neubesetzungen von Lehrstühlen ermöglicht und Positionen für ‚Seniorprofessoren‘ gebildet, die trotz Neubesetzung des Lehrstuhls noch an den Hochschulen lehren können (Masterplan *Ausbildungsoffensive*, Anlage 1, S. 1f.).

Vergleicht man die Planung des Hochschulpaktes (19.500 Studienanfänger/-innen p.a.) mit den Zahlen des statistischen Bundesamtes für 2007 und mit den vorläufigen, unbereinigten Zahlen²³ für das Studienjahr 2008, so liegt Berlin klar im Plus (Statistisches Bundesamt 2009, Tabelle 1.3). 2007 ermöglichte es über 2.800 jungen Menschen mehr ein Studium als vorgesehen, und 2008 liegt ein weiterer Zuwachs von fast 4.100 zusätzlichen Studienanfänger/-innen vor. Insgesamt schaffte es Berlin, mit fast 6.900 Studienanfänger/-innen über Plan zu liegen und damit sogar die CHE-Prognose (+3.700 für 2007-2008) mehr als deutlich zu übertreffen.

Abschließend sollen noch die finanziellen Anstrengungen betrachtet werden. Im Zuge des Hochschulpaktes 2020 erhielt das Land für die Jahre 2007 und 2008 1,4 Mio. € bzw. 4,1 Mio. € (Drucksache 16/9217, S. 10). Seit 2008 werden die Bundesmittel durch die Gelder der *Ausbildungsoffensive* ergänzt, für die insgesamt 35 Mio. € eingeplant sind, beginnend mit 5 Mio. € in 2008 und jeweils 10 Mio. € in den folgenden Jahren bis 2011 (Masterplan *Ausbildungsoffensive*, Anlage 1, S. 1). Bis zum Ende der ersten Phase des Hochschulpaktes (das Jahr 2010) werden die Bundesmittel mehr als paritätisch durch Landesmittel ergänzt. Letztere sollen dabei sowohl dem quantitativen Ausbau als auch der Qualitätsverbesserung in der Lehre dienen.

Tabelle 2: Bundes- und Landesmittel 2007-2010, Berlin

Jahr	Bundesmittel aus Hochschul-pakt [Mio. €]	ergänzende Lan-desmittel [Mio. €]	gesamtes Mittel-aufkommen [Mio. €]
2007	1,4	-	1,4
2008	4,1	5,0	9,1
2009	7,1	10,0	17,1
2010	10,1	10,0	20,1
Summe	22,6	25,0	47,7

Als Stadtstaat profitiert Berlin von der Prämienausschüttung für zusätzliche Studienanfänger/-innen (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 3f.). So hat das Land durch die Übererfüllung der Vorgaben des Hochschulpaktes einen Anspruch auf jeweils 11.000 € je zusätzlichem Studienanfänger/-innen erworben, was in der Summe (11.000€ x 6.894 Studienanfänger/-innen) einem Betrag von 75,8 Mio. € entsprechen würde. Die endgültige Abrechnung erfolgt jedoch erst im Jahr 2011 (ibid, S. 5).

Literaturhinweise:

- Masterplan *Ausbildungsoffensive* = Vereinbarung zwischen der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung und den Berliner Universitäten, den Berliner Fachhochschulen

²³ In diesen vorläufigen Zahlen sind möglicherweise noch Mehrfacheinschreibungen und andere statistische Artefakte enthalten, so dass sie nur bedingt belastbar sind. Die endgültigen Zahlen für das Studienjahr 2008 werden erst im Herbst dieses Jahres vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

und den Berliner Kunsthochschulen zum „Masterplan - Ausbildungsinitiative“ .
http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-wissenschaft/wissenschaftspolitik/masterplan_ausbildungsinitiative.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.

- Drucksache 16/9217: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Vorläufige Bilanz des Hochschulpaktes 2020.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609217.pdf>,
Zugriff am 14.4.2009.
- Gabriel, Gösta; von Stuckrad, Thimo (2007): Die Zukunft vor den Toren – Aktualisierte Berechnungen der Studienanfängerzahlen bis 2020.
http://www.che.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- KMK (2007): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen bis 2020. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 182.
http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_05_01-Vorausberechnung-Schueler-Absolventen-05-2020.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- Statistisches Bundesamt (2008): Bildung und Kultur – Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2006; Fachserie 11, Reihe 4.3; Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen – Vorbericht – Wintersemester 2008/2009; Wiesbaden.
- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).
- www.studieren-in-fernost.de 2009 =
<http://www.studieren-in-fernost.de/wir>,
Zugriff am 21.4.2009

Länderbericht Brandenburg

Allgemeines

Brandenburg gehört zu der Gruppe der ostdeutschen Bundesländer und damit zu den Bundesländern, die bis zum Jahr 2020 eine abnehmende Studiennachfrage erwarten. Im Folgenden soll die besondere Situation des Landes dargestellt werden, wie es sich auf die Herausforderungen vorbereitet hat und wie erfolgreich die Umsetzung der Maßnahmen bisher läuft – soweit es eben schon erkennbar ist.

Prognosen

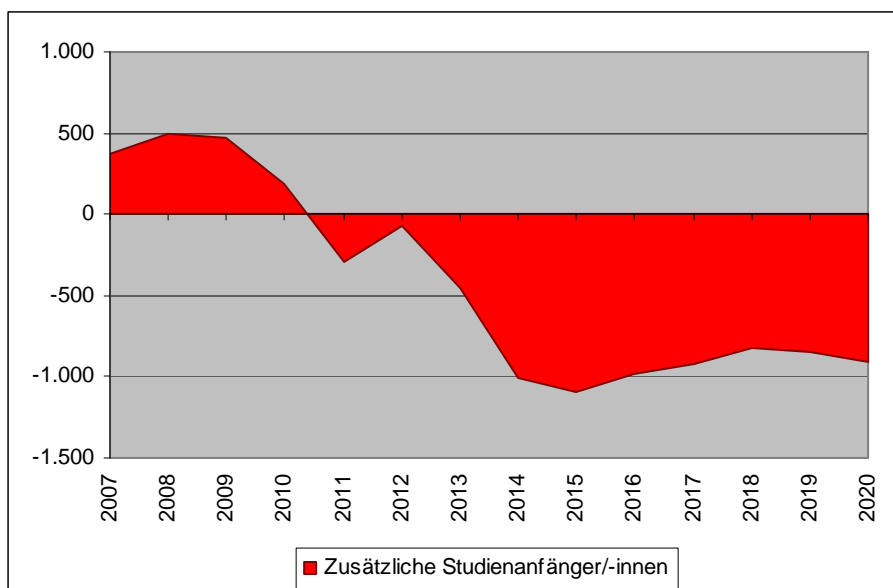
a) Studienberechtigte

Die aktuellen Prognosen (KMK 2007) zeigen für Brandenburg zwei Phasen der Studiennachfrage in den nächsten Jahren. So wird die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen bis zum Jahr 2009 leicht (zwischen 7 und 8%) über dem historischen Wert von 2006 (14.500) liegen, um danach teils dramatisch einzubrechen. Die Talsohle wird in den Jahren 2013 und 2014 mit nur noch 8.850 neuen Hochschulzugangsberechtigten erreicht, was gegenüber 2006 einem Minus von 39% entspricht. Danach steigen die prognostizierten Zahlen wieder moderat an auf ein Niveau zwischen 10.000 und 10.500 pro Jahr. Ein Zwischenhoch wird im Jahr 2012 erreicht, in dem nur knapp 9% weniger Studienberechtigte die Schulen des Landes verlassen (absolut: 13.300). Der besondere Ausschlag in diesem Jahr hängt mit dem doppelten Abiturjahrgang zusammen, der durch die Schulzeitverkürzung von dreizehn auf zwölf Jahre zustande kommt und ist ein einmaliges Phänomen.

b) Studienanfänger/-innen

Aus der Entwicklung der Zahlen der Studienberechtigten kann nur indirekt auf die Entwicklung der Studienanfänger/-innen geschlossen werden. Prognosen müssen die landesspezifische Übertrittsquote, die Verzögerungen beim Übergang von der Schule in das Studium (Dienstzeiten, Ausbildungen etc.) und die Effekte der Wanderungsbewegungen von Studienanfänger/-innen zwischen den Ländern berücksichtigen.

Graphik 1: Prognose der zusätzlichen Studienanfänger/-innen für Brandenburg



In Brandenburg werden nach der CHE-Prognose (Gabriel, von Stuckrad 2007) von 2007 bis 2010, der Laufzeit der ersten Phase des Hochschulpakts, 1.500 zusätzliche Studienanfänger/-innen erwartet. Der Höhepunkt wurde für das Jahr 2008 mit einem Plus von fast 9% gegenüber 2005 prognostiziert, was absolut etwa 6.200 Studienanfänger/-innen entspricht.

Ab 2011 fallen die erwarteten Werte unter das Niveau von 2005 und erreichen mit einem Minus von 19% im Jahr 2015 den niedrigsten Punkt. Das sind dann nur noch 4.700 Studienanfänger/-innen insgesamt (nur Bildungsinländer), oder 1.100 Studienanfänger/-innen weniger. Schließlich steigen die Zahlen wieder auf ein Niveau von um die 4.900, was einem Minus von etwa 15% oder 850 Studienanfänger/-innen entspricht. In der Gesamtzeit von 2011 bis 2020 werden insgesamt über 7.400 Studienanfängerplätze frei bleiben, die dem Nachfrageüberhang in den westdeutschen Bundesländern zur Verfügung stehen würden, so sie denn aufrechterhalten werden.

Tabelle 1: Prognose für Brandenburg

Jahr	Prognose Studienberechtigte*)	Prognose zusätzliche Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 **)	Veränderung der Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 [%]
2007	15.650	366	6,4%
2008	15.550	497	8,6%
2009	15.550	465	8,1%
2010	13.650	191	3,3%
2011	10.650	-293	-5,1%
2012	13.250	-74	-1,3%
2013	8.850	-453	-7,9%
2014	8.850	-1.011	-17,6%
2015	9.350	-1.097	-19,1%
2016	9.550	-988	-17,2%
2017	10.450	-922	-16,0%
2018	10.550	-822	-14,3%
2019	10.350	-853	-14,8%
2020	10.150	-907	-15,8%

) KMK (2007) Tabellenteil; S. 9

**) Gabriel, von Stuckrad (2007), S. 12

c) Kosten²⁴

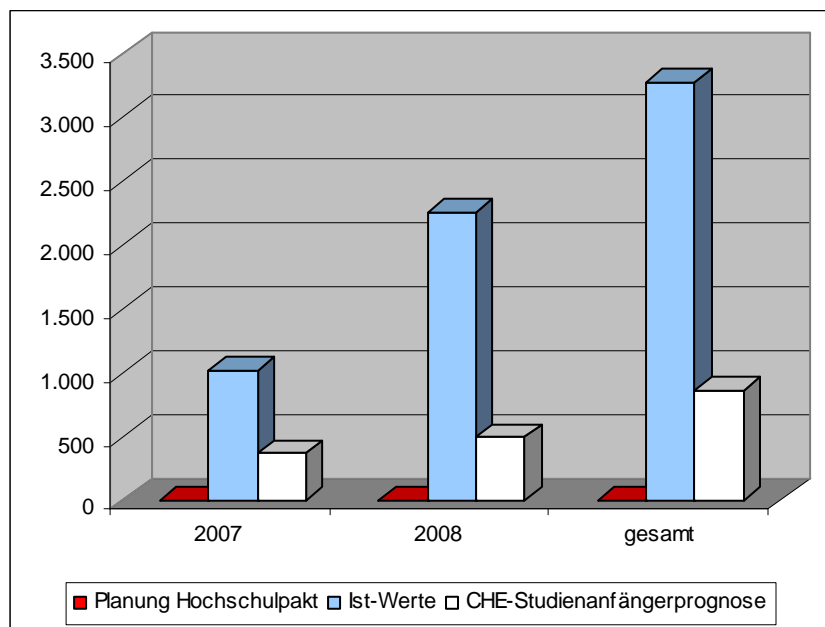
Geht man von dem im Hochschulpakt fixierten Kostenpunkt von 22.000 € je Studienanfänger/-innen (verteilt auf vier Jahre) aus und legt man die CHE Studienanfängerprognose zugrunde, so wird der Nachfrageüberschuss in Brandenburg bis 2010 insgesamt 22 Mio. € kosten. Danach sinkt die Studiennachfrage unter das Niveau von 2005, so dass keine zusätzlichen Kosten entstehen.

Die Maßnahmen des Landes

Brandenburg erhält von den Bundesgeldern im Rahmen des Hochschulpaktes 16,1 Mio. €, wofür es sich verpflichtet, die Anzahl der Studienanfänger/-innen von 2005 bis einschließlich 2010 konstant zu halten, was pro Jahr 7.552 Studienanfänger/-innen inkl. Bildungsausländern entspricht (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt, S. 3).

Das Land hat vom geplanten Stellenrückbau, der ab 2009 gegriffen hätte, Abstand genommen, was u.a. mit dem doppelten Abiturjahrgang 2012, dem Hochschulpakt 2020 und dem allgemeinen Bedarf nach mehr Akademikern begründet wird (Pressemitteilung 28.1.2008). Zudem wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, um mehr Menschen zu einem Studium in Brandenburg zu bewegen. So wird beispielsweise mit der Initiative „Erfolgreich studieren – in Brandenburg!“ vermehrt und erfolgreich um Studierende aus anderen Bundesländern geworben (www.studium-in-brandenburg.de). Mit dem Programm JUWEL sollen junge Frauen für ein Studium der Natur- und Ingenieurwissenschaften gewonnen werden (Drucksache 4/4107, S. 3). Außerdem nimmt das Land Teil an der Kampagne „Studieren in Fernost“, mit der neuen Länder insgesamt für ein Studium an ihren Hochschulen unter westdeutschen potenziellen Studieninteressenten werben wollen. Dabei werden aktuelle Kommunikationswege des Internets wie SchülerVZ oder twitter genutzt (www.studieren-in-fernost.de 2009).

Graphik 2: Prognose, Planung und Umsetzung (Studienanfänger/-innen), Brandenburg



²⁴ Wenn hier und im Folgenden von Kosten gesprochen wird, so sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um Zukunftsinvestitionen handelt.

Vergleicht man die Planung des Hochschulpaktes (7.552 Studienanfänger/-innen p.a.) mit den Zahlen des statistischen Bundesamtes für 2007 und mit den vorläufigen, unbereinigten Zahlen²⁵ für das Studienjahr 2008 (Statistisches Bundesamt 2009, Tabelle 1.3), so liegt Brandenburg klar im Plus. 2007 ermöglichte es über 1.000 mehr jungen Menschen ein Studium als vorgesehen, und 2008 liegt ein weiterer Zuwachs von fast 2.300 zusätzlichen Studienanfänger/-innen vor. Insgesamt schaffte es Brandenburg, mit fast 3.300 Studienanfänger/-innen über Plan zu liegen und damit auch die CHE-Prognose (+860 für 2007-2008) mehr als deutlich zu übertreffen.

Tabelle 2: Bundes- und Landesmittel 2007-2010, Brandenburg

Jahr	Bundesmittel aus Hochschul-pakt [Mio. €]	ergänzende Lan-desmittel [Mio. €]	gesamtes Mittel-aufkommen [Mio. €]
2007	1,0*	1,5	2,5
2008	2,9*	1,5	4,4
2009	5,0**	1,5	6,5
2010	7,2**	1,5	8,7
<i>Summe</i>	<i>16,1</i>	<i>6,0</i>	<i>22,1</i>

*) Werte nach Bundesangaben. Im Landeshaushalt anders ausgewiesen.

***) eigene Berechnungen

Abschließend sollen noch die finanziellen Anstrengungen betrachtet werden. Im Zuge des Hochschulpaktes 2020 erhielt das Land für die Jahre 2007 und 2008 1,0 Mio. € bzw. 2,9 Mio. € (Drucksache 16/9217, S. 10). Im Haushaltsplan 2008/2009 steht hingegen die Zahl von je 4,0 Mio. € für die Jahre 2008 und 2009 (S. 71). Diesen Mitteln werden Landesgelder im Umfang von jährlich 1,5 Mio. € zur Seite gestellt (Drucksache 4/5685, S. 4), so dass bis 2010 noch einmal 6,0 Mio. € hinzukommen. Durch die Übererfüllung der Vorgaben des Hochschulpaktes (Erhalt der Studienanfängerzahlen von 2005) hat das Land allerdings keine zusätzlichen finanziellen Ansprüche erworben, da es als ostdeutsches Flächenland nach der Logik des Hochschulpaktes, Phase 1, nicht an der Prämienausschüttung für zusätzliche Studienanfänger/-innen partizipiert (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpaket 2007, S. 3f.). Die Leistungen des Landes fließen jedoch in die Planung der zweiten Stufe des Hochschulpaktes ab 2011 (ibid, S. 5).

Literaturhinweise:

- Drucksache 4/4107: Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage: Verpflichtungen aufgrund des Hochschulpaktes 2020.
<http://www.brandstube.de/wp-content/4107.pdf>,
Zugriff am 14.4.2009.
- Drucksache 4/5685: Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage: Lehrkapazität an Brandenburger Hochschulen.
http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w4/drs/ab_5600/5685.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.

²⁵ In diesen vorläufigen Zahlen sind möglicherweise noch Mehrfacheinschreibungen und andere statistische Artefakte enthalten, so dass sie nur bedingt belastbar sind. Die endgültigen Zahlen für das Studienjahr 2008 werden erst im Herbst dieses Jahres vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

- Drucksache 16/9217: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Vorläufige Bilanz des Hochschulpaktes 2020.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609217.pdf>,
Zugriff am 14.4.2009.
- Gabriel, Gösta; von Stuckrad, Thimo (2007): Die Zukunft vor den Toren – Aktualisierte Berechnungen der Studienanfängerzahlen bis 2020.
http://www.che.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf,
Zugriff am 15.4.2009.
- KMK (2007): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen bis 2020. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 182.
http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_05_01-Vorausberechnung-Schueler-Absolventen-05-2020.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- Haushaltsplan 2008/2009. Band VI, Einzelplan 06, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur.
<http://www.mdf.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/06.pdf>,
Zugriff am 14.4.2009.
- Pressemitteilung 28.1.2008: Geplanter Rückbau von Studienplätzen vom Tisch.
<http://www.stk.brandenburg.de/cms/detail.php?id=317176>, Zugriff am 14.4.2009.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen – Vorbericht – Wintersemester 2008/2009; Wiesbaden.
- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).
- [www.studium-in-brandenburg](http://www.studium-in-brandenburg.de/index.php?home) =
<http://www.studium-in-brandenburg.de/index.php?home>,
Zugriff am 14.4.2009.

Länderbericht Bremen

Allgemeines

Bremen gehört zu der Gruppe der Stadtstaaten und damit zu den Bundesländern, die bis zum Jahr 2020 eine eher hohe Studiennachfrage erwarten. Im Folgenden soll die besondere Situation des Landes dargestellt werden, wie es sich auf die Herausforderungen vorbereitet hat und wie erfolgreich die Umsetzung der Maßnahmen bisher läuft – soweit es eben schon erkennbar ist.

Prognosen

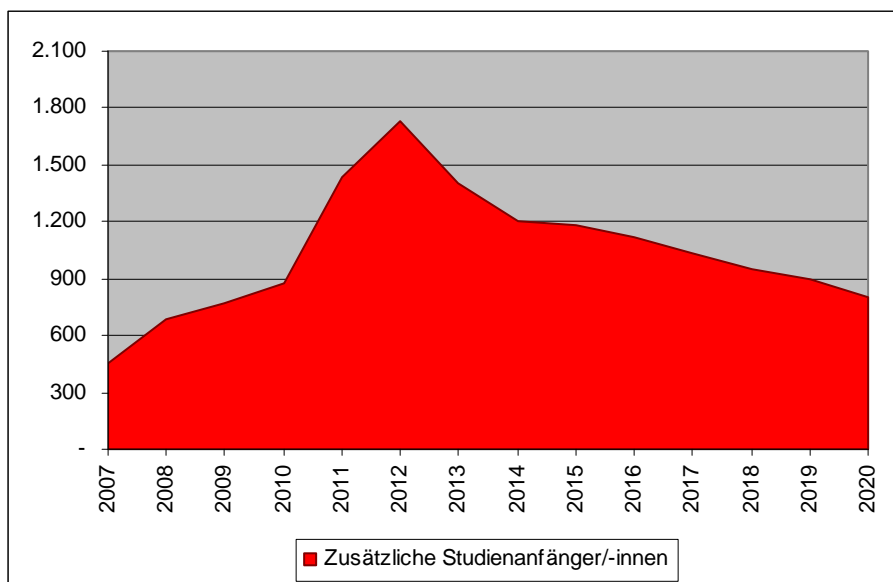
a) Studienberechtigte

Die aktuellen Prognosen (KMK 2007) zeigen für Bremen einen klaren Anstieg der Studiennachfrage, der mindestens bis 2020 andauern wird. So wird die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen von 3.450 (Ist) im Jahr 2006 auf 5.150 (Prognose) im Jahr 2012 steigen. Das ist ein Plus von 49%. Der besondere Ausschlag in diesem Jahr hängt mit dem doppelten Abiturjahrgang zusammen, der durch die Schulzeitverkürzung von dreizehn auf zwölf Jahre zustande kommt. Und selbst für das Jahr 2020 zeigt die Prognose mit 3.750 neuen Hochschulzugangsberechtigten ein höheres Niveau als 2006 (+8%).

b) Studienanfänger/-innen

Aus der Entwicklung der Zahlen der Studienberechtigten kann nur indirekt auf die Entwicklung der Studienanfänger/-innen geschlossen werden. Prognosen müssen die landesspezifische Übertrittsquote, die Verzögerungen beim Übergang von der Schule in das Studium (Dienstzeiten, Ausbildungen etc.) und die Effekte der Wanderungsbewegungen von Studienanfänger/-innen zwischen den Ländern berücksichtigen.

Graphik 1: Prognose der zusätzlichen Studienanfänger/-innen für Bremen



In Bremen werden nach der CHE-Prognose (Gabriel, von Stuckrad 2007) von 2007 bis 2010, der Laufzeit der ersten Phase des Hochschulpakts, etwa 2.800 zusätzliche Studienanfänger/-innen erwartet. Ein Spitzenwert sollte im Jahr 2012 erreicht werden, wenn allein zirka 1.750 zusätzliche Studienanfänger/-innen an Bremer Hochschulen zu erwarten sein dürften, was im Besonderen auf den doppelten Abiturjahrgang im selben Jahr in Bremen und im Jahr

zuvor im umliegenden Bundesland Niedersachsen zurückzuführen ist. In absoluten Zahlen (nur Bildungsinländer) sind es im Jahr 2012 5.900 Studienanfänger/-innen und damit 42% mehr als im Vergleichsjahr 2005. Selbst im Jahr 2020 sieht die Prognose noch 800 Studienanfänger/-innen oder 19% mehr als 2005.

Tabelle 1: Prognose für Bremen

Jahr	Prognose Studienberechtigte*)	Prognose zusätzliche Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 **)	Veränderung der Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 [%]
2007	3.730	450	10,8%
2008	3.940	681	16,4%
2009	3.740	771	18,6%
2010	3.940	874	21,0%
2011	3.940	1.430	34,4%
2012	5.140	1.727	41,6%
2013	3.940	1.400	33,7%
2014	3.940	1.206	29,0%
2015	3.940	1.186	28,6%
2016	3.840	1.121	27,0%
2017	3.840	1.030	24,8%
2018	3.840	947	22,8%
2019	3.840	897	21,6%
2020	3.740	801	19,3%

) KMK (2007) Tabellenteil; S. 9

**) Gabriel, von Stuckrad (2007), S. 12

c) Kosten²⁶

Geht man von dem im Hochschulpakt fixierten Kostenpunkt von 22.000 € je Studienanfänger/-innen (verteilt auf vier Jahre) aus und legt man die CHE Studienanfängerprognose zugrunde, so würde allein die zusätzliche Nachfrage von 2007 bis 2010 in Bremen insgesamt 34 Mio. € kosten. Berücksichtigt man die gesamte zusätzliche Studiennachfrage von 2007 bis 2020, so sind es sogar 320 Mio. € Kosten für das Land und seine Hochschulen. Um die-

²⁶ Wenn hier und im Folgenden von Kosten gesprochen wird, so sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um Zukunftsinvestitionen handelt.

se Zahl in Relation zu setzen: Das sind 95% der jährlichen Ausgaben des Landes für den gesamten Hochschulbereich²⁷ (Statistisches Bundesamt 2008, Tabelle 2.1.1).

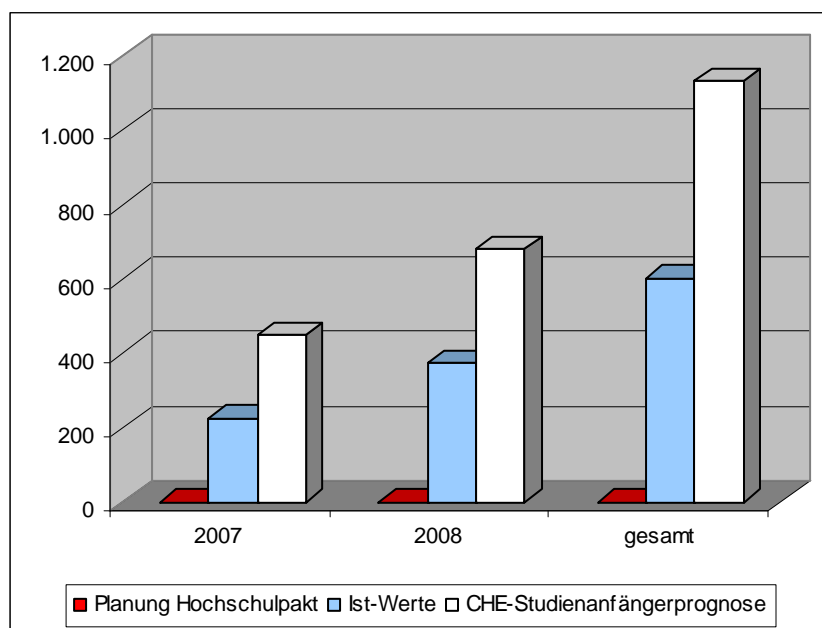
Die Maßnahmen des Landes

Bremen erhält von den Bundesgeldern im Rahmen des Hochschulpaktes 8,0 Mio. € (Drucksache 16/9217, S. 12), was einer Pauschale von etwa 1,4% der Gesamtmittel entspricht. Das Land hat sich im Gegenzug dazu verpflichtet, die Anzahl der Studienanfänger/-innen im Vergleich zu 2005 auf 5.256 (Bildungsin- und -ausländer) konstant zu halten (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 3).

Bremen plant neben dem quantitativen Erhalt der Studienplätze auch eine Verbesserung der Lehrqualität (Pressemitteilung 15.4.2008) durch zusätzliche Investitionen im Hochschulbereich. Außerdem ermöglicht es nach Genehmigung vorgezogene Neubesetzungen von freierwerdenden Lehrstühlen (Drucksache 16/9217, S. 14).

Vergleicht man die Planung des Hochschulpaktes (5.256 Studienanfänger/-innen p.a.) mit den Zahlen des statistischen Bundesamtes für 2007 und mit den vorläufigen, unbereinigten Zahlen²⁸ für das Studienjahr 2008 (Statistisches Bundesamt 2009, Tabelle 1.3), so liegt Bremen im Plus. 2007 ermöglichte es etwa 230 mehr jungen Menschen ein Studium als vorgesehen, und 2008 liegt ein weiterer Zuwachs von 380 zusätzlichen Studienanfänger/-innen vor. Insgesamt schaffte es Bremen, mit über 600 Studienanfänger/-innen zwar über Plan zu liegen, blieb aber dennoch deutlich unter der CHE-Prognose (+1.100 für 2007-2008).

Graphik 2: Prognose, Planung und Umsetzung (Studienanfänger/-innen), Bremen



Abschließend sollen noch die finanziellen Anstrengungen betrachtet werden. Im Zuge des Hochschulpaktes 2020 erhielt das Land für die Jahre 2007 und 2008 0,5 Mio. € (Drucksache 16/9217, S. 10) bzw. 1,4 Mio. € 2009 werden es 2,5 Mio. € sein (Landeshaushaltsplan 2008/2009, S. 65). Seit Beginn des Hochschulpaktes werden sie paritätisch durch Landesmittel ergänzt.

²⁷ Stand 2006.

²⁸ In diesen vorläufigen Zahlen sind möglicherweise noch Mehrfacheinschreibungen und andere statistische Artefakte enthalten, so dass sie nur bedingt belastbar sind. Die endgültigen Zahlen für das Studienjahr 2008 werden erst im Herbst dieses Jahres vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

Tabelle 2: Bundes- und Landesmittel 2007-2010, Bremen

Jahr	Bundesmittel aus Hochschul-pakt [Mio. €]	ergänzende Lan-desmittel [Mio. €]	gesamtes Mittel-aufkommen [Mio. €]
2007	0,5	0,5	1,0
2008	1,4	7,5	8,9
2009	2,5	7,5	10,0
2010	3,5	3,5	7,1
Summe	8,0	19,0	27,0

Zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Lehre belaufen sich auf 6,1 Mio. € im Jahr 2008 und 5 Mio. € im Jahr 2009 (ibid, S. 66), so dass sich die Landesmittel für diese beiden Jahre auf jeweils 7,5 Mio. € aufsummieren (Pressemitteilung 15.4.2008). Insgesamt ergänzt das Land damit die Bundesmittel (8,0 Mio. €) bis 2010 mit fast der zweieinhalbfachen Summe an Landesmitteln. Zudem hat das Land durch die Übererfüllung der Vorgaben des Hochschulpaktes einen Anspruch auf jeweils 11.000 € je zusätzlichem Studienanfänger/-innen erworben, was insgesamt (11.000€ x 602 Studienanfänger/-innen) einem Betrag von 6,6 Mio. € entsprechen würde. Als Stadtstaat profitiert Bremen von der Prämienausschüttung für zusätzliche Studienanfänger/-innen (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 3f.). Die endgültige Abrechnung erfolgt jedoch erst im Jahr 2011 (ibid, S. 5).

Literaturhinweise:

- Drucksache 16/9217: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Vorläufige Bilanz des Hochschulpaktes 2020.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609217.pdf>,
Zugriff am 14.4.2009.
- Gabriel, Gösta; von Stuckrad, Thimo (2007): Die Zukunft vor den Toren – Aktualisierte Berechnungen der Studienanfängerzahlen bis 2020.
http://www.che.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- KMK (2007): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen bis 2020. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 182.
http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_05_01-Vorausberechnung-Schueler-Absolventen-05-2020.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- Landeshaushaltsplan 2008/2009. Einzelplan 02. Behörde des Senats für Bildung und Wissenschaft, Kultur.
http://www.finanzen.bremen.de/sixcms/media.php/13/01_Landeshaushalt_2008_2009.pdf,
Zugriff am 15.4.2009.
- Pressemitteilung 15.4.2008: Senatorin für Bildung und Wissenschaft: Senat beschließt Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel zur Verbesserung von Studium und Lehre.
<http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?id=18863>,
Zugriff am 15.4.2009.
- Statistisches Bundesamt (2008): Bildung und Kultur – Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2006; Fachserie 11, Reihe 4.3; Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen – Vorbericht – Wintersemester 2008/2009; Wiesbaden.

- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).
- Wissenschaftsplan 2010 – Bremen und Bremerhaven. Neufassung von 2007.
<http://www.bildung.bremen.de/fastmedia/13/wissenschaftsplan.pdf>,
Zugriff am 15.4.2009.

Länderbericht Hamburg

Allgemeines

Hamburg gehört zu der Gruppe der Stadtstaaten und damit zu den Bundesländern, die bis zum Jahr 2020 eine eher hohe Studiennachfrage erwarten. Im Folgenden soll die besondere Situation des Landes dargestellt werden, wie es sich auf die Herausforderungen vorbereitet hat und wie erfolgreich die Umsetzung der Maßnahmen bisher läuft – soweit es eben schon erkennbar ist.

Prognosen

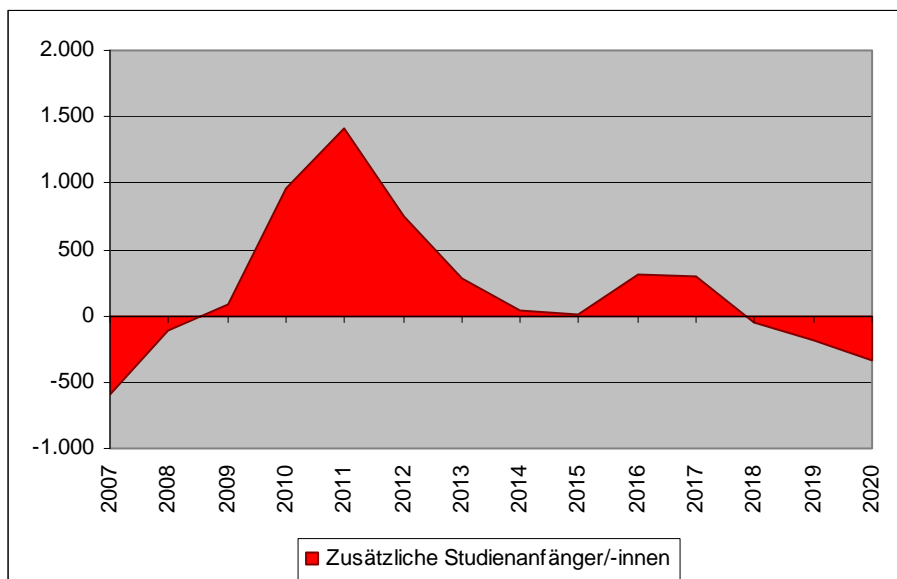
a) Studienberechtigte

Die aktuellen Prognosen (KMK 2007) zeigen für Hamburg ein recht konstantes Bild der Studiennachfrage bis zum Jahr 2020. So wird sich die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen sich durchgehend im Bereich des historischen Wertes von 2006 (8.080 Hochschulzugangsberechtigte) bewegen. Den Tiefpunkt stellt das Jahr 2020 mit 7.790 Studienberechtigten dar, was jedoch nur einem Minus von weniger als 4% entspricht. Ein Hoch markierte nach der Prognose das Jahr 2008 mit etwa 8% mehr. Einen Ausreißer stellt das Jahr 2010 dar, da in diesem Jahr ein doppelter Abiturjahrgang die Gymnasien des Landes verlässt, der durch die Schulzeitverkürzung von dreizehn auf zwölf Jahre zustande kommt. Dann werden mit etwa 13.100 Studienberechtigten knapp 5.100 oder fast 63% mehr erwartet als noch 2006.

b) Studienanfänger/-innen

Aus der Entwicklung der Zahlen der Studienberechtigten kann nur indirekt auf die Entwicklung der Studienanfänger/-innen geschlossen werden. Prognosen müssen die landesspezifische Übertrittsquote, die Verzögerungen beim Übergang von der Schule in das Studium (Dienstzeiten, Ausbildungen etc.) und die Effekte der Wanderungsbewegungen von Studienanfänger/-innen zwischen den Ländern berücksichtigen.

Graphik 1: Prognose der zusätzlichen Studienanfänger/-innen für Hamburg



Nach der CHE-Prognose (Gabriel, von Stuckrad 2007) sind über den gesamten Zeitraum von 2007 bis 2020 in den meisten Jahren mehr Studienanfänger/-innen zu erwarten als im Referenzjahr 2005. Nur in 2007/2008, sowie ab 2018 ist ein leichtes Minus von insgesamt 1.300 Studienanfänger/-innen prognostiziert. Dazwischen gibt es ein klares Hoch mit einem Nachfrageüberhang von insgesamt zirka 4.100 zusätzlichen Studienanfänger/-innen mit dem Höhepunkt im Jahr 2011, bedingt durch den doppelten Abiturjahrgang im Stadtstaat im Jahr zuvor und im selben Jahr im angrenzenden Flächenland Niedersachsen. Allein im Jahr 2011 werden wohl 1.400 Studienanfänger/-innen oder 14% mehr ein Studium aufnehmen, also in absoluten Zahlen (nur Bildungsinländer) fast 11.400 Studienanfänger/-innen.

Tabelle: Prognose für Hamburg

Jahr	Prognose Studienberechtigte*)	Prognose zusätzliche Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 **)	Veränderung der Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 [%]
2007	8.410	-594	-6,0%
2008	8.720	-113	-1,1%
2009	8.530	80	0,8%
2010	13.130	965	9,7%
2011	8.380	1.408	14,2%
2012	7.940	741	7,4%
2013	8.030	279	2,8%
2014	8.140	42	0,4%
2015	8.340	6	0,1%
2016	8.230	317	3,2%
2017	8.110	298	3,0%
2018	8.010	-54	-0,5%
2019	7.890	-183	-1,8%
2020	7.790	-333	-3,3%

) KMK (2007) Tabellenteil; S. 9

**) Gabriel, von Stuckrad (2007), S. 12

c) Kosten²⁹

Geht man von den im Hochschulpakt fixierten Kosten von 22.000 € je Studienanfänger/-in (verteilt auf vier Jahre) aus und legt man die CHE Studienanfängerprognose zugrunde, so würde allein die zusätzliche Nachfrage, die für die Jahre 2009 bis 2017 prognostiziert wird,

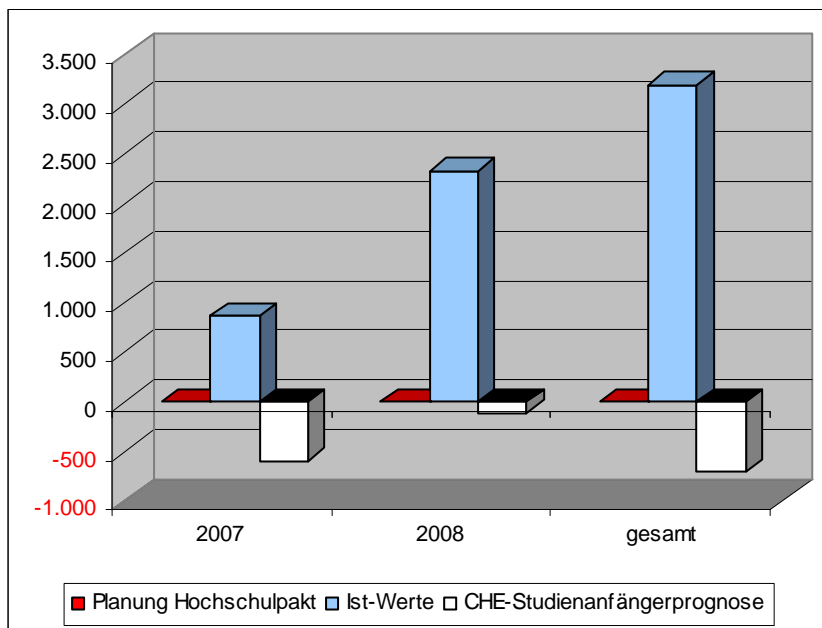
²⁹ Wenn hier und im Folgenden von Kosten gesprochen wird, so sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um Zukunftsinvestitionen handelt.

insgesamt 83 Mio. € kosten. Um diese Zahl in Relation zu setzen: Das sind 7% der jährlichen Ausgaben des Landes für den gesamten Hochschulbereich³⁰ (Statistisches Bundesamt 2008, Tabelle 2.1.1).

Die Maßnahmen des Landes

Hamburg erhält von den Bundesgeldern im Rahmen des Hochschulpaktes 11,8 Mio. €, was einer Pauschale von etwa 2,1% der Gesamtmittel entspricht (Drucksache 16/9217, S. 12). Das Land hat sich im Gegenzug dazu verpflichtet, die Anzahl der Studienanfänger/-innen im Vergleich zu 2005 auf 11.864 (Bildungsin- und -ausländer) konstant zu halten (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 3).

Graphik 2: Prognose, Planung und Umsetzung (Studienanfänger/-innen), Hamburg



In einer Fußnote des Hochschulpaktes wird zusätzlich vermerkt, dass das Land zusätzlich plant, von 2007 bis 2010 weitere 2.908 Studienanfänger/-innen über den vereinbarten Erhalt hinaus aufzunehmen (ibid, S. 11). Im Doppelhaushalt 2009/2010 legt das Land schließlich fest, dass die pauschalen Bundesmittel dem Aufwuchs dienen sollen (Haushaltsplan Entwurf 2009/2010, S. 8³¹), der langsam steigend bis 2010 insgesamt fast 1.400 Studienanfänger/-innen umfassen soll (ibid, S. 30). Diese Aufwuchsplanung wird im „Pakt für Exzellenz und Wachstum“ mit einem Kapazitätsausbau von 1.000 Studienplätzen von 2008 bis 2011 verbunden (Pakt für Exzellenz und Wachstum, S. 4f.). Des Weiteren erhöht Hamburg das Lehrdeputat der Universitätsprofessoren von acht auf neun Semesterwochenstunden und arbeitet mit einer „Veränderung der Personalstruktur entsprechend den Erfordernissen des veränderten Ausbildungsangebots im Bachelor-Master-System“ (ibid, S. 5).

Vergleicht man die Planung des Hochschulpaktes (11.864 Studienanfänger/-innen p.a.) mit den Zahlen des statistischen Bundesamtes für 2007 und mit den vorläufigen, unbereinigten Zahlen³² für das Studienjahr 2008 (Statistisches Bundesamt 2009, Tabelle 1.3), so liegt

³⁰ Stand 2006.

³¹ Die Seitenangaben für das Haushaltsplan Entwurf 2009/2010 beziehen sich auf das im Literaturverzeichnis angegebene pdf-Dokument und dessen Seitenzählung.

³² In diesen vorläufigen Zahlen sind möglicherweise noch Mehrfacheinschreibungen und andere statistische Artefakte enthalten, so dass sie nur bedingt belastbar sind. Die endgültigen Zahlen für das Studienjahr 2008 werden erst im Herbst dieses Jahres vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

Hamburg deutlich im Plus. 2007 ermöglichte es etwa 865 mehr jungen Menschen ein Studium als vorgesehen, und 2008 liegt ein weiterer Zuwachs von 2.400 zusätzlichen Studienanfänger/-innen vor. Die CHE-Prognose sah für den gleichen Zeitraum stattdessen ein Minus von über 700 Studienanfänger/-innen voraus, was Hamburg mit einem gesamten Plus von fast 3.200 mehr als deutlich überbietet. Damit liegt der Stadtstaat zudem auch über der eigenen Planung, die für 2007-2008 lediglich einen Zuwachs von zirka 600 Studienanfänger/-innen anvisiert hatte (Haushaltsplan Entwurf 2009/2010, S. 30).

Tabelle 2: Bundes- und Landesmittel 2007-2010, Hamburg

Jahr	Bundesmittel aus Hochschul-pakt [Mio. €]	ergänzende Lan-desmittel [Mio. €]	gesamtes Mittel-aufkommen [Mio. €]
2007	0,7	0,0	0,7
2008	2,1	0,0	2,1
2009	3,7	0,0	3,7
2010	5,2	0,0	5,2
<i>Summe</i>	<i>11,8</i>	<i>0,0</i>	<i>11,8</i>

Abschließend sollen noch die finanziellen Anstrengungen betrachtet werden. Im Zuge des Hochschulpaktes 2020 erhielt das Land für die Jahre 2007 und 2008 0,7 Mio. € bzw. 2,1 Mio. € (Drucksache 16/9217, S. 10). Die Mittel werden nicht durch Landesgelder aufgestockt (Haushaltplan Entwurf, S. 85).

Als Stadtstaat profitiert Hamburg von der Prämienausschüttung für zusätzliche Studienanfänger/-innen (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 3f.). Durch die bisherige Übererfüllung der Vorgaben des Hochschulpaktes hat das Land somit bereits einen Anspruch auf jeweils 11.000 € je zusätzlichem/r Studienanfänger/-in erlangt, was insgesamt (11.000€ x 3.266 Studienanfänger/-innen) einem Betrag von 35,9 Mio. € entsprechen würde. Die endgültige Abrechnung erfolgt jedoch erst im Jahr 2011 (ibid, S. 5).

Literaturhinweise:

- Drucksache 16/9217: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Vorläufige Bilanz des Hochschulpaktes 2020.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609217.pdf>,
Zugriff am 14.4.2009.
- Gabriel, Gösta; von Stuckrad, Thimo (2007): Die Zukunft vor den Toren – Aktualisierte Berechnungen der Studienanfängerzahlen bis 2020.
http://www.che.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- Haushaltsplan Entwurf 2009/2010, Einzelplan 3.2., Behörde für Wissenschaft und Forschung.
<http://www.hamburg.de/contentblob/806944/data/einzelplan32.pdf>,
Zugriff am 15.4.2009.
- KMK (2007): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen bis 2020. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 182.
http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_05_01-Vorausberechnung-Schueler-Absolventen-05-2020.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.

- Pakt für Exzellenz und Wachstum (2008)
<http://www.wissenschaft.hamburg.de/index.php/file/download/2192>,
Zugriff am 15.4.2009.
- Statistisches Bundesamt (2008): Bildung und Kultur – Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2006; Fachserie 11, Reihe 4.3; Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen – Vorbericht – Wintersemester 2008/2009; Wiesbaden.
- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).

Länderbericht Hessen

Allgemeines

Hessen gehört zu der Gruppe der westdeutschen Flächenländer und damit zu den Bundesländern, die bis zum Jahr 2020 einen besonders hohen Anstieg der Studiennachfrage erwarten. Im Folgenden soll die besondere Situation des Landes dargestellt werden, wie es sich auf die Herausforderungen vorbereitet hat und wie erfolgreich die Umsetzung der Maßnahmen bisher läuft – soweit es eben schon erkennbar ist.

Prognosen

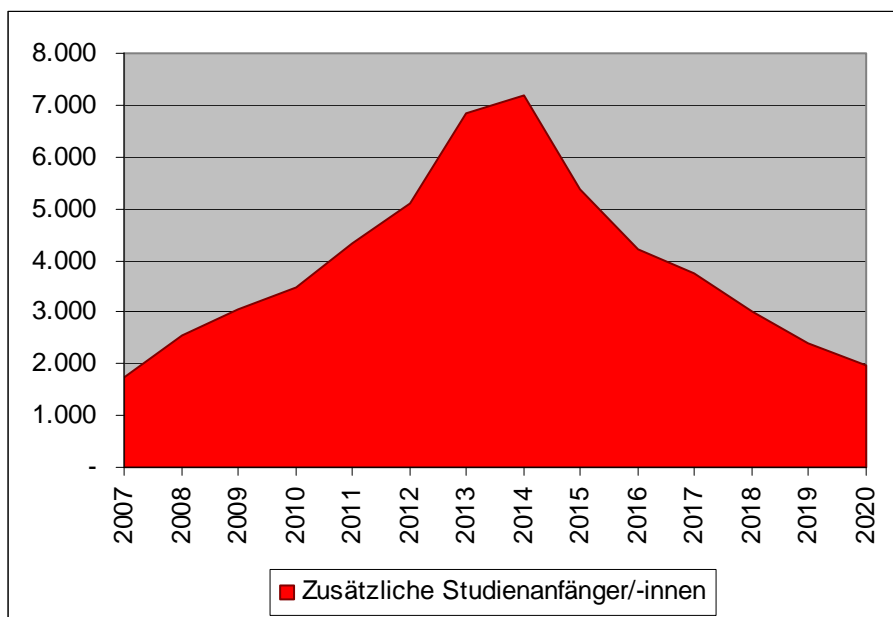
a) Studienberechtigte

Nach den aktuellen Berechnungen (KMK 2007) wird die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen von 31.700 (Ist) im Jahr 2006 auf 41.300 (Prognose) im Jahr 2013 steigen. Das ist ein Plus von 30%. Der besondere Ausschlag im Jahr 2013 hängt mit dem doppelten Abiturjahrgang (verteilt auf 2013 und 2014) zusammen, der durch die Schulzeitverkürzung von dreizehn auf zwölf Jahre zustande kommt. Für das Jahr 2020 zeigt die Prognose mit 30.400 neuen Hochschulzugangsberechtigten nur ein minimal geringeres Niveau an als noch 2006 (minus 4%).

b) Studienanfänger/-innen

Aus der Entwicklung der Zahlen der Studienberechtigten kann nur indirekt auf die Entwicklung der Studienanfänger/-innen geschlossen werden. Prognosen müssen die landesspezifische Übertrittsquote, die Verzögerungen beim Übergang von der Schule in das Studium (Dienstzeiten, Ausbildungen etc.) und die Effekte der Wanderungsbewegungen von Studienanfänger/-innen zwischen den Ländern berücksichtigen.

Graphik 1: Prognose der zusätzlichen Studienanfänger/-innen für Hessen



In Hessen werden nach der CHE-Prognose (Gabriel, von Stuckrad 2007) von 2007 bis 2010, der Laufzeit der ersten Phase des Hochschulpakts, 10.800 zusätzliche Studienanfänger/-innen erwartet. Ein Spitzenwert sollte im Jahr 2014 erreicht werden, wenn allein in diesem Jahr 7.200 zusätzliche Studienanfänger/-innen an hessischen Hochschulen zu erwarten sein

dürften. Das sind im Jahr 2014 (nur Bildungsinländer) 32.100 Studienanfänger/-innen und damit 29% mehr als im Vergleichsjahr 2005. Selbst im Jahr 2020 sieht die Prognose noch 2.000 Studienanfänger/-innen oder 8% mehr als 2005.

Tabelle 1: Prognose für Hessen

Jahr	Prognose Studienberechtigte*)	Prognose zusätzliche Studienanfänger/-innen pro Jahr gegenüber 2005 **)	Veränderung der Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 [%]
2007	31.490	1.736	7,0%
2008	32.110	2.548	10,2%
2009	32.660	3.066	12,3%
2010	33.260	3.477	14,0%
2011	33.360	4.319	17,4%
2012	35.450	5.099	20,5%
2013	41.250	6.822	27,4%
2014	39.310	7.189	28,9%
2015	33.200	5.378	21,6%
2016	32.230	4.202	16,9%
2017	31.770	3.740	15,0%
2018	31.310	2.996	12,0%
2019	30.690	2.402	9,7%
2020	30.420	1.965	7,9%

) KMK (2007) Tabellenteil; S. 9

**) Quelle: eigene Berechnungen

c) Kosten³³

Geht man von dem im Hochschulpakt fixierten Kostenpunkt von 22.000 € je Studienanfänger/-in (verteilt auf vier Jahre) aus und legt man die CHE Studienanfängerprognose zugrunde, so würde allein die zusätzliche Nachfrage von 2007 bis 2010 in Hessen insgesamt über 130 Mio. € kosten. Berücksichtigt man die gesamte zusätzliche Studiennachfrage von 2007 bis 2020, so sind es sogar 1.210 Mio. €, die auf das Land und seine Hochschulen zukommen. Um diese Zahl in Relation zu setzen: Das sind 46% der jährlichen Ausgaben des Landes für den gesamten Hochschulbereich³⁴ (Statistisches Bundesamt 2008, Tabelle 2.1.1).

³³ Wenn hier und im Folgenden von Kosten gesprochen wird, so sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um Zukunftsinvestitionen handelt.

³⁴ Stand 2006.

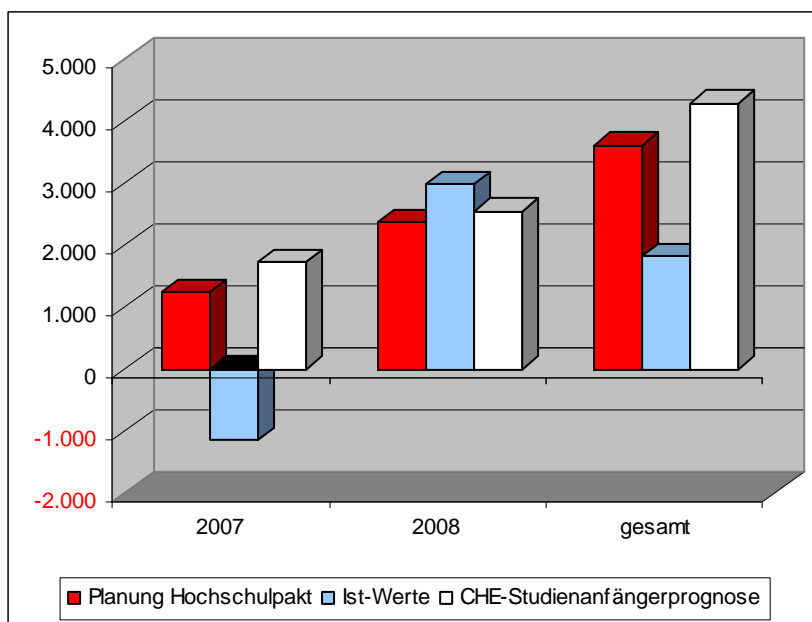
Die Maßnahmen des Landes

Hessen erhält von den Bundesgeldern im Rahmen des Hochschulpaktes 42,2 Mio. € und hat sich im Gegenzug dazu verpflichtet, zum Jahr 2010 insgesamt 8.791 Studienanfänger/-innen über dem Niveau von 2005 an seinen Hochschulen aufzunehmen (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 11).

In den landesinternen Zielvereinbarungen wurde ein leicht höherer Zuwachs im Umfang von 8.803 zusätzlichen Studienanfänger/-innen vereinbart. Zugleich wurde die jährliche Verteilung auf +1.251 (2007), +2.358 (2008) und je +2.597 (2009 und 2010) festgelegt (Drucksache 16/7090, Anlage). Die Aufnahme soll zu 40% von den Fachhochschulen und zu fast 60% von den Universitäten übernommen werden³⁵ (ibid). Die konkrete Wahl der Maßnahmen zur Ausweitung der Lehre obliegt dabei den Hochschulen (ibid, S. 2).

Vergleicht man die (landesinternen) Aufwuchsplanungen mit den Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 2007, so zeigt sich anstatt eines Anstiegs ein Rückgang der Studienanfängerzahlen gegenüber 2005 um 1.150. Die vorläufigen, unbereinigten Zahlen³⁶ für das Studienjahr 2008 liegen dagegen über der Planung für das Jahr mit insgesamt fast 3.000 zusätzlichen Studienanfänger/-innen (Statistisches Bundesamt 2009, Tabelle 1.3). Insgesamt ergibt sich demnach für die ersten beiden Jahre des Hochschulpaktes ein Plus von etwa 1.800, womit die Planung nur zu etwa 50% erfüllt ist (+3.600) und die CHE-Bedarfsprognose noch deutlicher unterschritten wurde (+4.300).

Graphik 2: Prognose, Planung und Umsetzung (Studienanfänger/-innen), Hessen



Abschließend sollen noch die finanziellen Anstrengungen betrachtet werden. Im Zuge des Hochschulpaktes 2020 erhielt das Land für die Jahre 2007 und 2008 2,6 Mio. € bzw. 7,7 Mio. € (Drucksache 16/9217, S. 10). Verrechnet man diese Gelder mit der Aufwuchsplanung im gleichen Zeitraum mit einem Plus von 1.251 Studienanfänger/-innen in 2007 und 2.358 Studienanfänger/-innen in 2008, so erkennt man, dass je Studienanfänger/-in und Jahr nur etwa 2.100 € anstatt 2.750 € und damit nur etwa 77% an ursprünglich ausgewiesenen Bundesmit-

³⁵ Genau genommen tragen die Universitäten 57,7%, während die verbliebenen 2,3% von der privaten evangelischen Fachhochschule Darmstadt übernommen werden.

³⁶ In diesen vorläufigen Zahlen sind möglicherweise noch Mehrfacheinschreibungen und andere statistische Artefakte enthalten, so dass sie nur bedingt belastbar sind. Die endgültigen Zahlen für das Studienjahr 2008 werden erst im Herbst dieses Jahres vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

teilen an das Land fließen.³⁷ Dies ist darauf zurückzuführen, dass es sich bei den Bundeszuschüssen an die westdeutschen Flächenländer um eine pauschale Vorabüberweisung handelt, die erst später anhand der realen Zahlen abgerechnet wird. Dann stehen den Ländern an den Bundesgeldern auch 2.750€ je Studienanfänger/-in vier Jahre lang zu (in der Summe 11.000€) (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 2, 5f.). In den Jahren 2009 und 2010 kann das Land Bundesmitteln von 13,2 Mio. € und 18,7 Mio. € erwarten (Quelle: eigene Berechnung).

Tabelle 2: Bundes- und Landesmittel 2007-2010, Hessen

Jahr	Bundesmittel aus Hochschulpakt [Mio. €]	ergänzende Landesmittel [Mio. €]	gesamtes Mittelaufkommen [Mio. €]
2007	2,6	2,6	5,2
2008	7,7	7,7	15,3
2009	13,2*	13,2**	26,3
2010	18,7*	18,7**	37,5
Summe	42,2	42,2	84,4

*) eigene Berechnung

**) Schätzwerte, da die Haushaltsplanungen noch nicht abgeschlossen sind.

Für die Jahre 2007 und 2008 wurde in den jeweiligen Landeshaushaltsplänen eine paritätische Komplementärfinanzierung der Bundesmittel durch Landesmittel festgelegt (Landeshaushaltsplan 2007, S. 75; Landeshaushaltsplan 2008, S. 89).

In der ersten Hälfte der ersten Phase des Hochschulpaktes hat Hessen insgesamt 10,3 Mio. € Bundesmittel erhalten. Je nach Abrechnungsweise³⁸ hat das Land durch den erlangten Zuwachs Ansprüche auf Bundesmittel im Umfang von lediglich 5,0 Mio. € erworben. Die aktuelle Differenz würde im Zuge der zweiten Phase des Hochschulpaktes mit den neuen Bundeszuweisungen verrechnet (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2020, S. 4).

Nimmt man an, dass zusätzliche Studienanfänger/-innen tatsächlich 22.000 € kosten (= 4 x 5.500 €) und legt man die CHE-Studienanfängerprognose zugrunde, so ergibt die CHE-Berechnung bis 2010 einen Gesamtmittelbedarf von etwa 130 Mio. € (s.o.). Vergleicht man diesen Wert mit der Gesamtsumme von 84,4 Mio. € die aus Bundes- und Landesmitteln zusammenkommen, zeigt sich noch eine deutliche Lücke. Dabei wird die wirklich große Herausforderung erst nach 2010 beginnen und durch den doppelten Abiturjahrgang ab 2013 einen Höhepunkt erreichen.

Literaturhinweise:

- Drucksache (Landtag) 16/7090: Antwort der Landesregierung auf Kleine Anfrage: Umsetzung des Bund-Länder-Hochschulpaktes in Hessen.
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/16/0/07090.pdf>,
Zugriff am 15.4.2009.

³⁷ Zu diesem Phänomen siehe unten Zusammenfassung.

³⁸ Dies ist abhängig davon, ob die Zielerreichung jedes Jahr einzeln oder in der Summe bewertet wird. Für die ausgewiesene Zahl wurden die zusätzlichen Studienanfänger/-innen jedes Jahr mit 2.750€ verteilt über vier Jahre gewichtet, d.h. Studienanfänger/-innen von 2007 schlagen auch 2008 zu Buche. Negative Gesamtsalden wurden mit 0€ berechnet.

- Drucksache 16/9217: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Vorläufige Bilanz des Hochschulpaktes 2020.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609217.pdf>,
Zugriff am 14.4.2009.
- Gabriel, Gösta; von Stuckrad, Thimo (2007): Die Zukunft vor den Toren – Aktualisierte Berechnungen der Studienanfängerzahlen bis 2020.
http://www.che.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- KMK (2007): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen bis 2020. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 182.
http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_05_01-Vorausberechnung-Schueler-Absolventen-05-2020.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- Landeshaushaltsplan 2007, Einzelplan 15, Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst. http://starweb.hessen.de/cache/haushalt/haushaltsplan/HHPlan2007_Epl15.pdf,
Zugriff am 15.4.2009.
- Landeshaushaltsplan 2008 Einzelplan 15, Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst. http://starweb.hessen.de/cache/haushalt/haushaltsplan/HHPlan2008_Epl15.pdf,
Zugriff am 15.4.2009.
- Statistisches Bundesamt (2008): Bildung und Kultur – Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2006; Fachserie 11, Reihe 4.3; Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen – Vorbericht – Wintersemester 2008/2009; Wiesbaden.
- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).

Länderbericht Mecklenburg-Vorpommern

Allgemeines

Mecklenburg-Vorpommern gehört zu der Gruppe der ostdeutschen Bundesländer und damit zu den Bundesländern, die bis zum Jahr 2020 eine abnehmende Studiennachfrage erwarten. Im Folgenden soll die besondere Situation des Landes dargestellt werden, wie es sich auf die Herausforderungen vorbereitet hat und wie erfolgreich die Umsetzung der Maßnahmen bisher läuft – soweit es eben schon erkennbar ist.

Prognosen

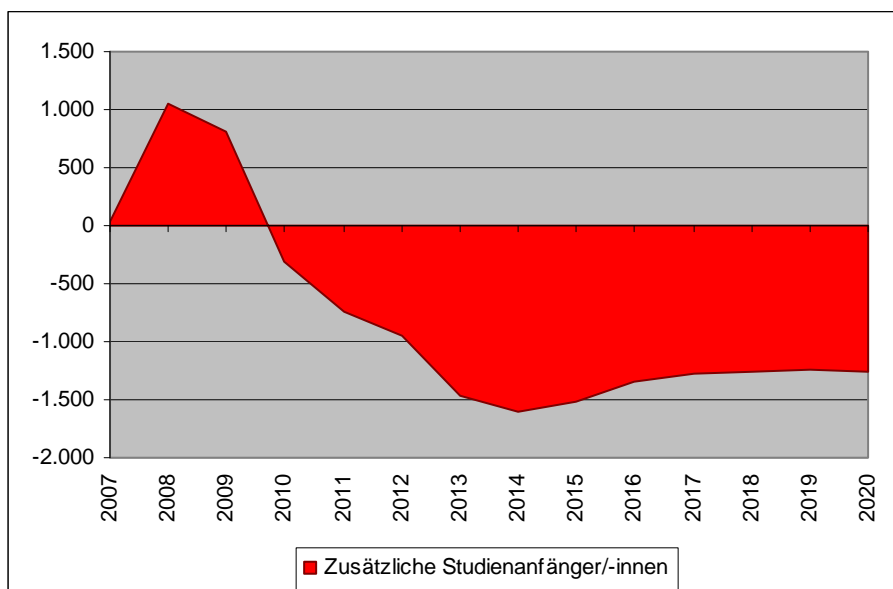
a) Studienberechtigte

Die aktuellen Prognosen (KMK 2007) zeigen für Mecklenburg-Vorpommern, dass sich die Studiennachfrage mittelfristig deutlich reduzieren wird. Zunächst sollte jedoch die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen im Jahr 2008 mit 15.200 ein einmaliges Hoch erreichen (+82% gegenüber 2006). Dies hängt mit dem doppelten Abiturjahrgang zusammen, der durch die Schulzeitverkürzung von dreizehn auf zwölf Jahre zustande kommt. Bis 2013 fällt dieser Wert auf 3.800 (Prognose), was gegenüber dem Jahr 2006, in dem 8.336 (Ist) junge Menschen die Schulen mit Hochschulreife verließen, ein Rückgang von 54% bedeutet. Danach erhöhen sich die Zahlen wieder auf ein Niveau zwischen 5.300 und 5.400 in den Jahren 2016 bis 2020 – einem Minus von 35% bis 37% gegenüber 2006.

b) Studienanfänger/-innen

Aus der Entwicklung der Zahlen der Studienberechtigten kann nur indirekt auf die Entwicklung der Studienanfänger/-innen geschlossen werden. Prognosen müssen die landesspezifische Übertrittsquote, die Verzögerungen beim Übergang von der Schule in das Studium (Dienstzeiten, Ausbildungen etc.) und die Effekte der Wanderungsbewegungen von Studienanfänger/-innen zwischen den Ländern berücksichtigen.

Graphik 1: Prognose der zusätzlichen Studienanfänger/-innen für Mecklenburg-Vorpommern



In Mecklenburg-Vorpommern wird nach der CHE-Prognose (Gabriel, von Stuckrad 2007) von 2007 bis 2009 ein Nachfrageüberschuss erwartet. Er sollte im Jahr 2008 seinen Höhepunkt erreichen und insgesamt 1.900 zusätzliche Studienanfänger/-innen umfassen. Danach entwickeln sich die Werte rückläufig, wie untenstehender Graphik und Tabelle gut zu entnehmen ist. Die Talsohle wird im Jahr 2014 mit nur noch 3.600 Studienanfänger/-innen (nur Bildungsinländer) erreicht, was gegenüber dem Vergleichsjahr 2005 ein Minus von 31% bedeutet. Danach pendelt sich der Wert auf etwa 4.000 Studienanfänger/-innen (nur Bildungsinländer) ein (-1.200 Studienanfänger/-innen, bzw. -24% gegenüber 2005). Insgesamt werden in der Zeit von 2010 bis 2020 zirka 13.000 Plätze für Studienanfänger/-innen frei bleiben, die dem Nachfrageüberhang in den westdeutschen Bundesländern zur Verfügung stehen würden, so sie denn aufrechterhalten werden.

Tabelle: Prognose für Mecklenburg-Vorpommern

Jahr	Prognose Studienberechtigte*)	Prognose zusätzliche Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 **)	Veränderung der Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 [%]
2007	8.170	26	0,5%
2008	15.200	1.048	20,0%
2009	7.180	818	15,6%
2010	5.340	-318	-6,1%
2011	4.640	-742	-14,2%
2012	3.960	-950	-18,2%
2013	3.800	-1.462	-28,0%
2014	4.600	-1.599	-30,6%
2015	5.040	-1.510	-28,9%
2016	5.410	-1.343	-25,7%
2017	5.250	-1.278	-24,4%
2018	5.400	-1.260	-24,1%
2019	5.430	-1.236	-23,6%
2020	5.350	-1.261	-24,1%

) KMK (2007) Tabellenteil; S. 9

**) Gabriel, von Stuckrad (2007), S. 12

c) Kosten³⁹

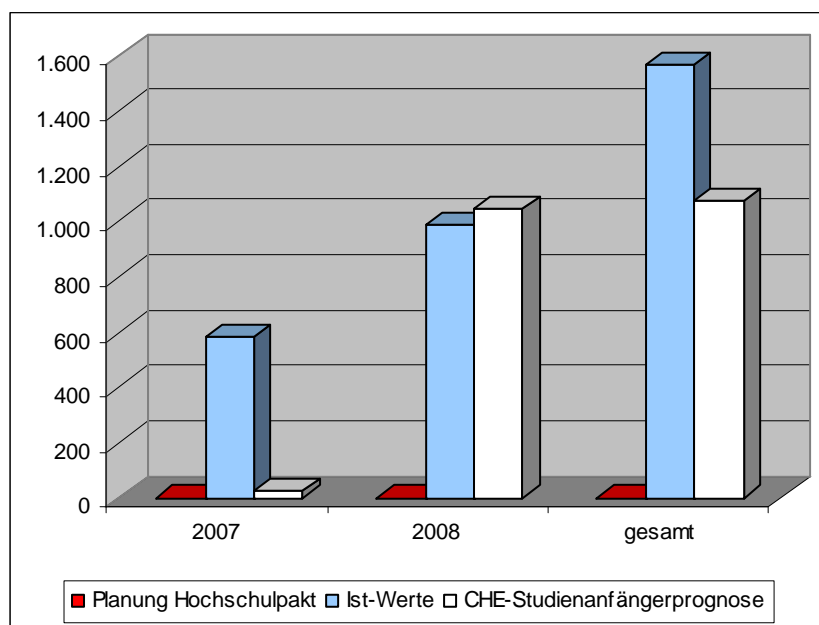
Geht man von dem im Hochschulpaket fixierten Kostenpunkt von 22.000 € je Studienanfänger/-in (verteilt auf vier Jahre) aus und legt man die CHE Studienanfängerprognose zugrunde, so wird der bis 2009 andauernde Nachfrageüberschuss in Mecklenburg-Vorpommern in der gleichen Zeit insgesamt 16,5 Mio. € kosten. Danach sinkt die Studiennachfrage unter das Niveau von 2005, so dass keine zusätzlichen Kosten entstehen.

Die Maßnahmen des Landes

Mecklenburg-Vorpommern erhält von den Bundesgeldern im Rahmen des Hochschulpaktes 10,9 Millionen, wofür es sich verpflichtet die Anzahl der Studienanfänger/-innen von 2005 bis einschließlich 2010 konstant zu halten, was pro Jahr 6.284 Studienanfänger/-innen inkl. Bildungsausländern (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpaket, S. 3) entspricht.

Das Land plant bei der Verwendung dieser Gelder vor allem kapazitätserhaltende Maßnahmen und sieht dabei einen besonderen Schwerpunkt in den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Die Bundesmittel werden gemäß der Verteilung der Studienanfänger/-innen im Vergleichsjahr 2005 auf die Landeshochschulen verteilt (Drucksache 5/223, S. 13). Ein weiterer Schwerpunkt ist die Anwerbung von Studienanfänger/-innen außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern (ibid, S. 13), wozu die bundesweite Kampagne unter dem Slogan „Studieren mit Meerwert“ zu zählen ist (Pressemeldung 6.5.2008). Außerdem nimmt das Land Teil an der Kampagne „Studieren in Fernost“, mit der neuen Länder insgesamt für ein Studium an ihren Hochschulen unter westdeutschen potenziellen Studieninteressenten werben wollen. Dabei werden aktuelle Kommunikationswege des Internets wie SchülerVZ oder twitter genutzt (www.studieren-in-fernost.de 2009).

Graphik 2: Prognose, Planung und Umsetzung (Studienanfänger/-innen), Mecklenburg-Vorpommern



Vergleicht man die Planung des Hochschulpaktes (6.284 Studienanfänger/-innen p.a.) mit den Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 2007 und mit den vorläufigen, unbereinigten

³⁹ Wenn hier und im Folgenden von Kosten gesprochen wird, so sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um Zukunftsinvestitionen handelt.

Zahlen⁴⁰ für das Studienjahr 2008 (Statistisches Bundesamt 2009, Tabelle 1.3), so liegt Mecklenburg-Vorpommern im Plus. 2007 ermöglichte es fast 600 jungen Menschen mehr ein Studium als vorgesehen, und 2008 liegt ein weiterer Zuwachs von fast 1.000 zusätzlichen Studienanfänger/-innen vor. Insgesamt schaffte es Mecklenburg-Vorpommern, mit zirka 1.600 Studienanfänger/-innen über Plan zu liegen und übertrifft damit auch die CHE-Prognose (+1.100 für 2007-2008).

Abschließend sollen noch die finanziellen Anstrengungen betrachtet werden. Im Zuge des Hochschulpaktes 2020 erhielt das Land für die Jahre 2007 und 2008 0,7 Mio. € bzw. 2,0 Mio. € (Drucksache 16/9217, S. 10). Diesen Mitteln werden keine ergänzenden Landesgelder zur Seite gestellt.

Tabelle 2: Bundes- und Landesmittel 2007-2010, Mecklenburg-Vorpommern

Jahr	Bundesmittel aus Hochschul-pakt [Mio. €]	ergänzende Lan-desmittel [Mio. €]	gesamtes Mittel-aufkommen [Mio. €]
2007	0,7	0,0	0,7
2008	2,0	0,0	2,0
2009	3,4*	0,0	3,4
2010	4,9*	0,0	4,9
Summe	10,9	0,0	10,9

*) eigene Berechnung

Durch die Übererfüllung der Vorgaben des Hochschulpaktes (Erhalt der Studienanfängerzahlen von 2005) hat das Land allerdings keine zusätzlichen finanziellen Ansprüche erworben da es als ostdeutsches Flächenland nach der Logik des Hochschulpakts, Phase 1, nicht an der Prämienausschüttung für zusätzliche Studienanfänger/-innen partizipiert (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpaket 2007, S. 3f.). Die Leistungen der Länder fließen jedoch in die Planung der zweiten Stufe des Hochschulpaktes ab 2011 (ibid, S. 5).

Literaturhinweise:

- Drucksache 5/223: Unterrichtung durch die Landesregierung: Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zum Hochschulpaket 2020.
http://www.landtag-mv.de/dokumentenarchiv/drucksachen/5_Wahlperiode/D05-0000/Drs05-0223.pdf,
Zugriff am 15.4.2009.
- Drucksache 16/9217: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Vorläufige Bilanz des Hochschulpaktes 2020.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609217.pdf>,
Zugriff am 14.4.2009.
- Gabriel, Gösta; von Stuckrad, Thimo (2007): Die Zukunft vor den Toren – Aktualisierte Berechnungen der Studienanfängerzahlen bis 2020.
http://www.chc.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.

⁴⁰ In diesen vorläufigen Zahlen sind möglicherweise noch Mehrfacheinschreibungen und andere statistische Artefakte enthalten, so dass sie nur bedingt belastbar sind. Die endgültigen Zahlen für das Studienjahr 2008 werden erst im Herbst dieses Jahres vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

- KMK (2007): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen bis 2020. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 182.
http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_05_01-Vorausberechnung-Schueler-Absolventen-05-2020.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- Pressemeldung 6.5.2008: "Studieren mit Meerwert" - Bildungsministerium verstärkt gemeinsam mit den Hochschulen das Marketing,
http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/bm/Service/Presse/Aktuelle_Press_ermittlungen/index.jsp?&pid=9596,
Zugriff am 15.4.2009.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen – Vorbericht – Wintersemester 2008/2009; Wiesbaden.
- Unterrichtung durch die Landesregierung (2005): Bericht über die langfristige strukturelle Entwicklung der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern. Drucksache 4/1949.
- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).
- www.studieren-in-fernost.de 2009 =
<http://www.studieren-in-fernost.de/wir>,
Zugriff am 21.4.2009

Länderbericht Niedersachsen

Allgemeines

Niedersachsen gehört zu der Gruppe der westdeutschen Flächenländer und damit zu den Bundesländern, die bis zum Jahr 2020 einen besonders hohen Anstieg der Studiennachfrage erwarten. Im Folgenden soll die besondere Situation des Landes dargestellt werden, wie es sich auf die Herausforderungen vorbereitet hat und wie erfolgreich die Umsetzung der Maßnahmen bisher läuft – soweit es eben schon erkennbar ist.

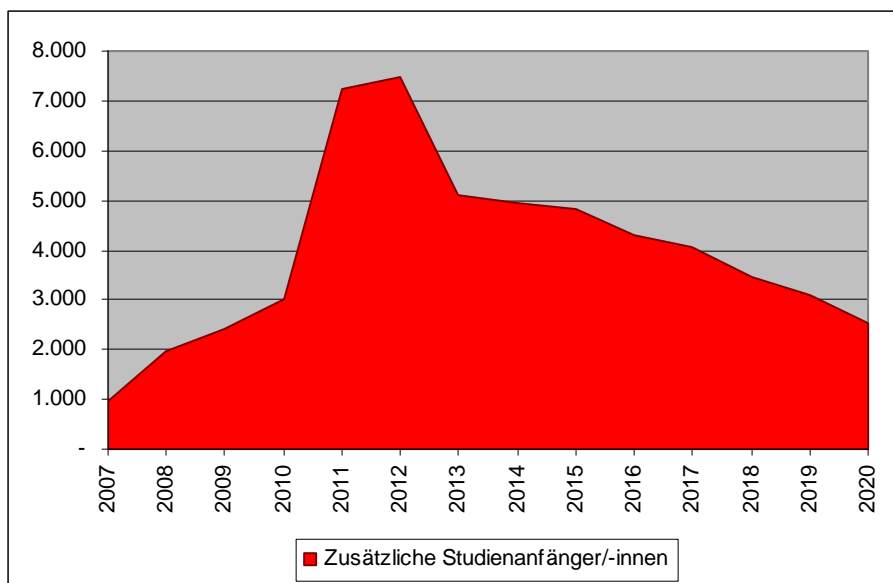
Prognosen

a) Studienberechtigte

Nach den aktuellen Berechnungen (KMK 2007) wird die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen von 37.100 (Ist) im Jahr 2006 auf 69.800 (Prognose) im Jahr 2011 steigen. Das ist ein Plus von 88%. Der besondere Ausschlag in diesem Jahr hängt mit dem doppelten Abiturjahrgang zusammen, der durch die Schulzeitverkürzung von dreizehn auf zwölf Jahre zustande kommt. Und selbst für das Jahr 2020 zeigt die Prognose mit 41.200 neuen Hochschulzugangsberechtigten ein höheres Niveau als 2006 (+11%).

Es ist aus den aktuellen Berechnungen noch nicht ersichtlich, ob es sich bei dem Hoch um ein vorübergehendes (bis etwa 2020 wirkendes) Phänomen oder aufgrund eines veränderten Bildungsverhaltens und der Erschließung bisher eher ausgeschlossener Gesellschaftsbereiche um ein langfristig andauerndes Phänomen handelt. Für Niedersachsen jedoch deutet sich über das Jahr 2020 hinaus zwar ein konstanter, leichter Abwärtstrend der studienberechtigten Schulabgänger/-innen an, aber die Werte dürften weiter über dem Niveau des Abschlussjahrgangs 2006 bleiben..

Graphik 1: Prognose der zusätzlichen Studienanfänger/-innen für Niedersachsen



b) Studienanfänger/-innen

Aus der Entwicklung der Zahlen der Studienberechtigten kann nur indirekt auf die Entwicklung der Studienanfänger/-innen geschlossen werden. Prognosen müssen die landesspezifi-

sche Übertrittsquote, die Verzögerungen beim Übergang von der Schule in das Studium (Dienstzeiten, Ausbildungen etc.) und die Effekte der Wanderungsbewegungen von Studienanfänger/-innen zwischen den Ländern berücksichtigen.

In Niedersachsen werden nach der CHE-Prognose (Gabriel, von Stuckrad 2007) von 2007 bis 2010, der Laufzeit der ersten Phase des Hochschulpakts, über 8.300 zusätzliche Studienanfänger/-innen erwartet. Ein Spitzenwert sollte im Jahr 2012 erreicht werden, wenn allein in diesem Jahr 7.500 zusätzliche Studienanfänger/-innen an niedersächsischen Hochschulen zu erwarten sein dürften. Das sind damit in diesem Jahr (nur Bildungsinländer) 28.800 Studienanfänger/-innen und damit 35% mehr als im Vergleichsjahr 2005. Selbst im Jahr 2020 sieht die Prognose noch über 2.500 Studienanfänger/-innen oder 12% mehr als 2005.

Tabelle 1: Prognose für Niedersachsen

Jahr	Prognose Studienberechtigte*)	Prognose zusätzliche Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 **)	Veränderung der Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 [%]
2007	39.600	961	4,5%
2008	40.300	1.956	9,2%
2009	41.900	2.398	11,2%
2010	44.000	3.019	14,2%
2011	69.800	7.244	34,0%
2012	45.500	7.483	35,1%
2013	45.200	5.121	24,0%
2014	45.500	4.965	23,3%
2015	46.400	4.815	22,6%
2016	45.800	4.304	20,2%
2017	44.600	4.052	19,0%
2018	43.800	3.471	16,3%
2019	42.700	3.112	14,6%
2020	41.200	2.546	11,9%

) KMK (2007) Tabellenteil; S. 9

**) Gabriel, von Stuckrad (2007), S. 12

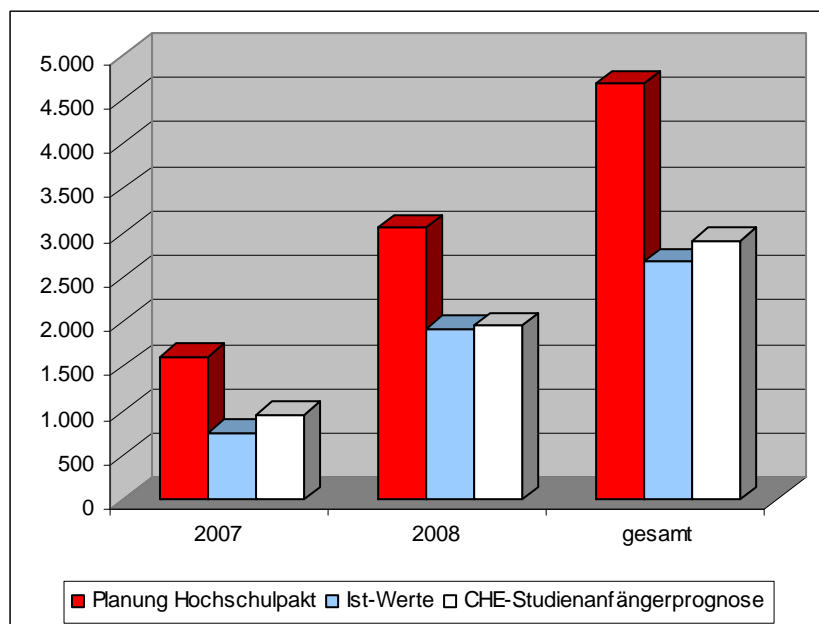
c) Kosten⁴¹

Geht man von dem im Hochschulpakt fixierten Kostenpunkt von 22.000 € je Studienanfänger/-in (verteilt auf vier Jahre) aus und legt man die CHE Studienanfängerprognose zugrunde, so würde allein die zusätzliche Nachfrage von 2007 bis 2010 in Niedersachsen insgesamt 96 Mio. € kosten. Berücksichtigt man die gesamte zusätzliche Studiennachfrage von 2007 bis 2020, so sind es sogar 1.220 Mio. €, die auf das Land und seine Hochschulen zukommen. Um diese Zahl in Relation zu setzen: Das sind 48% der jährlichen Ausgaben des Landes für den gesamten Hochschulbereich⁴² (Statistisches Bundesamt 2008, Tabelle 2.1.1).

Die Maßnahmen des Landes

Niedersachsen erhält von den Bundesgeldern im Rahmen des Hochschulpaktes 53,7 Mio. €⁴³ Das Land hat sich im Gegenzug dazu verpflichtet, 11.993 zusätzliche Studienanfänger/-innen in diesem Zeitraum aufzunehmen (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 11).

Graphik 2: Prognose, Planung und Umsetzung (Studienanfänger/-innen), Niedersachsen



Die zusätzlichen Anfänger/-innen sollen zu zwei Dritteln an den Fachhochschulen und zu einem Drittel an den Landesuniversitäten beginnen, wobei ein besonderer Fokus auf die so genannten MINT-Studiengänge gelegt wird. Die Hochschulpaktmittel werden hierzu nach Fächern differenziert an die Hochschulen weitergeleitet. Zusätzlich werden ab 2008 über 200 neue Professorenstellen (W3 und W2) geschaffen zuzüglich 30 Juniorprofessuren und über 100 wissenschaftlichen Mitarbeitern. Schließlich wird der Fachhochschul-CNW⁴⁴ an Werte im Bundesvergleich angepasst und die Lehrverpflichtung von unbefristeten wissenschaftlichen

⁴¹ Wenn hier und im Folgenden von Kosten gesprochen wird, so sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um Zukunftsinvestitionen handelt.

⁴² Stand 2006.

⁴³ Hier widersprechen sich die Angaben aus dem Bundestag (Drucksache 16/9217, S. 16) mit 53,7 Mio. € und dem Haushaltsplan 2008 (S. 3) mit 54,1 Mio. €.

⁴⁴ CNW steht für *Curricular-Normwert* und ist eine Standardgröße bei der Berechnung von Studienplätzen und Betreuungsintensität im Rahmen der Kapazitätsverordnung. Er drückt quasi eine Betreuungsrelation in einem Fach aus.

Mitarbeitern an Universitäten um zwei Semesterwochenstunden erhöht (Drucksache 16/9217, S. 16).

Im Hochschulpakt 2020 war für die Jahre 2007 und 2008 ein Zuwachs an Studienanfänger/-innen von etwa 1.600 und 3.000 gegenüber 2005 geplant (Quelle: eigene Berechnung). Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 2007 zeigen stattdessen ein Plus von 760 Studienanfänger/-innen und die vorläufigen, unbereinigten Zahlen⁴⁵ für das Studienjahr 2008 eine Zunahme von zirka 1.900. Somit liegt das Land in der Summe mit 2.700 zusätzlichen Studienanfänger/-innen (Statistisches Bundesamt 2009, Tabelle 1.3) deutlich unter der Planung im Zuge des Hochschulpaktes, die für den Zeitraum über 4.600 zusätzliche Studienanfänger/-innen vorgesehen hätte. Dafür bewegen sich die Werte näher an der Prognose des CHE, die für die Jahre 2007 und 2008 insgesamt eine gewachsene Nachfrage um 2.900 ergeben hatte.

Abschließend sollen noch die finanziellen Anstrengungen betrachtet werden. Im Zuge des Hochschulpaktes 2020 sollte das Land für 2007 3,5 Mio. € an Bundesmitteln erhalten (Haushaltsplan 2008, S. 82), tatsächlich sind jedoch nur knapp über 3,3 Mio. € geflossen (Haushaltsplan 2009, S. 78). Der zweite Wert stimmt mit den Angaben aus einer Antwort der Bundesregierung überein, die für 2007 den Anteil der Bundesmittel für Niedersachsen in Höhe von 3,3 Mio. € ausweist (Drucksache 16/9217, S. 10). Nach Landeshaushaltsplan sollten die 3,5 Mio. € ursprünglich um den gleichen Betrag auf 7,0 Mio. € aufgestockt werden (Haushaltsplan 2008, S. 104). Insgesamt sind aber 2007 im Zuge des Hochschulpaktes weniger als 5,9 Mio. € geflossen, womit der Landesanteil lediglich knapp über 2,5 Mio. € umfasste und damit unterparitätisch ausfiel (Haushaltsplan 2009, S. 100).

Tabelle 2: Bundes- und Landesmittel 2007-2010, Niedersachsen

Jahr	Bundesmittel aus Hochschulpakt [Mio. €]	ergänzende Landesmittel [Mio. €]	gesamtes Mittelaufkommen [Mio. €]
2007	3,3	2,6	5,9
2008	9,8	9,8	19,7
2009	16,9	16,9	33,7
2010	23,7*	23,7*	48,2*
<i>Summe</i>	<i>53,7</i>	<i>52,9</i>	<i>106,6</i>

*) Schätzwerte

Für das Jahr 2008 waren 9,8 Mio. € Bundesmittel vorgesehen (Haushaltsplan 2008, S. 82), während die Bundesregierung 9,7 Mio. € ausweist (Drucksache 16/9217, S. 10). Ist-Zahlen für das vergangene Jahr liegen noch nicht vor. Vergleicht man jedoch die Zuschüsse an Bundesmitteln mit der Aufwuchsplanung im gleichen Zeitraum mit einem Plus von 1.600 Studienanfänger/-innen in 2007 und 3.000 Studienanfänger/-innen in 2008, so erkennt man, dass je Studienanfänger/-in und Jahr nur etwas mehr als 2.100 € anstatt 2.750 € und damit nur etwa 77% an ursprünglich ausgewiesenen Bundesmitteln an das Land fließen.⁴⁶ Dies ist darauf zurückzuführen, dass es sich bei den Bundeszuschüssen an die westdeutschen Flä-

⁴⁵ In diesen vorläufigen Zahlen sind möglicherweise noch Mehrfacheinschreibungen und andere statistische Artefakte enthalten, so dass sie nur bedingt belastbar sind. Die endgültigen Zahlen für das Studienjahr 2008 werden erst im Herbst dieses Jahres vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

⁴⁶ Zu diesem Phänomen siehe unten die Zusammenfassung.

chenländer um eine pauschale Vorabüberweisung handelt, die erst später anhand der realen Zahlen abgerechnet wird. Dann stehen den Ländern an den Bundesgeldern auch 2.750€ je Studienanfänger/-in vier Jahre lang zu (in der Summe 11.000€) (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 2, 5f.). In den Jahren 2009 und 2010 kann das Land Bundesmittel im Umfang von 16,9 Mio. € (Haushaltsplan 2009, S. 78) und etwa 23,7 Mio. € (eigene Berechnung) erwarten.

In der ersten Hälfte der ersten Phase des Hochschulpaktes hat Niedersachsen insgesamt 13,1 Mio. € Bundesmittel erhalten. Je nach Abrechnungsweise⁴⁷ hat das Land durch den erlangten Zuwachs Ansprüche auf Bundesmittel im Umfang von lediglich 9,5 Mio. € erworben. Die aktuelle Differenz würde im Zuge der zweiten Phase des Hochschulpaktes mit den neuen Bundeszuweisungen verrechnet (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2020, S. 4).

Nimmt man an, dass zusätzliche Studienanfänger/-innen tatsächlich 22.000 € kosten (= 4 x 5.500 €) und legt man die CHE-Studienanfängerprognose zugrunde, so ergibt die CHE-Berechnung bis 2010 einen Gesamtmittelbedarf von etwa 96 Mio. € (s.o.). Die Bundes- und Landesgelder ergeben zusammen etwa 107 Mio. €, so dass die zusätzlichen (relativ geringen) Kosten hinreichend gedeckt werden. Nimmt man hingegen die landeseigene Planung als Grundlage, die höher ausfällt als die CHE-Prognose, so hätten bei jährlichen Kosten je zusätzlichem/r Studienanfänger/-in von 5.500 € insgesamt 139 Mio. € eingeplant werden müssen.

Die wirklich große Herausforderung wird zudem erst nach 2010 beginnen und durch den doppelten Abiturjahrgang ab 2011 einen Höhepunkt erreichen. Hierfür hat Niedersachsen jedoch schon vorgesorgt und für die Jahre 2011 und 2012 einen weiteren Plus gegenüber 2005 von 16.600 zusätzlichen Studienanfänger/-innen vorgesehen, für das eine Verpflichtungsermächtigung von 174 Mio. € eingeräumt worden ist (Drucksache 16/250, S. 5).

Literaturhinweise:

- Drucksache 16/250: Antwort Landesregierung auf die Große Anfrage: Steigende Schulabsolventenzahlen und doppelter Abiturjahrgang - Fortentwicklung des Hochschulpaktes
<http://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen%5F16%5F2500/0001-0500/16-0250.pdf>,
Zugriff am 15.4.2009.
- Drucksache 16/9217: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Vorläufige Bilanz des Hochschulpaktes 2020.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609217.pdf>,
Zugriff am 14.4.2009.
- Gabriel, Gösta; von Stuckrad, Thimo (2007): Die Zukunft vor den Toren – Aktualisierte Berechnungen der Studienanfängerzahlen bis 2020.
http://www.che.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf.
- Haushaltsplan 2008, Einzelplan 06, Ministerium für Wissenschaft und Kultur.
http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C13226767_L20.pdf,
Zugriff am 15.4.2009.
- Haushaltsplan 2009, Einzelplan 06, Ministerium für Wissenschaft und Kultur.
http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C50180770_L20.pdf,
Zugriff am 15.4.2009.
- KMK (2007): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen bis 2020. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 182.

⁴⁷ Dies ist abhängig davon, ob die Zielerreichung jedes Jahr einzeln oder in der Summe bewertet wird. Für die ausgewiesene Zahl wurden die zusätzlichen Studienanfänger/-innen jedes Jahr mit 2.750€ verteilt über vier Jahre gewichtet, d.h. Studienanfänger/-innen von 2007 schlagen auch 2008 zu Buche. Negative Gesamtsalden wurden mit 0€ berechnet.

http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_05_01-Vorausberechnung-Schueler-Absolventen-05-2020.pdf,

Zugriff am 14.4.2009.

- Statistisches Bundesamt (2008): Bildung und Kultur – Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2006; Fachserie 11, Reihe 4.3; Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen – Vorbericht – Wintersemester 2008/2009; Wiesbaden.
- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).

Länderbericht Nordrhein-Westfalen

Allgemeines

Nordrhein-Westfalen gehört zu der Gruppe der westdeutschen Flächenländer und damit zu den Bundesländern, die bis zum Jahr 2020 einen besonders hohen Anstieg der Studiennachfrage erwarten. Im Folgenden soll die besondere Situation des Landes dargestellt werden, wie es sich auf die Herausforderungen vorbereitet hat und wie erfolgreich die Umsetzung der Maßnahmen bisher läuft – soweit es eben schon erkennbar ist.

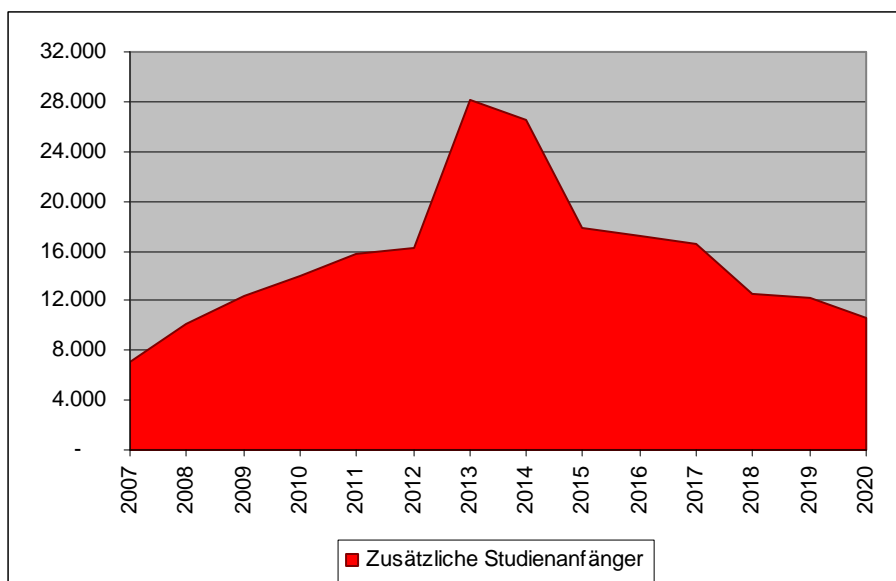
Prognosen

a) Studienberechtigte

Die aktuellen Prognosen (KMK 2007) zeigen für Nordrhein-Westfalen einen klaren Anstieg der Studiennachfrage, der über 2020 hinaus andauern wird. So wird die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen von 109.100 (Ist) im Jahr 2006 auf 176.500 (Prognose) im Jahr 2013 steigen. Das ist ein Plus von 62%. Der besondere Ausschlag in diesem Jahr hängt mit dem doppelten Abiturjahrgang zusammen, der durch die Schulzeitverkürzung von dreizehn auf zwölf Jahre zustande kommt. Im Jahr 2020 wird mit 110.500 in etwa der historische Wert von 2006 erreicht (+1%).

Es ist aus den aktuellen Berechnungen noch nicht ersichtlich, ob es sich bei dem Hoch um ein vorübergehendes (bis etwa 2020 wirkendes) Phänomen oder aufgrund eines veränderten Bildungsverhaltens und der Erschließung bisher eher ausgeschlossener Gesellschaftsbereiche um ein langfristig andauerndes Phänomen handelt. Die neusten Zahlen des nordrhein-westfälischen Schulministeriums (Statistische Übersicht N° 367, S. 24) blicken über das Jahr 2020 hinaus und zeigen zwar einen konstanten Abwärtstrend der studienberechtigten Schulabgänger/-innen von 2015 bis 2028 von 119.300 auf 92.300 (ein Minus von 23%), doch pendeln sich die Werte von 2028 bis 2030 um 92.000 neue Hochschulzugangsberechtigte pro Jahr. Historisch entspricht dies dem Niveau der Jahre 2001 bis 2003. Dazwischen spannt sich ein 25 Jahre langes Hoch mit der außerordentlichen Spitze in 2013.

Graphik 1: Prognose der zusätzlichen Studienanfänger/-innen für Nordrhein-Westfalen



b) Studienanfänger/-innen

Aus der Entwicklung der Zahlen der Studienberechtigten kann nur indirekt auf die Entwicklung der Studienanfänger/-innen geschlossen werden. Prognosen müssen die landesspezifische Übertrittsquote, die Verzögerungen beim Übergang von der Schule in das Studium (Dienstzeiten, Ausbildungen etc.) und die Effekte der Wanderungsbewegungen von Studienanfänger/-innen zwischen den Ländern berücksichtigen.

Tabelle: Prognose für Nordrhein-Westfalen

Jahr	Prognose Studienberechtigte*)	Prognose zusätzliche Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 **)	Veränderung der Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 [%]
2007	113.700	6.999	10,3%
2008	117.900	10.196	15,0%
2009	119.800	12.373	18,2%
2010	121.300	13.979	20,5%
2011	119.700	15.777	23,1%
2012	119.900	16.240	23,8%
2013	176.500	28.112	41,2%
2014	119.500	26.581	39,0%
2015	121.600	17.857	26,2%
2016	118.100	17.253	25,3%
2017	115.800	16.558	24,3%
2018	114.700	12.520	18,4%
2019	115.700	12.159	17,8%
2020	110.500	10.604	15,6%

) KMK (2007) Tabellenteil; S. 9

**) Gabriel, von Stuckrad (2007), S. 12

In Nordrhein-Westfalen werden nach der CHE-Prognose (Gabriel, von Stuckrad 2007) von 2007 bis 2010, der Laufzeit der ersten Phase des Hochschulpakts, 43.500 zusätzliche Studienanfänger/-innen erwartet. Ein Spitzenwert sollte dann im Jahr 2013 erreicht werden, wenn allein in diesem Jahr 28.100 zusätzliche Studienanfänger/-innen an nordrhein-westfälischen Hochschulen zu erwarten sein dürften. Das sind in im Jahr 2013 (nur Bildungsinländer) 96.300 Studienanfänger/-innen und damit 41% mehr als im Vergleichsjahr 2005. Selbst im Jahr 2020 sieht die Prognose noch 10.600 Studienanfänger/-innen oder 16% mehr als 2005.

c) Kosten⁴⁸

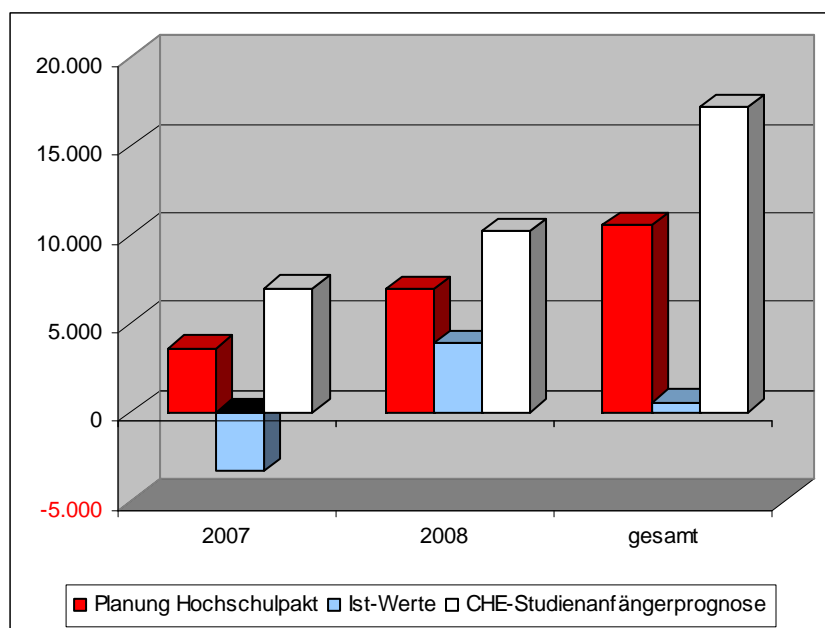
Geht man von dem im Hochschulpakt fixierten Kostenpunkt von 22.000 € je Studienanfänger/-in (verteilt auf vier Jahre) aus und legt man die CHE Studienanfängerprognose zugrunde, so würde allein die zusätzliche Nachfrage von 2007 bis 2010 in Nordrhein-Westfalen insgesamt 540 Mio. € kosten. Berücksichtigt man die gesamte zusätzliche Studiennachfrage von 2007 bis 2020, so sind es sogar 4.780 Mio. € Kosten für das Land und seine Hochschulen. Um diese Zahl in Relation zu setzen: Das sind 73% der jährlichen Ausgaben des Landes für den gesamten Hochschulbereich⁴⁹ (Statistisches Bundesamt 2008, Tabelle 2.1.1).

Die Maßnahmen des Landes

Nordrhein-Westfalen erhält von den Bundesgeldern im Rahmen des Hochschulpaktes 126,2 Mio. €. Das Land hat sich im Gegenzug dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2010 insgesamt 26.307 Studienanfänger/-innen über dem Niveau von 2005 an seinen Hochschulen aufzunehmen (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 3).

Die zusätzlichen Studienanfänger/-innen sollen zu 15.200 an den Landesuniversitäten und zu 8.300 an den Fachhochschulen gewonnen werden. Auf sonstige Hochschulen entfallen somit etwa 2.500. Für die erhöhte Aufnahme von Studienanfänger/-innen sollen ab 2008 540 Professorenstellen fünf Jahre vor der Pensionierung neu und damit doppelt besetzt werden. Der Mittelfluss an die Hochschulen läuft dabei nach einem „Prämienmodell“, das Clusterpreise (differenziert nach MINT-Fächern und sonstigen Fächern) an die jeweiligen Hochschulen zahlt, wobei auch die Auffüllung leer stehender Kapazitäten honoriert wird (Pressemeldung 18.9.2007).

Graphik 2: Prognose, Planung und Umsetzung (Studienanfänger/-innen), Nordrhein-Westfalen



Für die Zeit nach 2010 wurden auch schon Planungen begonnen. So sollen von 2011 bis 2020 etwa über den gesamten Zeitraum insgesamt 160.000 zusätzliche Studienanfänger/-innen (über dem Niveau von 2005) an den nordrhein-westfälischen Hochschulen aufgenommen werden. Hierfür sollen besonders die Fachhochschulen ausgebaut werden. So werden

⁴⁸ Wenn hier und im Folgenden von Kosten gesprochen wird, so sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um Zukunftsinvestitionen handelt.

⁴⁹ Stand 2006.

u.a. drei neue Fachhochschulen gegründet und etliche neue Standorte bestehender Fachhochschulen geschaffen. Für den Gesamtausbau des Hochschulsystems um 10.000 zusätzliche flächenbezogene Studienplätze wird bis 2020 eine Summe von etwa 1.300 Mio. € angenommen bei jährlichen Kosten im Vollbetrieb von 160 Mio. € (Pinkwart 2008, S. 3).

Im Hochschulpakt 2020 war für die Jahre 2007 und 2008 ein Zuwachs an Studienanfänger/-innen von etwa 3.600 und 7.000 gegenüber 2005 geplant (Quelle: eigene Berechnung). Die Zahlen des statistischen Bundesamtes für 2007 zeigen stattdessen ein Minus von 3.300 Studienanfänger/-innen und die vorläufigen, unbereinigten Zahlen⁵⁰ für das Studienjahr 2008 eine Zunahme von 3.900, so dass in der Summe ein kleines Plus von 600 Studienanfänger/-innen steht (Statistisches Bundesamt 2009, Tabelle 1.3). Damit liegt das Land deutlich unter der Planung im Zuge des Hochschulpaktes, die für den Zeitraum ein Gesamtplus von fast 10.600 vorgesehen hatte. Noch deutlicher weichen die Ist-Zahlen von den Prognosewerten des CHE ab, die für die Jahre 2007 und 2008 insgesamt eine gewachsene Nachfrage um 17.200 angenommen hatten.

Abschließend sollen noch die finanziellen Anstrengungen betrachtet werden. Im Zuge des Hochschulpaktes 2020 hat das Land für 2007 7,7 Mio. € an Bundesmitteln erhalten, 2008 kamen weitere 22,6 Mio. € hinzu (Haushaltsplan 2008, S. 170). Diese Gelder wurden zu gleichen Teilen durch Landesmitteln aufgestockt werden. Von den gemeinsamen Bundes- und Landesmitteln flossen 10 Mio. € (2007), bzw. 30 Mio. € (2008) direkt an die Hochschulen, weitere 5,4 Mio. € (2007), bzw. 15,1 Mio. € (2008) flossen als Investitionszuschüsse an die Hochschulen (Haushaltsplan 2008, S. 186). In den Jahren 2009 und 2010 kann das Land Bundesmittel im Umfang von 39,4 Mio. € (Haushaltsplan 2009a, S. 146) und 56,1 Mio. € (eigene Berechnung) erwarten. Auch für 2009 ist eine paritätische Ergänzung der Bundesmittel festgesetzt (Haushaltsplan 2009a, S. 158).

Tabelle 2: Bundes- und Landesmittel 2007-2010, Nordrhein-Westfalen

Jahr	Bundesmittel aus Hochschul-pakt [Mio. €]	ergänzende Lan-desmittel [Mio. €]	gesamtes Mittel-aufkommen [Mio. €]
2007	7,7	7,7	15,4
2008	22,6	22,6	45,1
2009	39,4	42,9	82,3
2010	56,1*	80,1**	136,1
Summe	125,7	153,2	279,0

*) eigene Berechnung, die für 2007 und 2008 höhere Werte ergeben hat und daher in der Gesamtsumme niedriger ausfällt.

**) Schätzwert, da die Haushaltsplanungen noch nicht abgeschlossen sind. Die Verpflichtungsermächtigung für 2010 für den Fachhochschulausbau ist dabei schon eingerechnet.

Für den Ausbau der Fachhochschulen wurden weitere Landesgelder eingeplant, die sich zum Start 2009 auf 3,5 Mio. € belaufen. Zusätzlich wurde eine Verpflichtungsermächtigung im Umfang von 72 Mio. € für die folgenden Jahre eingeräumt, von denen 24 Mio. im Jahr 2010 fällig werden (Haushaltsplan 2009b, S. 454). Die Finanzierung des Fachhochschulausbaus läuft dabei über Privatisierungserlöse (Haushaltsplan 2009c, S. 43).

⁵⁰ In diesen vorläufigen Zahlen sind möglicherweise noch Mehrfacheinschreibungen und andere statistische Artefakte enthalten, so dass sie nur bedingt belastbar sind. Die endgültigen Zahlen für das Studienjahr 2008 werden erst im Herbst dieses Jahres vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

Vergleicht man die Zuschüsse an Bundesmitteln mit der Aufwuchsplanung im gleichen Zeitraum mit einem Plus von 3.600 Studienanfänger/-innen in 2007 und 7.000 Studienanfänger/-innen in 2008, so erkennt man, dass je Studienanfänger/-in und Jahr nur etwa 2.100 € anstatt 2.750 € und damit nur etwa 77% an ursprünglich ausgewiesenen Bundesmitteln an das Land fließen.⁵¹ Dies ist darauf zurückzuführen, dass es sich bei den Bundeszuschüssen an die westdeutschen Flächenländer um eine pauschale Vorabüberweisung handelt, die erst später anhand der realen Zahlen abgerechnet wird. Dann stehen den Ländern an den Bundesgeldern auch 2.750€ je Studienanfänger/-in vier Jahre lang zu (in der Summe 11.000€) (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 2, 5f.).

In der ersten Hälfte der ersten Phase des Hochschulpaktes hat Nordrhein-Westfalen insgesamt 30,7 Mio. € Bundesmittel erhalten. Je nach Abrechnungsweise⁵² hat das Land durch den erlangten Zuwachs Ansprüche auf Bundesmittel im Umfang von lediglich 1,6 Mio. € erworben. Die aktuelle Differenz würde im Zuge der zweiten Phase des Hochschulpaktes mit den neuen Bundeszuweisungen verrechnet (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2020, S. 4).

Nimmt man an, dass zusätzliche Studienanfänger/-innen tatsächlich 22.000 € kosten (= 4 x 5.500 €) und legt man die CHE-Studienanfängerprognose zugrunde, so ergibt die CHE-Berechnung bis 2010 einen Gesamtmittelbedarf von etwa 540 Mio. € (s.o.). Die Bundes- und Landesgelder ergeben zusammen etwa 250 Mio. €, so dass die prognostizierten Kosten nur etwa hälftig gedeckt werden. Die größte Herausforderung kommt schließlich noch auf das Land zu – in der Zeit ab 2013, bedingt durch den doppelten Abiturjahrgang. Hierfür wurden erste Maßnahmen von Landesseite ergriffen wie der Gründung neuer Fachhochschulen, wodurch langfristig zusätzliche Ausbildungskapazitäten geschaffen werden (s.o.). Dabei sollen 10.000 flächenbezogene Studienplätze entstehen, das entspräche nach der Logik des Hochschulpaktes einer jährlichen zusätzlichen Aufnahmekapazität von 2.500 Anfängerplätzen. Allerdings ist auch zu beachten, dass die Zahl der Studierenden in NRW die der flächenbezogenen Studienplätze an den Hochschulen um bis zu 100 % übersteigt.⁵³ Unter diesen Voraussetzungen entsprächen diese 10.000 zusätzlichen Studienplätze dann 4.000 bis 5.000 Plätzen für Anfänger/-innen pro Jahr.⁵⁴

Literaturhinweise:

- Gabriel, Gösta; von Stuckrad, Thimo (2007): Die Zukunft vor den Toren – Aktualisierte Berechnungen der Studienanfängerzahlen bis 2020.
http://www.che.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf, Zugriff am 14.4.2009.
- Haushaltsplan 2008, Einzelplan 06, Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie.
<http://fm.fin-nrw.de/info/fachinformationen/haushalt/havinfo/hh2008.ges/doku/e06/kap100.pdf>, Zugriff am 15.4.2009.

⁵¹ Zu diesem Phänomen siehe unten die Zusammenfassung.

⁵² Dies ist abhängig davon, ob die Zielerreichung jedes Jahr einzeln oder in der Summe bewertet wird. Für die ausgewiesene Zahl wurden die zusätzlichen Studienanfänger/-innen jedes Jahr mit 2.750€ verteilt über vier Jahre gewichtet, d.h. Studienanfänger/-innen von 2007 schlagen auch 2008 zu Buche. Negative Gesamtsalden wurden mit 0€ berechnet.

⁵³ Die Differenz ergibt sich aus den Abweichungen zwischen den baulich-planerischen Kalkulationen und der Steuerung der Aufnahmezahlen durch die Kapazitätsverordnung, die vor allem die personelle Ausstattung zum Ausgangspunkt nimmt.

⁵⁴ Die Daten sind zu entnehmen etwa den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zum 35. Rahmenplan für den Hochschulbau 2006 – 2009, Band 4, Teil 3. Investitionen für die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, NW 11 ff: „Die Raumauslastung an den Hochschulen liegt, gemessen an der Kennziffer ‚Studierende in % der flächenbezogenen Studienplätze‘, an den Universitäten bei 167 % (...) und an den Fachhochschulen bei 177 %.“

- Haushaltsplan 2009a, Einzelplan 06, Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie.
<http://fm.fin-nrw.de/info/fachinformationen/haushalt/havinfo/hh2009.ges/doku/e06/kap100.pdf>,
Zugriff am 21.4.2009.
- Haushaltsplan 2009b, Einzelplan 06, Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie.
<http://fm.fin-nrw.de/info/fachinformationen/haushalt/havinfo/hh2009.ges/doku/e06/kapB10.pdf>,
Zugriff am 21.4.2009.
- Haushaltsplan 2009b, Einzelplan 06, Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie.
<http://fm.fin-nrw.de/info/fachinformationen/haushalt/havinfo/hh2009.ges/doku/e06/kap025.pdf>,
Zugriff am 21.4.2009.
- KMK (2007): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen bis 2020. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 182.
http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_05_01-Vorausberechnung-Schueler-Absolventen-05-2020.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- Pinkwart, Andreas: Sprechzettel des Ministers für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Andreas Pinkwart. Vorstellung der Kabinettsvorlage „Ausbau der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen“,
http://www.innovation.nrw.de/objekt-pool/download_dateien/presse/Sprechzettel_Minister_PK_FH_Ausbau.pdf,
Zugriff am 21.4.2009.
- Pressemeldung 18.9.2007 = Innovationsministerium verabredet mit Hochschulen 26.000 zusätzliche Studienplätze bis 2010.
<http://www.innovation.nrw.de/presse/presseinformationen/pressearchiv/archiv2007/pm070918.php>,
Zugriff am 3.4.2009.
- Statistische Übersicht N° 367 = Schülerprognose und Schulabgängerprognose bis zum Schuljahr 2029/30 (Juni 2008)
<http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Statistik/Veroeffentlichungen/ProgSchuelerAbgaenger.pdf>,
Zugriff am 15.4.2009.
- Statistisches Bundesamt (2008): Bildung und Kultur – Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2006; Fachserie 11, Reihe 4.3; Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen – Vorbericht – Wintersemester 2008/2009; Wiesbaden.
- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).

Länderbericht Rheinland-Pfalz

Allgemeines

Rheinland-Pfalz gehört zu der Gruppe der westdeutschen Flächenländer und damit zu den Bundesländern, die bis zum Jahr 2020 einen besonders hohen Anstieg der Studiennachfrage erwarten. Im Folgenden soll die besondere Situation des Landes dargestellt werden, wie es sich auf die Herausforderungen vorbereitet hat und wie erfolgreich die Umsetzung der Maßnahmen bisher läuft – soweit es eben schon erkennbar ist.

Prognosen

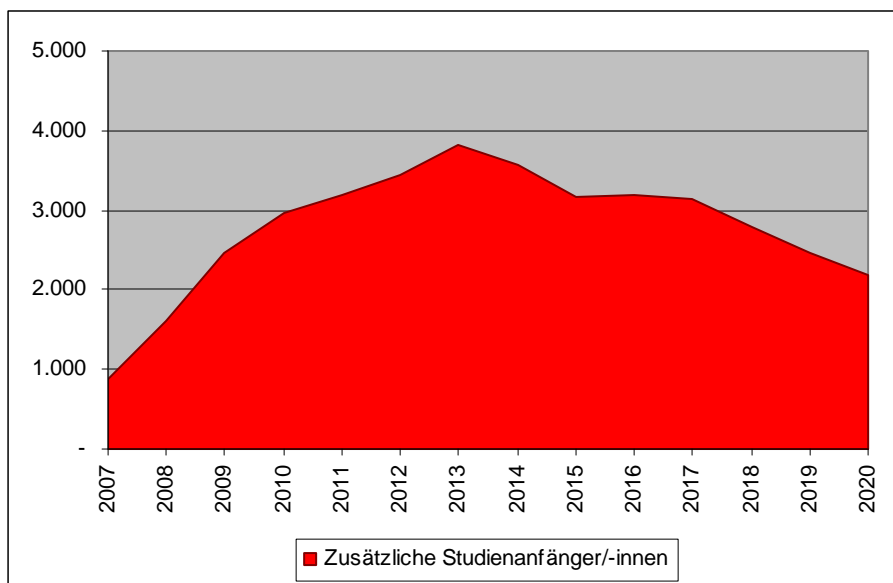
a) Studienberechtigte

Nach den aktuellen Berechnungen (KMK 2007) wird die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen von 17.600 (Ist) im Jahr 2006 auf knapp 22.600 (Prognose) im Jahr 2016 steigen. Das ist ein Plus von 28%. Bei der Zahl der Hochschulzugangsberechtigten gibt es in Rheinland-Pfalz keine besonderen Ausschläge, da es als einziges Bundesland (bisher) nicht auf ein achtjähriges Gymnasium umschaltet, so dass auch keine doppelten Abiturjahrgänge zustande kommen. Im Jahr 2020 zeigt die Prognose mit 20.900 neuen Hochschulzugangsberechtigten weiterhin einen Wert deutlich über dem Niveau von 2006 (+18%).

b) Studienanfänger/-innen

Aus der Entwicklung der Zahlen der Studienberechtigten kann nur indirekt auf die Entwicklung der Studienanfänger/-innen geschlossen werden. Prognosen müssen die landesspezifische Übertrittsquote, die Verzögerungen beim Übergang von der Schule in das Studium (Dienstzeiten, Ausbildungen etc.) und die Effekte der Wanderungsbewegungen von Studienanfänger/-innen zwischen den Ländern berücksichtigen.

Graphik 1: Prognose der zusätzlichen Studienanfänger/-innen für Rheinland-Pfalz



In Rheinland-Pfalz werden nach der CHE-Prognose (Gabriel, von Stuckrad 2007) von 2007 bis 2010, der Laufzeit der ersten Phase des Hochschulpakts, 7.900 zusätzliche Studienanfänger/-innen erwartet. Ein Spitzenwert sollte dann im Jahr 2013 erreicht werden, wenn allein in diesem Jahr über 3.800 zusätzliche Studienanfänger/-innen an rheinland-pfälzischen

Hochschulen zu erwarten sein dürften. Das sind in diesem Jahr somit (nur Bildungsinländer) 18.500 Studienanfänger/-innen und damit 26% mehr als im Vergleichsjahr 2005. Selbst im Jahr 2020 sieht die Prognose noch 2.200 Studienanfänger/-innen oder 15% mehr als 2005.

Tabelle 1: Prognose für Rheinland-Pfalz

Jahr	Prognose Studienberechtigte*)	Prognose zusätzliche Studienanfänger/-innen pro Jahr gegenüber 2005 **)	Veränderung der Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 [%]
2007	19.280	889	6,1%
2008	20.210	1.602	10,9%
2009	20.930	2.466	16,8%
2010	21.960	2.966	20,3%
2011	21.630	3.186	21,8%
2012	21.530	3.434	23,5%
2013	21.430	3.824	26,1%
2014	21.260	3.578	24,4%
2015	21.580	3.170	21,7%
2016	22.560	3.197	21,8%
2017	22.140	3.146	21,5%
2018	21.430	2.782	19,0%
2019	20.950	2.460	16,8%
2020	20.840	2.194	15,0%

) KMK (2007) Tabellenteil; S. 9

**) Quelle: eigene Berechnungen

c) Kosten⁵⁵

Geht man von dem im Hochschulpakt fixierten Kostenpunkt von 22.000 € je Studienanfänger/-in (verteilt auf vier Jahre) aus und legt man die CHE Studienanfängerprognose zugrunde, so würde allein die zusätzliche Nachfrage von 2007 bis 2010 in Rheinland-Pfalz insgesamt über 89 Mio. € kosten. Berücksichtigt man die gesamte zusätzliche Studiennachfrage von 2007 bis 2020, so sind es sogar 860 Mio. €, die auf das Land und seine Hochschulen zukommen. Um diese Zahl in Relation zu setzen: Das sind 73% der jährlichen Ausgaben des

⁵⁵ Wenn hier und im Folgenden von Kosten gesprochen wird, so sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um Zukunftsinvestitionen handelt.

Landes für den gesamten Hochschulbereich⁵⁶ (Statistisches Bundesamt 2008, Tabelle 2.1.1).

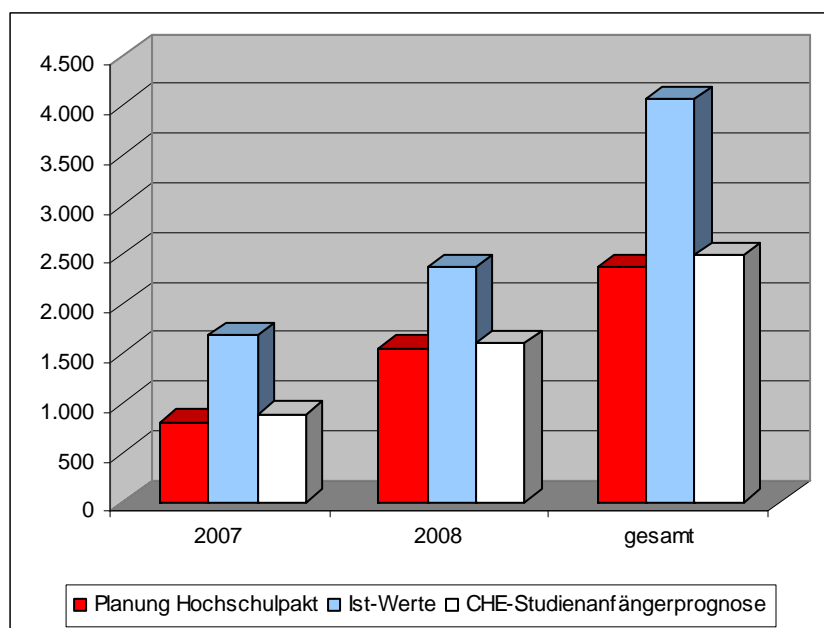
Die Maßnahmen des Landes

Rheinland-Pfalz erhält von den Bundesgeldern im Rahmen des Hochschulpaktes 27,8 Mio. €. Das Land hat sich im Gegenzug dazu verpflichtet, von 2005 bis 2010 5.796 zusätzliche Studienanfänger/-innen aufzunehmen (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 11).

Die Umsetzung dieses Aufwuchses wird mit Hilfe von Zielvereinbarungen mit den Hochschulen organisiert, die für zusätzliche Studienanfänger/-innen differenzierte Clusterpreise erhalten. Qualitativ werden zwei Schwerpunkte verfolgt. Zum einen sollen die Fachhochschulen stärker ausgebaut werden, so dass die Hälfte des Aufwuchses auf sie entfällt. Außerdem sollen die MINT-Fächer beim Ausbau besonders berücksichtigt werden. In den Jahren 2007 und 2008 wurden bisher etwa 150 neue wissenschaftliche Stellen geschaffen, davon 40 Professuren (Drucksache 15/2490, S. 1f.)

Vergleicht man die Aufwuchsplanungen gemäß Hochschulpakt mit den Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 2007, so zeigt sich ein deutlicher Anstieg der Studienanfängerzahlen gegenüber 2005 um 1.700. Die vorläufigen, unbereinigten Zahlen⁵⁷ für das Studienjahr 2008 liegen sogar noch deutlicher im Plus mit insgesamt fast 2.400 zusätzlichen Studienanfänger/-innen (Statistisches Bundesamt 2009, Tabelle 1.3). Insgesamt ergibt sich demnach für die ersten beiden Jahre des Hochschulpaktes ein Plus von fast 4.100, womit die Aufwuchsplanung mehr als erfüllt (+2.400) und auch die CHE-Bedarfsprognose deutlich überschritten wurde (+2.500).

Graphik 2: Prognose, Planung und Umsetzung (Studienanfänger/-innen), Rheinland-Pfalz



Abschließend sollen noch die finanziellen Anstrengungen betrachtet werden. Im Zuge des Hochschulpaktes 2020 erhielt das Land für die Jahre 2007 und 2008 1,7 Mio. € und 5,0 Mio. € (Drucksache 16/9217, S. 10). Verrechnet man diese Gelder mit der Aufwuchsplanung im

⁵⁶ Stand 2006.

⁵⁷ In diesen vorläufigen Zahlen sind möglicherweise noch Mehrfacheinschreibungen und andere statistische Artefakte enthalten, so dass sie nur bedingt belastbar sind. Die endgültigen Zahlen für das Studienjahr 2008 werden erst im Herbst dieses Jahres vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

gleichen Zeitraum mit einem Plus von 812 Studienanfänger/-innen in 2007 und 1.555 Studienanfänger/-innen in 2008, so erkennt man, dass je Studienanfänger/-in und Jahr nur etwas mehr als 2.100 € anstatt 2.750 € und damit nur etwa 77% an ursprünglich ausgewiesenen Bundesmitteln an das Land fließen.⁵⁸ Dies ist darauf zurückzuführen, dass es sich bei den Bundeszuschüssen an die westdeutschen Flächenländer um eine pauschale Vorabüberweisung handelt, die erst später anhand der realen Zahlen abgerechnet wird. Dann stehen den Ländern an den Bundesgeldern auch 2.750€ je Studienanfänger/-in vier Jahre lang zu (in der Summe 11.000€) (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 2, 5f.). In den Jahren 2009 und 2010 kann das Land Bundesmitteln von 8,7 Mio. € und 12,4 Mio. € erwarten (Quelle: eigene Berechnung).

Tabelle 2: Bundes- und Landesmittel 2007-2010, Rheinland-Pfalz

Jahr	Bundesmittel aus Hochschulpakt [Mio. €]	ergänzende Landesmittel [Mio. €]	gesamtes Mittelaufkommen [Mio. €]
2007	1,7	1,7	3,5
2008	5,0	5,0**	10,1
2009	8,7*	8,7**	17,4
2010	12,4*	12,4**	24,7
Summe	27,8	27,8	55,6

*) eigene Berechnung.

***) Schätzwerte, da die Abwicklung des Hochschulpaktes nicht aus Haushaltsplänen ersichtlich.

Das Land bekennt sich in öffentlichen Stellungnahmen (bspw. Pressemeldung 10.9.2007) zu einer paritätischen Ko-Finanzierung mit Landesmitteln. Aus den Landeshaushaltsplänen⁵⁹ ist die tatsächliche Summe jedoch nicht herauszulesen, da die Abwicklung des Hochschulpaktes nicht explizit ausgewiesen wird. Nach Ministeriumsangaben (Drucksache 15/2490, S. 2) wurden im Jahr 2007 die Bundesmittel im gleichen Umfang von 1,7 Mio. € ergänzt. Zudem sollen mittels des Sondervermögens ‚Wissen schafft Zukunft II‘ jährlich 40 Mio. € zusätzlich an die Hochschulen fließen, wodurch jedoch neben der Lehre auch die Forschung unterstützt werden soll (ibid).

In der ersten Hälfte der ersten Phase des Hochschulpaktes hat Rheinland-Pfalz insgesamt 6,8 Mio. € Bundesmittel erhalten. Je nach Abrechnungsweise⁶⁰ hat das Land durch den erlangten Zuwachs jedoch Ansprüche auf Bundesmittel im Umfang von 15,8 Mio. € erworben. Die aktuelle, positive Differenz würde im Zuge der zweiten Phase des Hochschulpaktes mit den neuen Bundeszuweisungen verrechnet (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2020, S. 4).

Nimmt man an, dass zusätzliche Studienanfänger/-innen tatsächlich 22.000 € kosten (= 4 x 5.500 €) und legt man die CHE-Studienanfängerprognose zugrunde, so ergibt die CHE-Berechnung bis 2010 einen Gesamtmittelbedarf von etwa 89 Mio. € (s.o.). Zieht man die

⁵⁸ Zu diesem Phänomen siehe unten die Zusammenfassung.

⁵⁹ Einen Nachtrag für den Doppelhaushalt 2007/2008 gibt es nicht (Drucksache 15/1203, S. 2).

⁶⁰ Dies ist abhängig davon, ob die Zielerreichung jedes Jahr einzeln oder in der Summe bewertet wird. Für die ausgewiesene Zahl wurden die zusätzlichen Studienanfänger/-innen jedes Jahr mit 2.750€ verteilt über vier Jahre gewichtet, d.h. Studienanfänger/-innen von 2007 schlagen auch 2008 zu Buche. Negative Gesamtsalden wurden mit 0€ berechnet.

Bundesmittle aus dem Hochschulpakt (27,8 Mio. €) ab, verbliebe für das Land ein Finanzbedarf von etwa 61 Mio. €, den es selbst tragen müsste. Zwar gibt es keinen doppelten Abiturjahrgang in Rheinland-Pfalz, dennoch kommt die eigentliche Herausforderung erst nach 2010 auf das Land zu. Hierzu hat es mit dem Sondervermögen erste vorbereitende Maßnahmen ergriffen.

Literaturhinweise:

- Drucksacke 15/1203 = Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage: Deutliche Erhöhung der Steuereinnahmen in den Jahren 2007 und 2008.
<http://www.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/1203-15.pdf>,
Zugriff 4.4.2009.
- Drucksacke 15/2490: Unterrichtung durch die Landesregierung: Umsetzung des Hochschulpaktes in Rheinland-Pfalz im Jahr 2007.
<http://www.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/2490-15.pdf>,
Zugriff am 4.4.2009.
- Drucksacke 16/9217: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Vorläufige Bilanz des Hochschulpaktes 2020.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609217.pdf>,
Zugriff am 14.4.2009.
- Gabriel, Gösta; von Stuckrad, Thimo (2007): Die Zukunft vor den Toren – Aktualisierte Berechnungen der Studienanfängerzahlen bis 2020.
http://www.che.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- KMK (2007): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen bis 2020. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 182.
http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_05_01-Vorausberechnung-Schueler-Absolventen-05-2020.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- Pressemeldung 10.9.2007: Hochschulpakt 2020: Rheinland-pfälzische Universitäten und Fachhochschulen werben mit attraktiven Studienplätzen um kluge Köpfe.
<http://bildungsklick.de/pm/55278/hochschulpakt-2020-rheinland-pfaelzische-universitaeten-und-fachhochschulen-werben-mit-attraktiven-studienplaetzen-um-kluge-koepfe/>,
Zugriff 4.4.2009
- Statistisches Bundesamt (2008): Bildung und Kultur – Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2006; Fachserie 11, Reihe 4.3; Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen – Vorbericht – Wintersemester 2008/2009; Wiesbaden.
- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).

Länderbericht Saarland

Allgemeines

Das Saarland gehört zu der Gruppe der westdeutschen Flächenländer und damit zu den Bundesländern, die bis zum Jahr 2020 einen besonders hohen Anstieg der Studiennachfrage erwarten. Im Folgenden soll die besondere Situation des Landes dargestellt werden, wie es sich auf die Herausforderungen vorbereitet hat und wie erfolgreich die Umsetzung der Maßnahmen bisher läuft – soweit es eben schon erkennbar ist.

Prognosen

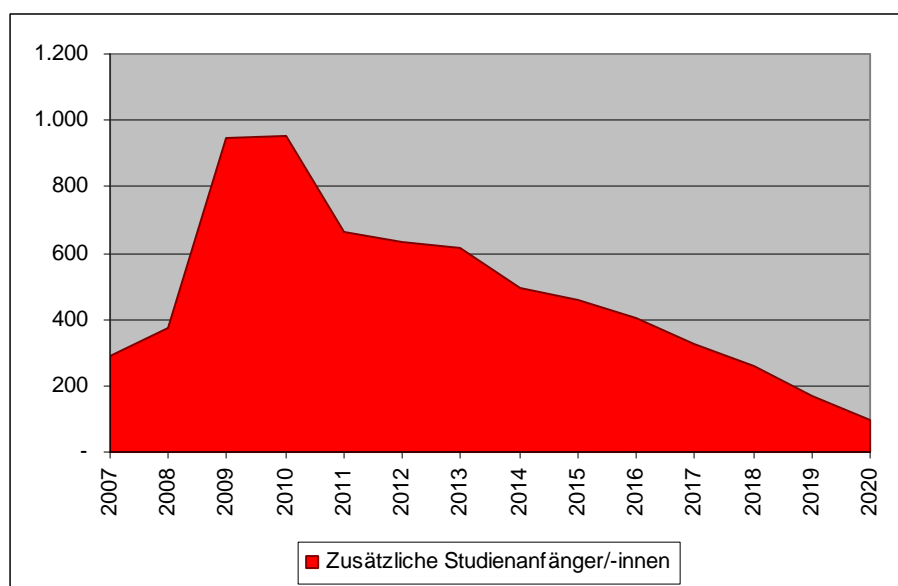
a) Studienberechtigte

Nach den aktuellen Berechnungen (KMK 2007) wird die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen von 5.600 (Ist) im Jahr 2006 auf 9.100 (Prognose) im Jahr 2009 steigen. Das ist ein Plus von 62%. Der besondere Ausschlag in diesem Jahr hängt mit dem doppelten Abiturjahrgang zusammen, der durch die Schulzeitverkürzung von dreizehn auf zwölf Jahre zustande kommt. Im Jahr 2020 zeigt die Prognose mit knapp über 5.000 neuen Hochschulzugangsberechtigten ein geringeres Niveau an als 2006 (Minus 11%). Das Ausgangsniveau der Studienberechtigtenzahlen von 2006 wird im Saarland ab dem Jahr 2016 unterschritten.

b) Studienanfänger/-innen

Aus der Entwicklung der Zahlen der Studienberechtigten kann nur indirekt auf die Entwicklung der Studienanfänger/-innen geschlossen werden. Prognosen müssen die landesspezifische Übertrittsquote, die Verzögerungen beim Übergang von der Schule in das Studium (Dienstzeiten, Ausbildungen etc.) und die Effekte der Wanderungsbewegungen von Studienanfänger/-innen zwischen den Ländern berücksichtigen.

Graphik 1: Prognose der zusätzlichen Studienanfänger/-innen für das Saarland



Im Saarland werden nach der CHE-Prognose (Gabriel, von Stuckrad 2007) von 2007 bis 2010, der Laufzeit der ersten Phase des Hochschulpakts, 2.600 zusätzliche Studienanfänger/-innen erwartet. Ein Spitzenwert sollte dann in den Jahren 2009 und 2010 erreicht werden, wenn jährlich 950 zusätzliche Studienanfänger/-innen an saarländischen Hochschulen

zu erwarten sein dürften. Das sind in der Summe (nur Bildungsinländer) 3.700 Studienanfänger/-innen und damit 34% mehr als im Vergleichsjahr 2005. Selbst im Jahr 2020 sieht die Prognose noch etwa 100 Studienanfänger/-innen oder 3% mehr als 2005.

Tabelle 1: Prognose für das Saarland

Jahr	Prognose Studienberechtigte*)	Prognose zusätzliche Studienanfänger/-innen pro Jahr gegenüber 2005 **)	Veränderung der Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 [%]
2007	5.970	287	10,3%
2008	6.060	373	13,4%
2009	9.130	947	34,1%
2010	6.390	953	34,3%
2011	6.190	664	23,9%
2012	5.980	632	22,7%
2013	5.960	617	22,2%
2014	5.860	494	17,8%
2015	5.970	460	16,6%
2016	5.550	402	14,5%
2017	5.450	323	11,6%
2018	5.340	259	9,3%
2019	5.030	170	6,1%
2020	5.020	95	3,4%

) KMK (2007) Tabellenteil; S. 9

**) Quelle: eigene Berechnungen

c) Kosten⁶¹

Geht man von dem im Hochschulpakt fixierten Kosten von 22.000 € je Studienanfänger/-in (verteilt auf vier Jahre) aus und legt man die CHE Studienanfängerprognose zugrunde, so würde allein die zusätzliche Nachfrage von 2007 bis 2010 im Saarland insgesamt über 28 Mio. € kosten. Berücksichtigt man die gesamte zusätzliche Studiennachfrage von 2007 bis 2020, so sind es sogar 147 Mio. €, die auf das Land und seine Hochschulen zukommen. Um diese Zahl in Relation zu setzen: Das sind 29% der jährlichen Ausgaben des Landes für den gesamten Hochschulbereich⁶² (Statistisches Bundesamt 2008, Tabelle 2.1.1).

⁶¹ Wenn hier und im Folgenden von Kosten gesprochen wird, so sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um Zukunftsinvestitionen handelt.

⁶² Stand 2006.

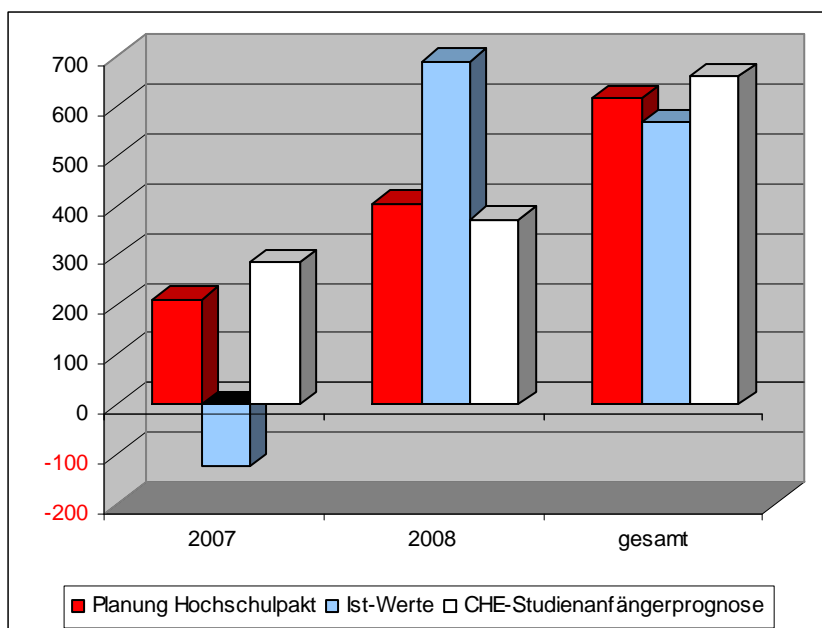
Die Maßnahmen des Landes

Das Saarland erhält von den Bundesgeldern im Rahmen des Hochschulpaktes 7,2 Mio. €. Das Land hat sich im Gegenzug dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2010 insgesamt 1.510 Studienanfänger/-innen über dem Niveau von 2005 an seinen Hochschulen aufzunehmen (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 11).

Die landeseigenen Planungen sehen einen Aufwuchs von insgesamt 1.450 zusätzlichen Studienanfänger/-innen (gegenüber 2005) an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTW) und der Universität des Saarlandes vor. Sie verteilen sich zu 170, 260, 550 und 470 auf die Jahre 2007 bis 2010 (Ziel- und Leistungsvereinbarung 2007a, S. 3; Ziel- und Leistungsvereinbarung 2007b, S. 4). Die besondere Zuwachsplanung in den Jahren 2009 und 2010 ist eine Reaktion auf den doppelten Abiturjahrgang 2009. Die Studienanfänger/-innen sind etwa zur Hälfte auf die HTW und die Landesuniversität verteilt (ibid). Zusätzlich soll ein Schwerpunkt auf die MINT-Fächern gelegt und die Ausweitung der Lehrkapazität durch Lehraufträge und neue Professuren erreicht werden (Drucksache 16/9217, S. 17).

Vergleicht man die (landesinternen) Aufwuchsplanungen mit den Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 2007, so zeigt sich anstatt eines Anstiegs ein Rückgang der Studienanzahl gegenüber 2005 um 120. Die vorläufigen Zahlen⁶³ für das Studienjahr 2008 liegen mit einem Plus von 690 zusätzlichen Studienanfänger/-innen deutlich über der landeseigenen Planung (+410) und ebenfalls etwas über der CHE-Prognose (+ 370). Über beide Jahre betrachtet unterschreitet das Saarland mit 570 zusätzlichen Studienanfänger/-innen knapp sowohl die landesinterne Aufwuchsplanung (+620) als auch die CHE-Berechnung (+660) (Statistisches Bundesamt 2009, Tabelle 1.3).

Graphik 2: Prognose, Planung und Umsetzung (Studienanfänger/-innen), Saarland



Abschließend sollen noch die finanziellen Anstrengungen betrachtet werden. Im Zuge des Hochschulpaktes 2020 erhielt das Land für die Jahre 2007 und 2008 0,5 Mio. € und 1,3 Mio. € (Drucksache 16/9217, S. 10). Vergleicht man die Zuschüsse an Bundesmitteln mit der Aufwuchsplanung im gleichen Zeitraum mit einem Plus von etwa 620 Studienanfänger/-innen, so erkennt man, dass je Studienanfänger/-in und Jahr nur etwas mehr als 2.100 € anstatt 2.750 € und damit nur etwa 77% an ursprünglich ausgewiesenen Bundesmitteln an

⁶³ In diesen vorläufigen Zahlen sind möglicherweise noch Mehrfacheinschreibungen und andere statistische Artefakte enthalten, so dass sie nur bedingt belastbar sind. Die endgültigen Zahlen für das Studienjahr 2008 werden erst im Herbst dieses Jahres vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

das Land fließen.⁶⁴ Dies ist darauf zurückzuführen, dass es sich bei den Bundeszuschüssen an die westdeutschen Flächenländer um eine pauschale Vorabüberweisung handelt, die erst später anhand der realen Zahlen abgerechnet wird. Dann stehen den Ländern an den Bundesgeldern auch 2.750€ je Studienanfänger/-in vier Jahre lang zu (in der Summe 11.000€) (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 2, 5f.). In den Jahren 2009 und 2010 kann das Land Bundesmitteln von 2,3 Mio. € (Haushaltsplan 2009, S. 16) und 3,2 Mio. € erwarten (Quelle: eigene Berechnung).

Tabelle 2: Bundes- und Landesmittel 2007-2010, Saarland

Jahr	Bundesmittel aus Hochschulpakt [Mio. €]	ergänzende Landesmittel [Mio. €]	gesamtes Mittelaufkommen [Mio. €]
2007	0,5	0,0**	0,5
2008	1,3	1,7**	3,0
2009	2,3	2,2**	4,5
2010	3,2*	3,3***	6,6
Summe	7,2	7,2	14,5

*) eigene Berechnung

**) Schätzwerte, da die Abwicklung des Hochschulpaktes nicht eindeutig aus Haushaltsplänen ersichtlich.

***) Schätzwert, da die Haushaltsplanungen noch nicht abgeschlossen sind.

Die Ko-Finanzierung der Bundesgelder durch Landesmittel ist aus den Landeshaushaltsplänen nicht direkt ablesbar. Ein *Zentraler Finanzierungsfonds zum Hochschulpakt 2020* umfasste 2008 2,1 Mio. € und wird für 2009 mit 2,8 Mio. € verbucht (Haushaltsplan 2009, S. 26). Hinzu kommen noch 1,0 Mio. € für Personalausgaben 2008 (Haushaltsplan 2008, S. 27) und 1,8 Mio. € im Jahr 2009 (Haushaltsplan 2009, S. 26). In den Geldern für 2008 ist auch der Landesanteil des Jahres 2007 enthalten, der Bundesanteil wird hingegen nirgends ausgewiesen. Insgesamt sollen die Bundesmittel paritätisch durch Landesmittel ergänzt werden (ibid), woraus sich die Schätzwerte in obiger Tabelle ergeben.

In der ersten Hälfte der ersten Phase des Hochschulpaktes hat das Saarland insgesamt 1,8 Mio. € Bundesmittel erhalten. Je nach Abrechnungsweise⁶⁵ hat das Land durch den erlangten Zuwachs Ansprüche auf Bundesmittel im Umfang von etwa 1,6 Mio. € erworben. Die aktuelle Differenz würde im Zuge der zweiten Phase des Hochschulpaktes mit den neuen Bundeszuweisungen verrechnet (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2020, S. 4).

Nimmt man an, dass zusätzliche Studienanfänger/-innen tatsächlich 22.000 € kosten (= 4 x 5.500 €) und legt man die CHE-Studienanfängerprognose zugrunde, so ergibt die CHE-Berechnung bis 2010 einen Gesamtmittelbedarf von etwa 28 Mio. € (s.o.). Zieht man die Bundesgelder aus dem Hochschulpakt (7,2 Mio. €) ab, verbliebe ein zusätzlicher Finanzbedarf von etwa 21 Mio. €, den das Land selbst tragen müsste. Im Vergleich zu den anderen westdeutschen Flächenländern kommt auf das Saarland die größte Herausforderung durch den doppelten Abiturjahrgang bereits sehr früh 2009 und 2010 zu. Dennoch sind auch für die

⁶⁴ Zu diesem Phänomen siehe unten die Zusammenfassung.

⁶⁵ Dies ist abhängig davon, ob die Zielerreichung jedes Jahr einzeln oder in der Summe bewertet wird. Für die ausgewiesene Zahl wurden die zusätzlichen Studienanfänger/-innen jedes Jahr mit 2.750€ verteilt über vier Jahre gewichtet, d.h. Studienanfänger/-innen von 2007 schlagen auch 2008 zu Buche. Negative Gesamtsalden wurden mit 0€ berechnet.

Zeit von 2011 bis 2020 mehr Studienanfänger/-innen zu erwarten als im Jahr 2005. Auch hierauf muss sich das Land einstellen.

Literaturhinweise:

- Drucksache 16/9217: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Vorläufige Bilanz des Hochschulpaktes 2020.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609217.pdf>,
Zugriff am 14.4.2009.
- Gabriel, Gösta; von Stuckrad, Thimo (2007): Die Zukunft vor den Toren – Aktualisierte Berechnungen der Studienanfängerzahlen bis 2020.
http://www.che.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- Haushaltsplan 2008, Einzelplan 08, Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft.
http://www.saarland.de/dokumente/thema_haushalt_und_finanzen_hhpl_2008_verabschiedet/Einzelplan_08.pdf,
Zugriff 4.4.2009.
- Haushaltsplan 2009, Einzelplan 08, Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft.
http://www.saarland.de/dokumente/thema_haushalt_und_finanzen_hhpl_2009_verabschiedet/Einzelplan_08.pdf,
Zugriff 4.4.2009.
- KMK (2007): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen bis 2020. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 182.
http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_05_01-Vorausberechnung-Schueler-Absolventen-05-2020.pdf, Zugriff am 14.4.2009.
- Statistisches Bundesamt (2008): Bildung und Kultur – Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2006; Fachserie 11, Reihe 4.3; Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen – Vorbericht – Wintersemester 2008/2009; Wiesbaden.
- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).
- Ziel und Leistungsvereinbarung 2007a = Ziel- und Leistungsvereinbarung zwischen der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes und dem Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft für den Zeitraum 2008 – 2010.
http://www.saarland.de/dokumente/thema_haushalt_und_finanzen_hhpl_2009_verabschiedet/Einzelplan_08.pdf,
Zugriff am 15.4.2009.
- Ziel und Leistungsvereinbarung 2007b = Ziel- und Leistungsvereinbarung II zwischen der Universität des Saarlandes und dem Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft für den Zeitraum 2008 – 2010.
http://www.saarland.de/dokumente/thema_haushalt_und_finanzen_hhpl_2009_verabschiedet/Einzelplan_08.pdf,
Zugriff am 15.4.2009.

Länderbericht Sachsen

Allgemeines

Sachsen gehört zu der Gruppe der ostdeutschen Bundesländer und damit zu den Ländern, die bis zum Jahr 2020 eine abnehmende Studiennachfrage erwarten. Im Folgenden soll die besondere Situation des Landes dargestellt werden, wie es sich auf die Herausforderungen vorbereitet hat und wie erfolgreich die Umsetzung der Maßnahmen bisher läuft – soweit es eben schon erkennbar ist.

Prognosen

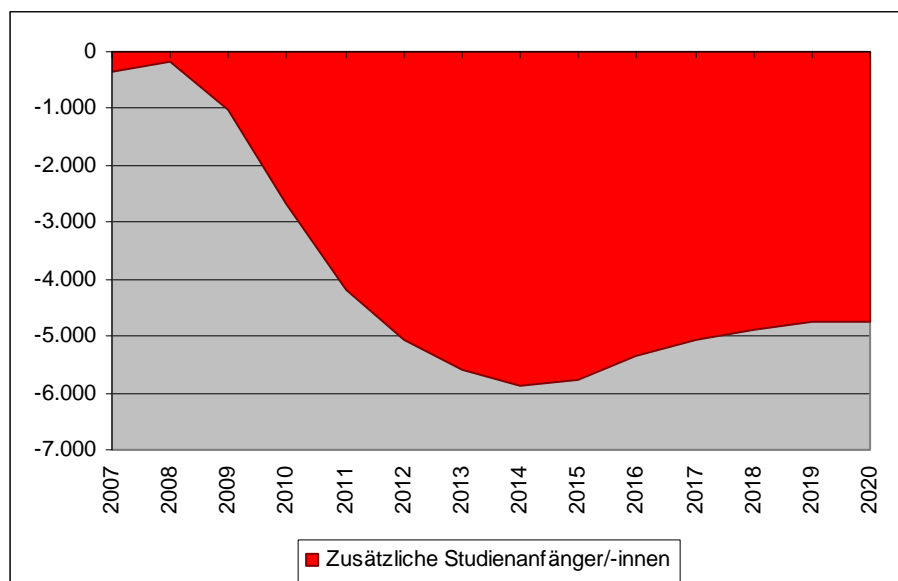
a) Studienberechtigte

Die aktuellen Prognosen (KMK 2007) zeigen für Sachsen ein teils dramatisches Bild für die kommenden Jahre. So wird die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen in den Jahren 2007 und 2008 etwa auf dem historischen Wert von 2006 (20.800) prognostiziert. Ab 2009 brechen die Werte schnell und deutlich ein, um im Jahr 2012 mit einem Minus von fast 45% und einer absoluten Zahl von 11.500 die Talsohle zu erreichen. Anschließend erholen sich die Werte wieder und bewegen sich in den Jahren 2016 bis 2020 etwa im Rahmen von 14.400 und 15.000, was einem Minus zwischen 31% und 28% gegenüber 2006 entspricht. Da Sachsen bereits in zwölf Jahren zum Abitur führt, gibt es keine doppelten Abiturjahrgänge.

b) Studienanfänger/-innen

Aus der Entwicklung der Zahlen der Studienberechtigten kann nur indirekt auf die Entwicklung der Studienanfänger/-innen geschlossen werden. Prognosen müssen die landesspezifische Übertrittsquote, die Verzögerungen beim Übergang von der Schule in das Studium (Dienstzeiten, Ausbildungen etc.) und die Effekte der Wanderungsbewegungen von Studienanfänger/-innen zwischen den Ländern berücksichtigen.

Graphik 1: Prognose der zusätzlichen Studienanfänger/-innen für Sachsen



In Sachsen werden nach der CHE-Prognose (Gabriel, von Stuckrad 2007) von 2007 bis 2010, der Laufzeit der ersten Phase des Hochschulpakts, insgesamt 4.200 Studienanfänger/-innen weniger als 2005 erwartet. Auch nach 2011 fallen die erwarteten Werte weiter und

erreichen mit einem Minus von 36% im Jahr 2014 den niedrigsten Punkt. Das sind dann nur noch 10.400 Studienanfänger/-innen (nur Bildungsinländer), oder 5.900 Studienanfänger/-innen weniger (gegenüber 2005). Schließlich steigen sie wieder auf ein Niveau von zirka 11.500, was einem Minus von etwa 30% oder 5.000 Studienanfänger/-innen entspricht. In der Gesamtzeit von 2011 bis 2020 werden insgesamt über 51.200 Studienanfängerplätze frei, die dem Nachfrageüberhang in den westdeutschen Bundesländern zur Verfügung stehen - so sie denn erhalten bleiben.

Tabelle 1: Prognose für Sachsen

Jahr	Prognose Studienberechtigte*)	Prognose zusätzliche Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 **)	Veränderung der Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 [%]
2007	20.900	-346	-2,1%
2008	20.900	-181	-1,1%
2009	18.000	-1.035	-6,3%
2010	13.900	-2.682	-16,4%
2011	11.700	-4.202	-25,8%
2012	11.500	-5.055	-31,0%
2013	12.200	-5.580	-34,2%
2014	12.600	-5.873	-36,0%
2015	13.500	-5.758	-35,3%
2016	14.400	-5.346	-32,8%
2017	14.600	-5.049	-30,9%
2018	14.900	-4.881	-29,9%
2019	15.000	-4.749	-29,1%
2020	14.900	-4.747	-29,1%

) KMK (2007) Tabellenteil; S. 9

**) Gabriel, von Stuckrad (2007), S. 12

c) Kosten⁶⁶

In Sachsen werden durchgehend weniger Studienanfänger/-innen als 2005 erwartet, so dass keine zusätzlichen Kosten durch erhöhten Kapazitätsbedarf entstehen. Will das Land jedoch seine Studienplätze erhalten und neue Studienanfänger/-innen gewinnen, bedarf es vielfälti-

⁶⁶ Wenn hier und im Folgenden von Kosten gesprochen wird, so sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um Zukunftsinvestitionen handelt.

ger Maßnahmen, u.a. Marketingstrategien, um die Attrahierung von Studienanfänger/-innen und Studierenden beispielsweise aus anderen Bundesländern zu steigern.⁶⁷

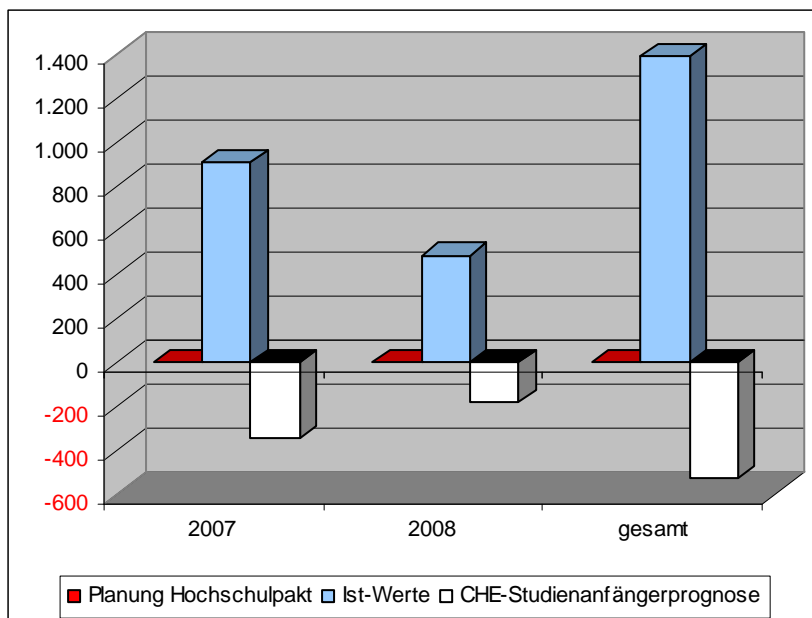
Die Maßnahmen des Landes

Sachsen erhält von den Bundesgeldern im Rahmen des Hochschulpaktes 27,1 Mio. €, wofür es sich verpflichtet die Anzahl der Studienanfänger/-innen von 2005 bis einschließlich 2010 konstant zu halten, das jährlich 19.940 Studienanfänger/-innen inkl. Bildungsausländern entspricht (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt, S. 3).

Diese Zahl soll durch verschiedene Maßnahmen gehalten werden. Mit der Imagekampagne „Studieren in Sachsen“ sollen Studienanfänger/-innen aus anderen Bundesländern – insbesondere aber aus Bayern - gewonnen werden. Außerdem nimmt das Land Teil an der Kampagne „Studieren in Fernost“, mit der neuen Länder insgesamt für ein Studium an ihren Hochschulen unter westdeutschen potenziellen Studieninteressenten werben wollen. Dabei werden aktuelle Kommunikationswege des Internets wie SchülerVZ oder twitter genutzt (www.studieren-in-fernost.de 2009).

Stipendien sollen ausländischen Studienanfänger/-innen, v.a. aus Mittel- und Osteuropa, ein Studium an sächsischen Hochschulen ermöglichen und spezielle Lehrveranstaltungen sollen Frauen für technische Berufe gewinnen. Drittmittelprojekte an Fachhochschulen und Universitäten dienen schließlich der Verbesserung der Betreuung und der Lehrqualität. Außerdem wurde ein Stellenpool geschaffen, in dem 300 Stellen, die ursprünglich abgebaut werden sollten, gebündelt werden. Abhängig von den Studienanfängerzahlen können die Hochschulen aus diesem Pool Stellen erhalten bzw. müssen keine abgeben (Drucksache 16/9217, S. 17). Dieser Pool existiert (zunächst) bis 2010, so dass der Stellenabbau durch den Hochschulpakt (bisher) nur verschoben wurde. Dennoch werden von den Bundesmitteln in den Jahren 2009 und 2010 7,5 Mio. € weniger ausgegeben. Damit will sich das Land eine Reserve schaffen, mittels derer der Stellenabbau weiter verzögert werden kann (Landeshaushaltsplan 2009/2010, S. 175).

Graphik 2: Prognose, Planung und Umsetzung (Studienanfänger/-innen), Sachsen



Vergleicht man die Planung des Hochschulpaktes (19.940 Studienanfänger/-innen p.a.) mit den Zahlen des statistischen Bundesamtes für 2007 und mit den vorläufigen, unbereinigten

⁶⁷ Siehe hierzu auch den Strategie-Vorschlag des CHE für das Land Sachsen.

Zahlen⁶⁸ für das Studienjahr 2008 (Statistisches Bundesamt 2009, Tabelle 1.3), so liegt Sachsen klar im Plus. 2007 wurden 900 junge Menschen mehr als prognostiziert an den Hochschulen neu eingeschrieben, und 2008 liegt ein weiterer Zuwachs von fast 500 zusätzlichen Studienanfänger/-innen vor. Insgesamt schaffte es Sachsen, mit etwa 1.400 Studienanfänger/-innen über Plan zu liegen und damit ebenfalls die CHE-Prognose (minus 500 für 2007-2008) deutlich zu übertreffen.

Abschließend sollen noch die finanziellen Anstrengungen betrachtet werden. Im Zuge des Hochschulpaktes 2020 erhielt das Land für die Jahre 2007 und 2008 1,7 Mio. € bzw. 4,9 Mio. € (Landeshaushaltsplan 2009/2010, S. 175). Diesen Bundesmitteln werden keine weiteren Landesmittel zur Seite gestellt. Vielmehr wird aus den Bundesmitteln eine Reserve gebildet, mittels derer die Herausforderungen der Zeit nach 2010 besser bewältigt werden können sollen.

Tabelle 2: Bundes- und Landesmittel 2007-2010, Sachsen

Jahr	Bundesmittel aus Hochschul-pakt [Mio. €]	ergänzende Lan-desmittel [Mio. €]	gesamtes Mittel-aufkommen [Mio. €]
2007	1,7	0,0	1,7
2008	4,9	0,0	4,9
2009	8,5	0,0	8,5
2010	12,0	0,0	12,0
Summe	27,1	0,0	27,1

Durch die Übererfüllung der Vorgaben des Hochschulpaktes (Erhalt der Studienanfängerzahlen von 2005) hat das Land keine zusätzlichen finanziellen Ansprüche erworben, da es als ostdeutsches Flächenland nach der Logik des Hochschulpakts, Phase 1, nicht an der Prämienausschüttung für zusätzliche Studienanfänger/-innen partizipiert (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 3f.). Die Leistungen der Länder fließen jedoch mit in die Planung der zweiten Stufe des Hochschulpaktes ab 2011 ein (ibid, S. 5).

Literaturhinweise:

- Drucksache 16/9217: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Vorläufige Bilanz des Hochschulpaktes 2020.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609217.pdf>,
Zugriff am 14.4.2009.
- Gabriel, Gösta; von Stuckrad, Thimo (2007): Die Zukunft vor den Toren – Aktualisierte Berechnungen der Studienanfängerzahlen bis 2020.
http://www.che.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- KMK (2007): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen bis 2020. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 182.
http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_05_01-Vorausberechnung-Schueler-Absolventen-05-2020.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.

⁶⁸ In diesen vorläufigen Zahlen sind möglicherweise noch Mehrfacheinschreibungen und andere statistische Artefakte enthalten, so dass sie nur bedingt belastbar sind. Die endgültigen Zahlen für das Studienjahr 2008 werden erst im Herbst dieses Jahres vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

- Landeshaushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 12, Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst.
http://www.finanzen.sachsen.de/download/EPL_12_SMWK.pdf,
Zugriff am 7.4.2009.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen – Vorbericht – Wintersemester 2008/2009; Wiesbaden.
- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).
- www.studieren-in-fernost.de 2009 =
<http://www.studieren-in-fernost.de/wir>,
Zugriff am 21.4.2009

Länderbericht Sachsen-Anhalt

Allgemeines

Sachsen-Anhalt gehört zu der Gruppe der ostdeutschen Bundesländer und damit zu den Ländern, die bis zum Jahr 2020 eine abnehmende Studiennachfrage erwarten. Im Folgenden soll die besondere Situation des Landes dargestellt werden, wie es sich auf die Herausforderungen vorbereitet hat und wie erfolgreich die Umsetzung der Maßnahmen bisher läuft – soweit es eben schon erkennbar ist.

Prognosen

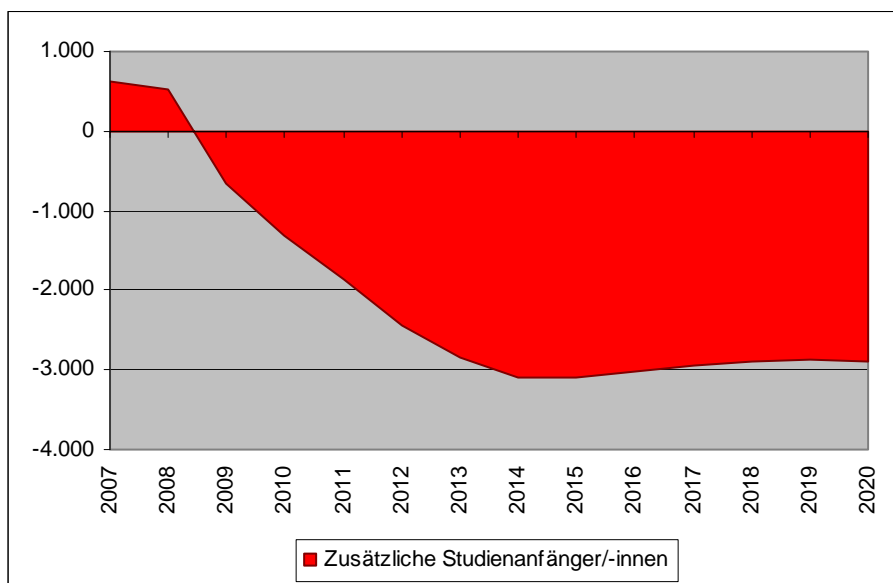
a) Studienberechtigte

Die aktuellen Prognosen (KMK 2007) zeigen für Sachsen-Anhalt die größte Spannweite für die vergangenen und kommenden Jahre. Es beginnt 2007 mit einem doppelten Abiturjahrgang, der die Anzahl der Studienberechtigten auf 19.600 anwachsen lässt, was einem Plus von 68% gegenüber dem historischen Ist-Wert von 2006 (11.700) entspricht. Danach bricht die Anzahl der Hochschulzugangsberechtigten in kürzester Zeit deutlich ein. Bis zum Jahr 2013 reduziert sie sich mit 5.000 Studienberechtigten auf nur noch 43% der Summe des Jahres 2006 oder etwa einem Viertel von 2007. Von diesem absoluten Tief erholen sich die Zahlen leicht, um ab 2017 auf einem Niveau um die 5.900 bis 6.000 Studienberechtigten pro Jahr zu verbleiben, was immer noch eine Halbierung der Werte von 2006 bedeutet.

b) Studienanfänger/-innen

Aus der Entwicklung der Zahlen der Studienberechtigten kann nur indirekt auf die Entwicklung der Studienanfänger/-innen geschlossen werden. Prognosen müssen die landesspezifische Übertrittsquote, die Verzögerungen beim Übergang von der Schule in das Studium (Dienstzeiten, Ausbildungen etc.) und die Effekte der Wanderungsbewegungen von Studienanfänger/-innen zwischen den Ländern berücksichtigen.

Graphik 1: Prognose der zusätzlichen Studienanfänger/-innen für Sachsen-Anhalt



In Sachsen-Anhalt wurde nach der CHE-Prognose (Gabriel, von Stuckrad 2007) für die Jahre 2007 und 2008 ein leichtes Plus der Studiennachfrage von insgesamt 1.100 zusätzlichen Studienanfänger/-

innen vorhergesehen, bedingt durch den doppelten Abiturjahrgang (2007). Für 2009 und 2010 summiert sich die Zahl der freiwerdenden Studienplätze bereits auf fast 2.000.

Nach 2011 fallen die erwarteten Werte weiter und erreichen mit einem Minus von 42% in den Jahren 2014 und 2015 den niedrigsten Punkt. Das sind dann nur noch 4.300 Studienanfänger/-innen (nur Bildungsinländer), oder 3.100 Studienanfänger/-innen weniger. Schließlich steigen sie wieder auf ein Niveau von um die 4.500, was einem Minus von etwa 39% oder 2.900 Studienanfänger/-innen entspricht. In der Gesamtzeit von 2011 bis 2020 werden insgesamt 28.000 Studienanfängerplätze frei bleiben, die dem Nachfrageüberhang in den westdeutschen Bundesländern zur Verfügung stehen würden, so sie denn erhalten werden.

Tabelle 1: Prognose für Sachsen-Anhalt

Jahr	Prognose Studienberechtigte*)	Prognose zusätzliche Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 **)	Veränderung der Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 [%]
2007	19.630	620	8,4%
2008	10.660	515	6,9%
2009	9.650	-652	-8,8%
2010	7.200	-1.316	-17,8%
2011	6.020	-1.869	-25,2%
2012	5.530	-2.434	-32,8%
2013	4.980	-2.845	-38,4%
2014	5.170	-3.090	-41,7%
2015	5.400	-3.100	-41,8%
2016	5.640	-3.022	-40,8%
2017	5.860	-2.945	-39,7%
2018	5.870	-2.902	-39,2%
2019	5.980	-2.874	-38,8%
2020	5.890	-2.888	-39,0%

) KMK (2007) Tabellenteil; S. 9

**) Gabriel, von Stuckrad (2007), S. 12

c) Kosten⁶⁹

Ausgangsbasis für die Berechnung ist die Annahme im Hochschulpakt, dass ein/e zusätzliche/r Studienanfänger/-in 22.000 € kostet (verteilt auf vier Jahre), sowie die CHE-Studienanfängerprognose. Für Sachsen-Anhalt wurden jedoch nur für 2007 und 2008 mehr

⁶⁹ Wenn hier und im Folgenden von Kosten gesprochen wird, so sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um Zukunftsinvestitionen handelt.

Studienanfänger/-innen als 2005 erwartet, was ausfinanziert Mehrkosten von insgesamt etwa 12 Mio. € erwarten ließ. Danach ist durchgehend ein Minus gegenüber 2005 prognostiziert, so dass keine zusätzlichen Kosten durch erhöhten Kapazitätsbedarf entstehen. Will das Land jedoch seine Studienplätze erhalten und neue Studienanfänger/-innen gewinnen, bedarf es u.a. Marketingstrategien um die Attrahierung von Studienanfänger/-innen und Studierenden beispielsweise aus anderen Bundesländern zu steigern.

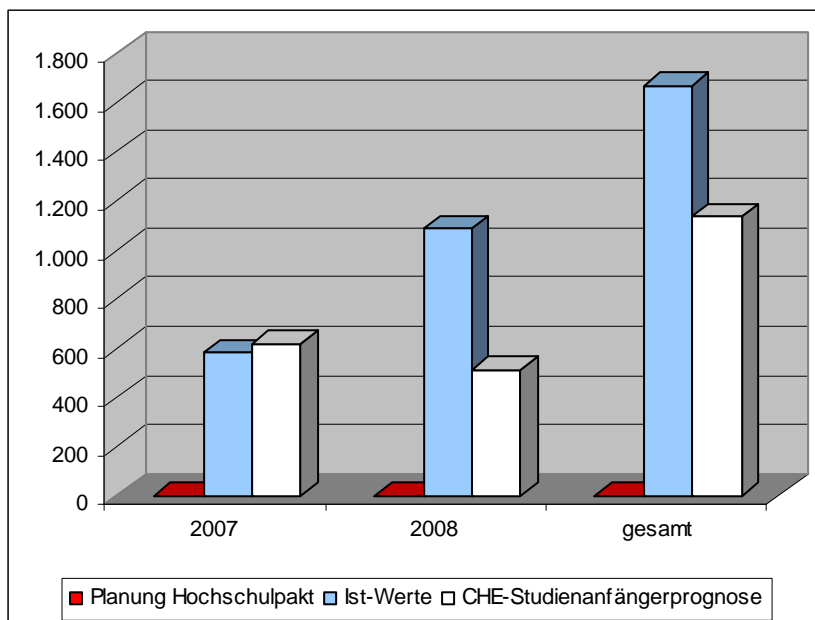
Die Maßnahmen des Landes

Sachsen-Anhalt erhält von den Bundesgeldern im Rahmen des Hochschulpaktes 15,8 Mio. €, wofür es sich verpflichtet die Anzahl der Studienanfänger/-innen von 2005 bis einschließlich 2010 konstant zu halten, das jährlich 8.765 Studienanfänger/-innen inkl. Bildungsausländern entspricht (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt, S. 3).

Zunächst geht es jedoch darum, zusätzliche Studienplätze für den doppelten Abiturjahrgang zu schaffen. Hierfür wurden für das Wintersemester 2007/2008 etwa 2.000 Studienanfängerplätze geschaffen, die zur Hälfte in Numerus-clausus-Fächern entstehen. Hierfür hat das Land 3,3 Mio. € eingeplant (Pressemeldung 20.7.2007). Für die Zeit danach setzt Sachsen-Anhalt u.a. auf Kapazitätserhalt (Drucksache 16/9217, S. 17) und eine landesübergreifende Marketingkampagne unter dem Motto „Studieren – Leben – Karriere“ (Pressemeldung 22.8.2008). Außerdem nimmt das Land Teil an der Kampagne „Studieren in Fernost“, mit der neuen Länder insgesamt für ein Studium an ihren Hochschulen unter westdeutschen potenziellen Studieninteressenten werben wollen. Dabei werden aktuelle Kommunikationswege des Internets wie SchülerVZ oder twitter genutzt (www.studieren-in-fernost.de 2009).

Schließlich werden die Bundesmittel dazu verwendet werden, die Lehrqualität an den Landeshochschulen zu verbessern und auch dadurch die Attraktivität eines Studiums in Sachsen-Anhalt zu erhöhen (Landeshaushaltsplan 2008/2009, S. 11). Mit dem gleichen Ziel fließt ein Teil der Mittel zudem an die Studentenwerke (Landeshaushaltsplan 2008/2009, S. 176).

Graphik 2: Prognose, Planung und Umsetzung (Studienanfänger/-innen), Sachsen-Anhalt



Vergleicht man die Planung des Hochschulpaktes (8.765 Studienanfänger/-innen p.a.) mit den Zahlen des statistischen Bundesamtes für 2007 und mit den vorläufigen, unbereinigten

Zahlen⁷⁰ für das Studienjahr 2008 (Statistisches Bundesamt 2009, Tabelle 1.3), so liegt Sachsen-Anhalt klar im Plus. 2007 wurden 600 junge Menschen mehr als vorgesehen neu an den Hochschulen eingeschrieben, und 2008 liegt ein weiterer Zuwachs von 1.100 zusätzlichen Studienanfänger/-innen vor. Insgesamt schaffte es Sachsen-Anhalt, mit etwa 1.700 Studienanfänger/-innen über Plan zu liegen und damit ebenfalls die CHE-Prognose (+1.100 für 2007-2008) zu übertreffen.

Abschließend sollen noch die finanziellen Anstrengungen betrachtet werden. Im Zuge des Hochschulpaktes 2020 erhielt das Land für die Jahre 2007 und 2008 1,0 Mio. € bzw. 2,9 Mio. € (Drucksache 16/9217, S. 10). Diese Bundesmittel werden mit Landesgeldern ergänzt, die dazu dienen, dem doppelten Abiturjahrgang 2007 zusätzliche Studiermöglichkeiten einzuräumen. Insgesamt werden für die Jahre 2007 bis 2010 4,4 Mio. € eingeplant (Landeshaushaltsplan 2008/2009, S. 15).

Tabelle 2: Bundes- und Landesmittel 2007-2010, Sachsen-Anhalt

Jahr	Bundesmittel aus Hochschul-pakt [Mio. €]	ergänzende Lan-desmittel [Mio. €]	gesamtes Mittel-aufkommen [Mio. €]
2007	1,0	0,3	1,3
2008	2,9	1,5	4,4
2009	4,9	1,5	6,4
2010	7,0*	1,1	8,1
Summe	15,8	4,4	20,2

*) eigene Berechnung

Durch die Übererfüllung der Vorgaben des Hochschulpaktes (Erhalt der Studienanfängerzahlen von 2005) hat das Land keine zusätzlichen finanziellen Ansprüche erworben da es als ostdeutsches Flächenland nach der Logik des Hochschulpakts, Phase 1, nicht an der Prämienausschüttung für zusätzliche Studienanfänger/-innen partizipiert (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 3f.). Die Leistungen der Länder fließen jedoch mit in die Planung der zweiten Stufe des Hochschulpaktes ab 2011 ein (ibid, S. 5).

Literaturhinweise:

- Drucksache 16/9217: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Vorläufige Bilanz des Hochschulpaktes 2020.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609217.pdf>,
Zugriff am 14.4.2009.
- Gabriel, Gösta; von Stuckrad, Thimo (2007): Die Zukunft vor den Toren – Aktualisierte Berechnungen der Studienanfängerzahlen bis 2020.
http://www.che.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- KMK (2007): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen bis 2020. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 182.
http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_05_01-

⁷⁰ In diesen vorläufigen Zahlen sind möglicherweise noch Mehrfacheinschreibungen und andere statistische Artefakte enthalten, so dass sie nur bedingt belastbar sind. Die endgültigen Zahlen für das Studienjahr 2008 werden erst im Herbst dieses Jahres vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

[Vorausberechnung-Schueler-Absolventen-05-2020.pdf](#),

Zugriff am 14.4.2009.

- Landeshaushaltsplan 2008/2009, Einzelplan 06, Kultusministerium – Wissenschaft und Forschung.
http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_Ministerium_der_Finzen/Dokumente/HHPL_E_2008_2009/Einzelplan06.pdf,
Zugriff am 7.4.2009.
- Pressemeldung 20.7.2008: Hochschulen in Sachsen-Anhalt stellen Studienplätze für 2000 zusätzliche Studienanfänger bereit,
<http://bildungsklick.de/pm/54496/hochschulen-in-sachsen-anhalt-stellen-studienplaetze-fuer-2000-zusaetzliche-studienanfaenger-bereit/>,
Zugriff am 20.4.2009.
- Pressemeldung 22.8.2008: „Studieren – Leben – Karriere“: Marketingstrategien der Hochschulen in Sachsen-Anhalt, http://www.asp.sachsen-anhalt.de/presseapp/data/mk/2008/124_2008_2da3589748605ff40521ea8e3a3de341.htm
Zugriff am 7.4.2009
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen – Vorbericht – Wintersemester 2008/2009; Wiesbaden.
- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).
- www.studieren-in-fernost.de 2009 = <http://www.studieren-in-fernost.de/wir>,
Zugriff am 21.4.2009

Länderbericht Schleswig-Holstein

Allgemeines

Schleswig-Holstein gehört zu der Gruppe der westdeutschen Flächenländer und damit zu den Ländern, die bis zum Jahr 2020 einen besonders hohen Anstieg der Studiennachfrage erwarten. Im Folgenden soll die besondere Situation des Landes dargestellt werden, wie es sich auf die Herausforderungen vorbereitet hat und wie erfolgreich die Umsetzung der Maßnahmen bisher läuft – soweit es eben schon erkennbar ist.

Prognosen

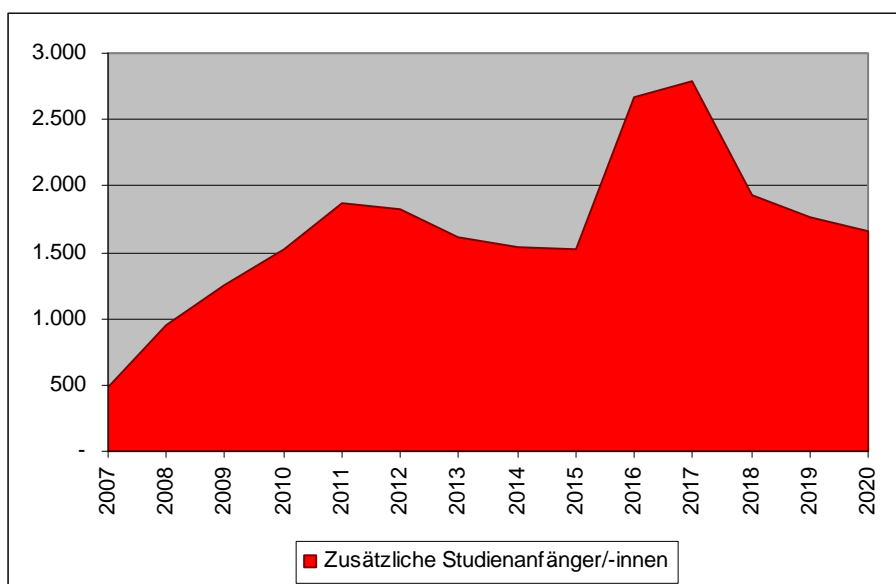
a) Studienberechtigte

Nach den aktuellen Berechnungen (KMK 2007) wird die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen von 12.300 (Ist) im Jahr 2006 auf zunächst 14.900 (Prognose) im Jahr 2010 steigen. Das ist ein Plus von 21%. Danach pendeln die Werte zwischen 14.500 und 14.800 (+18 bis 20%). Im Jahr 2016 schlägt dann der doppelte Abiturjahrgang mit einem Zuwachs auf 23.100 Hochschulzugangsberechtigte zu Buche. Das ist ein Anstieg um 87% gegenüber 2006. Selbst im Jahr 2020 sind noch 14.300 Studienberechtigte – ein Plus von immer noch 16% – zu erwarten.

b) Studienanfänger/-innen

Aus der Entwicklung der Zahlen der Studienberechtigten kann nur indirekt auf die Entwicklung der Studienanfänger/-innen geschlossen werden. Prognosen müssen die landesspezifische Übertrittsquote, die Verzögerungen beim Übergang von der Schule in das Studium (Dienstzeiten, Ausbildungen etc.) und die Effekte der Wanderungsbewegungen von Studienanfänger/-innen zwischen den Ländern berücksichtigen.

Graphik 1: Prognose der zusätzlichen Studienanfänger/-innen für Schleswig-Holstein



In Schleswig-Holstein werden nach der CHE-Prognose (Gabriel, von Stuckrad 2007) von 2007 bis 2010, der Laufzeit der ersten Phase des Hochschulpakts, über 4.200 zusätzliche Studienanfänger/-innen erwartet. Ein Spitzenwert sollte dann im Jahr 2017 erreicht werden, wenn allein in diesem Jahr 2.800 zusätzliche Studienanfänger/-innen an schleswig-holsteinischen Hochschulen zu erwarten sein dürften. Das sind in der Summe (nur Bildungs-

inländer) 9.900 Studienanfänger/-innen und damit 39% mehr als im Vergleichsjahr 2005. Selbst im Jahr 2020 sieht die Prognose noch fast 1.700 Studienanfänger/-innen oder 23% mehr als 2005.

Tabelle 1: Prognose für Schleswig-Holstein

Jahr	Prognose Studienberechtigte*)	Prognose zusätzliche Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 **)	Veränderung der Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 [%]
2007	12.880	485	6,8%
2008	13.400	951	13,4%
2009	14.530	1.253	17,6%
2010	14.940	1.529	21,5%
2011	14.840	1.875	26,3%
2012	14.640	1.830	25,7%
2013	14.540	1.616	22,7%
2014	14.540	1.534	21,6%
2015	14.760	1.526	21,4%
2016	23.070	2.661	37,4%
2017	15.270	2.791	39,2%
2018	15.150	1.924	27,0%
2019	14.840	1.771	24,9%
2020	14.320	1.657	23,3%

) KMK (2007) Tabellenteil; S. 9

**) Gabriel, von Stuckrad (2007), S. 12

c) Kosten⁷¹

Geht man von dem im Hochschulpakt fixierten Kosten von 22.000 € je Studienanfänger/-in (verteilt auf vier Jahre) aus und legt man die CHE Studienanfängerprognose zugrunde, so würde allein die zusätzliche Nachfrage von 2007 bis 2010 in Schleswig-Holstein insgesamt fast 49 Mio. € kosten. Berücksichtigt man die gesamte zusätzliche Studiennachfrage von 2007 bis 2020, so sind es sogar 515 Mio. €, die auf das Land und seine Hochschulen zukommen. Um diese Zahl in Relation zu setzen: Das sind 47% der jährlichen Ausgaben des

⁷¹ Wenn hier und im Folgenden von Kosten gesprochen wird, so sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um Zukunftsinvestitionen handelt.

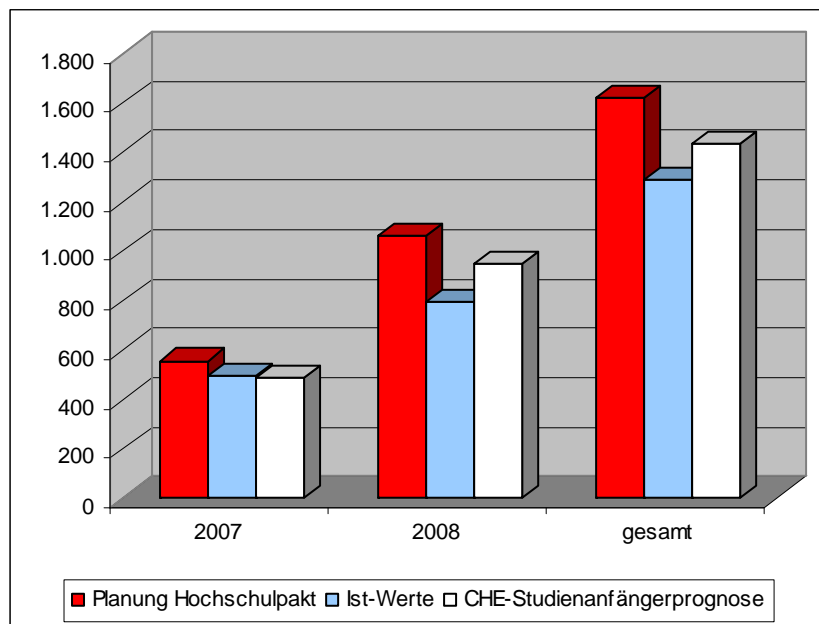
Landes für den gesamten Hochschulbereich⁷² (Statistisches Bundesamt 2008, Tabelle 2.1.1).

Die Maßnahmen des Landes

Schleswig-Holstein erhält von den Bundesgeldern im Rahmen des Hochschulpaktes 19,0 Mio. €. Das Land hat sich im Gegenzug dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2010 insgesamt 3.970 Studienanfänger/-innen über dem Niveau von 2005 an seinen Hochschulen aufzunehmen (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 11).

Der Aufwuchs soll mit 1.700 Studienanfänger/-innen an den Fachhochschulen des Landes erreicht werden, 2.300 sollen zusätzlich an den Landesuniversitäten aufgenommen werden (Pressemitteilung 15.5.2007). Hierfür werden die Mittel durch Zielvereinbarungen den Hochschulen zugewiesen (Landeshaushaltsplan 2009/2010, S. 140), wobei die konkrete Verteilung über Clusterpreise differenziert nach der Hochschulart festgelegt wird (Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr 2009). Der Aufwuchs soll dabei zu einem Viertel durch die bessere Ausnutzung bestehender Kapazitäten und zu drei Vierteln durch Kapazitätsaufbau erreicht werden. Des Weiteren wird die Lehrverpflichtung sowohl der Universitätsprofessoren als auch der wissenschaftlichen Mitarbeiter erhöht (Drucksache 16/9217, S. 18).

Graphik 2: Prognose, Planung und Umsetzung (Studienanfänger/-innen), Schleswig-Holstein



Im Hochschulpakt 2020 war für die Jahre 2007 und 2008 ein Zuwachs an Studienanfänger/-innen von etwa 600 und 1.100 gegenüber 2005 geplant (Pressemitteilung 15.5.2007). Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 2007 zeigen ein Plus von etwa 500 Studienanfänger/-innen und die vorläufigen, unbereinigten Zahlen⁷³ für das Studienjahr 2008 eine Zunahme von fast 800. Somit unterschreitet das Land in der Summe mit knapp 1.300 zusätzlichen Studienanfänger/-innen (Statistisches Bundesamt 2009, Tabelle 1.3) leicht die Planung im Zuge des Hochschulpaktes, die für den Zeitraum einen Gesamtaufwuchs von zirka 1.600 vorgesehen hatte. Die Werte liegen gleichzeitig ziemlich genau auf Höhe der Prognose des CHE, die für die Jahre 2007 und 2008 insgesamt eine gewachsene Nachfrage um 1.400 vorhergesehen hatte.

⁷² Stand 2006.

⁷³ In diesen vorläufigen Zahlen sind möglicherweise noch Mehrfacheinschreibungen und andere statistische Artefakte enthalten, so dass sie nur bedingt belastbar sind. Die endgültigen Zahlen für das Studienjahr 2008 werden erst im Herbst dieses Jahres vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

Abschließend sollen noch die finanziellen Anstrengungen betrachtet werden. Im Zuge des Hochschulpaktes 2020 sollte das Land für 2007 1,2 Mio. € und für 2008 3,5 Mio. € erhalten haben (Drucksache 16/9217, S. 10). In den Landeshaushaltsplänen sind jedoch die Soll-Werte für die beiden Jahre nicht verbucht. Nur der Ist-Wert für 2007 wird ausgewiesen, der auch den Angaben der Bundestagsdrucksache (s.o.) entspricht (Landeshaushaltsplan 2009/2010, S. 138). Vergleicht man die Zuschüsse an Bundesmitteln mit der Aufwuchsplanung im gleichen Zeitraum mit einem Plus von 1.600 Studienanfänger/-innen, so erkennt man, dass je Studienanfänger/-in und Jahr nur etwas mehr als 2.100 € anstatt 2.750 € und damit nur etwa 77% an ursprünglich ausgewiesenen Bundesmitteln an das Land fließen.⁷⁴ Dies ist darauf zurückzuführen, dass es sich bei den Bundeszuschüssen an die westdeutschen Flächenländer um eine pauschale Vorabüberweisung handelt, die erst später anhand der realen Zahlen abgerechnet wird. Dann stehen den Ländern an den Bundesgeldern auch 2.750€ je Studienanfänger/-in vier Jahre lang zu (in der Summe 11.000€) (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpaket 2007, S. 2, 5f.). In den Jahren 2009 und 2010 kann das Land Bundesmittel im Umfang von 5,9 Mio. € und 8,5 Mio. € erwarten (Landeshaushaltsplan 2009/2010, S. 138).

Die Bundesmittel werden in den Jahren 2009 und 2010 mit Landesmitteln ergänzt. Dabei fließen 2009 9,8 Mio. € und 2010 noch einmal 8,3 Mio. € direkt an die Hochschulen. So summieren sich die Landesmittel auf 18,1 Mio. €, so dass eine paritätische Ko-Finanzierung der Bundesgelder um etwa eine Mio. € unterschritten wird. Nach CHE-Berechnungen wären sogar weitere zehn Mio. € notwendig gewesen (s.o.).

Tabelle 2: Bundes- und Landesmittel 2007-2010, Schleswig-Holstein

Jahr	Bundesmittel aus Hochschulpaket [Mio. €]	ergänzende Landesmittel [Mio. €]	gesamtes Mittelaufkommen [Mio. €]
2007	1,2	0,0	1,2
2008	3,5*	0,0	3,5
2009	5,9	9,8	15,7
2010	8,5	8,3	16,8
<i>Summe</i>	<i>19,1</i>	<i>18,1</i>	<i>37,1</i>

*) Nicht in den Landeshaushaltsplänen ausgewiesen

In der ersten Hälfte der ersten Phase des Hochschulpaktes hat Schleswig-Holstein insgesamt 4,6 Mio. € Bundesmittel erhalten. Je nach Abrechnungsweise⁷⁵ hat das Land durch den erlangten Zuwachs jedoch Ansprüche auf Bundesmittel im Umfang von 4,9 Mio. € erworben. Die aktuelle, positive Differenz würde im Zuge der zweiten Phase des Hochschulpaktes mit den neuen Bundeszuweisungen verrechnet (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpaket 2020, S. 4).

Nimmt man an, dass zusätzliche Studienanfänger tatsächlich 22.000 € kosten und legt man die CHE-Studienanfängerprognose zugrunde, so ergibt die CHE-Berechnung bis 2010 einen

⁷⁴ Zu diesem Phänomen siehe unten die Zusammenfassung.

⁷⁵ Dies ist abhängig davon, ob die Zielerreichung jedes Jahr einzeln oder in der Summe bewertet wird. Für die ausgewiesene Zahl wurden die zusätzlichen Studienanfänger/-innen jedes Jahr mit 2.750€ verteilt über vier Jahre gewichtet, d.h. Studienanfänger/-innen von 2007 schlagen auch 2008 zu Buche. Negative Gesamtsalden wurden mit 0€ berechnet.

Gesamtmittelbedarf von etwa 49 Mio. € (s.o.). Das Gesamtaufkommen für Schleswig-Holstein beläuft sich dabei bisher auf 37,1 Mio. €. Die wirklich große Herausforderung wird jedoch erst nach 2010 beginnen und durch den doppelten Abiturjahrgang ab 2016 einen Höhepunkt erreichen.

Literaturhinweise:

- Drucksache 16/9217: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Vorläufige Bilanz des Hochschulpaktes 2020.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609217.pdf>,
Zugriff am 14.4.2009.
- Gabriel, Gösta; von Stuckrad, Thimo (2007): Die Zukunft vor den Toren – Aktualisierte Berechnungen der Studienanfängerzahlen bis 2020.
http://www.che.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- KMK (2007): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen bis 2020. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 182.
http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_05_01-Vorausberechnung-Schueler-Absolventen-05-2020.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- Landeshaushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 06, Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.
<http://www.schleswig-hols-tein.de/FM/DE/Landeshaushalt/AktuelleHaushaltsplaene/Epl06,templateld=raw,property=publicationFile.pdf>,
Zugriff am 7.4.2009.
- Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr 2009.
<http://www.schleswig-hols-tein.de/Wissenschaft/DE/HochschulenAusseruniversitaereForschungseinrichtungen/Hochschulpakt/Hochschulpakt.html>,
Zugriff am 7.4.2009.
- Pressemitteilung 15.5.2007: Kabinett stellt Weichen für 4000 zusätzliche Studienanfängerplätze.
<http://bildungsklick.de/pm/52988/kabinett-stellt-weichen-fuer-4000-zusaetzliche-studienanfaenger-plaetze/>,
Zugriff am 7.4.2009.
- Statistisches Bundesamt (2008): Bildung und Kultur – Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2006; Fachserie 11, Reihe 4.3; Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen – Vorbericht – Wintersemester 2008/2009; Wiesbaden.
- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).

Länderbericht Thüringen

Allgemeines

Thüringen gehört zu der Gruppe der ostdeutschen Bundesländer und damit zu den Länder, die bis zum Jahr 2020 eine abnehmende Studiennachfrage erwarten. Im Folgenden soll die besondere Situation des Landes dargestellt werden, wie es sich auf die Herausforderungen vorbereitet hat und wie erfolgreich die Umsetzung der Maßnahmen bisher läuft – soweit es eben schon erkennbar ist.

Prognosen

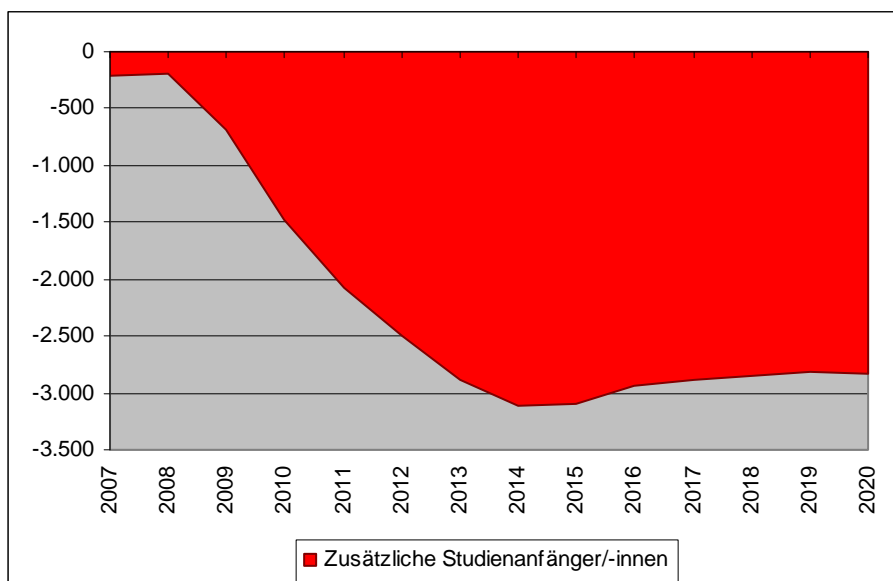
a) Studienberechtigte

Die aktuellen Prognosen (KMK 2007) zeigen für Thüringen ein teils dramatisches Bild für die kommenden Jahre. So wird die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen im Jahr 2007 noch auf dem historischen Wert von 2006 (12.800) prognostiziert. Danach brechen die Werte jedoch schnell und deutlich ein, um im Jahr 2013 mit einem Minus von fast 55% und einer absoluten Zahl von knapp mehr als 5.800 die Talsohle zu erreichen. Anschließend erholen sich die Werte wieder und bewegen sich in den Jahren 2016 bis 2020 etwa im Rahmen von 7.000 und 7.100, was jedoch immer noch ein Minus von etwa 45% gegenüber 2006 bedeutet. Da Thüringen bereits in zwölf Jahren zum Abitur führt, gibt es keine doppelten Abiturjahrgänge.

b) Studienanfänger/-innen

Aus der Entwicklung der Zahlen der Studienberechtigten kann nur indirekt auf die Entwicklung der Studienanfänger/-innen geschlossen werden. Prognosen müssen die landesspezifische Übertrittsquote, die Verzögerungen beim Übergang von der Schule in das Studium (Dienstzeiten, Ausbildungen etc.) und die Effekte der Wanderungsbewegungen von Studienanfänger/-innen zwischen den Ländern berücksichtigen.

Graphik 1: Prognose der zusätzlichen Studienanfänger/-innen für Thüringen



In Thüringen werden nach der CHE-Prognose (Gabriel, von Stuckrad 2007) von 2007 bis 2010, der Laufzeit der ersten Phase des Hochschulpakts, insgesamt etwa 2.600 Studienanfänger/-innen weniger erwartet als 2005. Auch nach 2011 fallen die prognostizierten Werte

weiter und erreichen mit einem Minus von 38% im Jahr 2014 den niedrigsten Punkt. Das sind dann nur noch zirka 5.000 Studienanfänger/-innen (nur Bildungsinländer), oder 3.100 Studienanfänger/-innen weniger als 2005. Schließlich steigen die Werte wieder auf ein Niveau von um die 5.300, was einem Minus von etwa 35% oder 2.800 Studienanfänger/-innen entspricht. In der Gesamtzeit von 2011 bis 2020 werden insgesamt zirka 28.000 Studienanfängerplätze frei bleiben, die dem Nachfrageüberhang in den westdeutschen Bundesländern zur Verfügung stehen, so sie denn erhalten werden.

Tabelle 1: Prognose für Thüringen

Jahr	Prognose Studienberechtigte*)	Prognose zusätzliche Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 **)	Veränderung der Studienanfänger/-innen gegenüber 2005 [%]
2007	12.800	-215	-2,6%
2008	12.400	-200	-2,4%
2009	10.300	-684	-8,4%
2010	7.900	-1.470	-18,0%
2011	6.790	-2.075	-25,5%
2012	6.160	-2.498	-30,7%
2013	5.840	-2.889	-35,5%
2014	6.100	-3.112	-38,2%
2015	6.710	-3.091	-37,9%
2016	7.140	-2.942	-36,1%
2017	6.970	-2.876	-35,3%
2018	7.090	-2.851	-35,0%
2019	7.100	-2.816	-34,6%
2020	7.100	-2.833	-34,8%

) KMK (2007) Tabellenteil; S. 9

**) Gabriel, von Stuckrad (2007), S. 12

c) Kosten⁷⁶

In Thüringen werden durchgehend weniger Studienanfänger/-innen als 2005 erwartet, so dass keine zusätzlichen Kosten durch erhöhten Kapazitätsbedarf entstehen. Will das Land jedoch seine Studienplätze erhalten und neue Studienanfänger/-innen gewinnen, bedarf es u.a. Marketingstrategien um die Attrahierung von Studienanfänger/-innen und Studierenden beispielsweise aus anderen Bundesländern erfolgreich zu steigern.

⁷⁶ Wenn hier und im Folgenden von Kosten gesprochen wird, so sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um Zukunftsinvestitionen handelt.

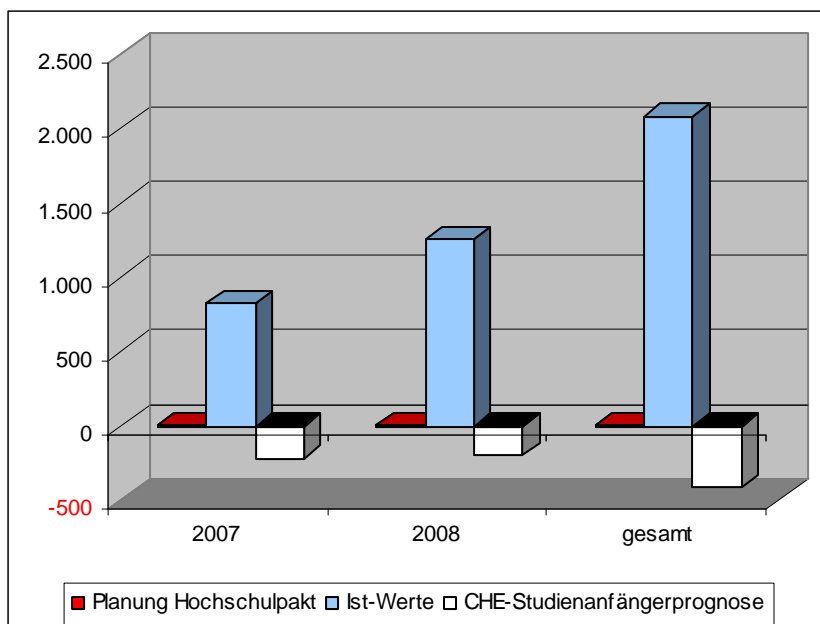
Die Maßnahmen des Landes

Thüringen erhält von den Bundesgeldern im Rahmen des Hochschulpaktes 14,9 Mio. €, wofür es sich verpflichtet die Anzahl der Studienanfänger/-innen von 2005 bis einschließlich 2010 konstant zu halten, das jährlich 9.325 Studienanfänger/-innen inkl. Bildungsausländern entspricht (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt, S. 3).

Diese Zahl soll durch zwei Programmlinien gehalten werden. Zum einen werden die Studienbedingungen an den Landeshochschulen verbessert. Dazu gehören u.a. verbesserte Infrastruktur (Laborausstattung, Computer, Bibliothek), ein Mentorenprogramm und eine Didaktikweiterbildung für das Lehrpersonal. Ein Teil der Mittel fließt auch an das Studentenwerk Thüringen, das damit die Betreuung der Studierenden verbessern soll (Thüringer Programm zur Umsetzung des Hochschulpaktes 2020, S. 3f.). In der zweiten Programmlinie sollen durch Werbemaßnahmen mehr Studienanfänger/-innen für ein Studium an thüringischen Hochschulen gewonnen werden. Die Maßnahmen bestehen aus einer Landeskampagne und einem Budget für Hochschulmarketing, über das die Hochschulen frei entscheiden können (ibid, S. 4f.). Außerdem nimmt das Land Teil an der Kampagne „Studieren in Fernost“, mit der neuen Länder insgesamt für ein Studium an ihren Hochschulen unter westdeutschen potenziellen Studieninteressenten werben wollen. Dabei werden aktuelle Kommunikationswege des Internets wie SchülerVZ oder twitter genutzt (www.studieren-in-fernost.de 2009).

Vergleicht man die Planung des Hochschulpaktes (9.325 Studienanfänger/-innen p.a.) mit den Zahlen des statistischen Bundesamtes für 2007 und mit den vorläufigen, unbereinigten Zahlen⁷⁷ für das Studienjahr 2008 (Statistisches Bundesamt 2009, Tabelle 1.3), so liegt Thüringen klar im Plus. 2007 ermöglichte es 800 jungen Menschen mehr als vorgesehen die Neueinschreibung an den Hochschulen, und 2008 liegt ein weiterer Zuwachs von fast 1.300 zusätzlichen Studienanfänger/-innen vor. Insgesamt schaffte es Thüringen, mit etwa 2.100 Studienanfänger/-innen über Plan zu liegen und damit ebenfalls die CHE-Prognose (minus 400 für 2007-2008) deutlich zu übertreffen.

Graphik 2: Prognose, Planung und Umsetzung (Studienanfänger/-innen), Thüringen



Abschließend sollen noch die finanziellen Anstrengungen betrachtet werden. Im Zuge des Hochschulpaktes 2020 erhielt das Land für die Jahre 2007 und 2008 0,9 Mio. € und 2,7 Mio.

⁷⁷ In diesen vorläufigen Zahlen sind möglicherweise noch Mehrfacheinschreibungen und andere statistische Artefakte enthalten, so dass sie nur bedingt belastbar sind. Die endgültigen Zahlen für das Studienjahr 2008 werden erst im Herbst dieses Jahres vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

€ (Drucksache 16/9217, S. 10). Im Landeshaushaltsplan 2008/2009 wird der Bundeszuschuss hingegen nicht ausgewiesen (S. 372). Eine Ergänzung der Bundesmittel mit Landesgeldern findet nicht statt, wie sich aus der Summe der Mittel für die beiden Programmlinien der Landesmaßnahmen im Zeitraum 2007 bis 2010 in Höhe von insgesamt 14,9 Mio. € ergibt (Thüringer Programm zur Umsetzung des Hochschulpaktes 2020, S.4f.). Diese Summe entspricht exakt den über den Hochschulpakt 2020 vereinbarten pauschalen Bundesmitteln.

Tabelle 2: Bundes- und Landesmittel 2007-2010, Thüringen

Jahr	Bundesmittel aus Hochschul-pakt [Mio. €]	ergänzende Lan-desmittel [Mio. €]	gesamtes Mittel-aufkommen [Mio. €]
2007	0,9	0,0	0,9
2008	2,7	0,0	2,7
2009	4,7*	0,0	4,7
2010	6,6*	0,0	6,6
<i>Summe</i>	<i>14,9</i>	<i>0,0</i>	<i>14,9</i>

*) eigene Berechnung

Durch die Übererfüllung der Vorgaben des Hochschulpaktes (Erhalt der Studienanfängerzahlen von 2005) hat das Land keine zusätzlichen finanziellen Ansprüche erworben da es als ostdeutsches Flächenland nach der Logik des Hochschulpakts, Phase 1, nicht an der Prämienausschüttung für zusätzliche Studienanfänger/-innen partizipiert (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 3f.). Die Leistungen der Länder fließen jedoch mit in die Planung der zweiten Stufe des Hochschulpaktes ab 2011 ein (ibid, S. 5).

Literaturhinweise:

- Drucksache 16/9217: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Vorläufige Bilanz des Hochschulpaktes 2020.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609217.pdf>,
Zugriff am 14.4.2009.
- Gabriel, Gösta; von Stuckrad, Thimo (2007): Die Zukunft vor den Toren – Aktualisierte Berechnungen der Studienanfängerzahlen bis 2020.
http://www.che.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- KMK (2007): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen bis 2020. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 182.
http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_05_01-Vorausberechnung-Schueler-Absolventen-05-2020.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- Landeshaushaltsplan 2008/2009, Einzelplan 04, Thüringer Kultusministerium.
http://www.thueringen.de/imperia/md/content/tfm/haushalt/haushalt_0809/04_bp.pdf,
Zugriff am 15.4.2009.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen – Vorbericht – Wintersemester 2008/2009; Wiesbaden.
- Thüringer Programm zur Umsetzung des Hochschulpaktes 2020.
http://www.thueringen.de/imperia/md/content/tkm/hochschule/thueringerprogrammzurumsetzungdeshsp2020_standaug2008.pdf,
Zugriff am 9.4.2009.

- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).
- www.studieren-in-fernost.de 2009 = <http://www.studieren-in-fernost.de/wir>, Zugriff am 21.4.2009

Zusammenfassung

Nachdem die Maßnahmen für jedes Bundesland einzeln beleuchtet worden sind, soll nun abschließend eine Art Gesamtschau der ersten Hälfte des Hochschulpaktes 2020 (1. Phase) versucht werden. Im Fokus stehen dabei drei Aspekte:

- das Verhältnis zwischen Aufwuchsplanung und tatsächlich Erreichtem,
- die qualitativen Maßnahmen, um die Lehrkapazitäten zu erhöhen oder für die Attrahierung zusätzlicher Studienanfänger/-innen bei eher freiwerdenden Kapazitäten
- die finanziellen Anstrengungen.

Angesichts der Komplexität der Thematik und der Vielfalt bedingt durch die föderale Struktur, kann diese Gesamtschau nur kursorischen Charakter haben und keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Studienanfänger/-innen – Plan und Wirklichkeit

In der ersten Phase des Hochschulpaktes sollten von 2007 bis 2010 Studienmöglichkeiten für insgesamt 91.370 zusätzliche Studienanfänger/-innen in Deutschland geschaffen werden (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 2). Da dies Zeit braucht, sind die damit verbundenen Aufwuchsplanungen ansteigend konzipiert. In den Jahren 2007 und 2008 sollte demnach nicht eine Erfüllung von 50% erreicht werden, sondern von etwa 41% des Gesamtaufwuchses. Für 2007 waren 12.788 zusätzliche Studienanfänger/-innen geplant, 2008 sollten weitere 24.484 hinzukommen, was zusammengenommen 37.272 Studienanfänger/-innen ergibt. Ein Blick in die Studienstatistik (Statistisches Bundesamt 2009, Tabelle 1.3) zeigt für 2007 und 2008 einen tatsächlich erreichten Aufwuchs von 38.254, womit die Planungen fast punktgenau erfolgreich umgesetzt worden sind (Differenz: +982 Studienanfänger/-innen). Dabei sind die Werte für 2008 noch mit einem Vorbehalt versehen, da hierin noch Mehrfacheinschreibungen und andere statistische Artefakte enthalten sein können.

Tabelle 1: Umsetzungsstand 2007 und 2008 (Studienanfänger/-innen)

	2007	2008	zusammen
Aufwuchsplanung Hochschulpakt 2020	12.788	24.484	37.272
Tatsächliche zusätzliche Studienanfänger/-innen	6.587	31.667*	38.254
Umsetzungserfolg [%]	52%	129%	103%
nachrichtlich: zusätzliche Studiennachfrage nach CHE-Berechnung	20.339	32.598	52.945

*) Hierbei handelt es sich noch um vorläufige Zahlen

Differenziert man die Umsetzung nach Jahren, so zeigt sich ein zuerst schleppender Start, da die Ziele für das Jahr 2007 nur zu 51% erreicht worden sind. Durch eine deutliche Steigerung auf 125% im Jahr 2008 konnte in der Summe für beide Jahre die 100%-Marke erreicht werden. Dieses allgemein erfreuliche Ergebnis ist dabei aber weniger darauf zurückzuführen, dass der Aufwuchs in den westdeutschen Flächenländern so erfolgreich war. Nur Bayern, das Saarland, Schleswig-Holstein und vor allem Rheinland-Pfalz schafften Umsetzungsquoten von über 80%. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen weisen eher ein Nullwachstum auf, wobei man für Baden-Württemberg jedoch noch die Studienanfänger/-innen der Berufsakademien hinzuzählen muss, die jedoch bisher noch nicht in der amtlichen Statistik

erfasst sind. Im Jahre 2007 kamen die westdeutschen Flächenländer zusammen sogar auf einen negativen Wert. Insgesamt schafften sie von 2007 bis 2008 ein Plus von zirka 17.600 zusätzlichen Studienanfänger/-innen. Da sie den Gesamtaufwuchs von 37.272 zusätzlichen Studienanfänger/-innen leisten sollten, bedeutet der erreichte Wert nur eine Erfüllung von 47% des Planungssolls.

Tabelle 2: Umsetzung nach Ländertypen und Jahr (Studienanfänger/-innen)

Ländertyp	2007	2008*	zusammen
Westdeutsche Flächenländer	-1.256	18.833	17.577
Stadtstaaten	3.931	6.758	10.689
Ostdeutsche Flächenländer	3.912	6.076	9.988

*) Hierbei handelt es sich noch um vorläufige Zahlen

Erfolgreich waren dagegen die ostdeutschen Flächenländer, die zusammen 10.000 zusätzliche Studienanfänger/-innen aufgenommen haben, obwohl sie eigentlich nur die Zahlen von 2005 halten mussten. Besonders hervorzuheben sind an dieser Stelle ebenso die Stadtstaaten, die trotz einer hohen Ausbildungsquote und keinerlei Aufwuchsverpflichtungen zusätzlich zirka 10.700 jungen Menschen ein Studium ermöglicht haben. Anders als die ostdeutschen Flächenländer haben sie dadurch aber direkte finanzielle Ansprüche an weiteren Bundesmitteln erworben (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt, S. 3f.).

Die Maßnahme des Hochschulpaktes, die Stadtstaaten und die ostdeutschen Flächenländer mit Pauschalmitteln dazu zu bewegen, ihre Kapazitäten zu erhalten und sich um neue Studienanfänger/-innen zu bemühen, zeigt sich somit bezogen auf die ersten beiden Jahre als sehr erfolgreich. Nach einem negativen Wert in 2007 holen aber auch die westdeutschen Flächenländer auf, so dass sich auch hier erste Erfolge ankündigen.

Wahl der qualitativen Maßnahmen

Bei der Wahl der konkreten Mittel zur Erreichung der Studienanfängerzahlen stehen die drei Typen an Bundesländern vor unterschiedlichen Herausforderungen. Die westdeutschen Flächenländer und die Stadtstaaten konzentrieren sich vor allem auf die Erhöhung der Lehrkapazität, während die ostdeutschen Flächenländer vor allem die Kapazitäten erhalten und versuchen, die Attraktivität ihrer Hochschulstandorte zu verbessern, um dadurch die freiwerdenden Kapazitäten aufzufüllen. Schließlich gibt es noch qualitative Zielsetzungen, die sich beiden Zielen zuordnen lassen.⁷⁸

Maßnahmen zur Erhöhung und zum Erhalt der Lehrkapazität

Hier zeigt sich ein ganzer Strauß an Maßnahmen, welche im Anhang (Tabelle 1) auszugsweise wiedergegeben wird. Am meisten verbreitet ist die vorgezogene Neubesetzung von Professuren, so dass über einen gewissen Zeitraum zwei Professor/-innen für die Lehre zur Verfügung stehen. In eine ähnliche Richtung geht die Kategorie der Seniorprofessur, mit der versucht wird, pensionierte Professor/-innen weiterhin für die Lehre zu gewinnen. Ein anderer Ansatz ist die Schaffung von neuen Stellenkategorien mit einem Schwerpunkt in der Lehre, d.h. mit einem höheren Lehrdeputat als bisherige Stellen (Lecturer, Lehrprofessur...)⁷⁹.

⁷⁸ Quelle der Auswertung sind die verschiedenen Publikationen, die in den Länderberichten erwähnt werden, wobei besonders die Drucksache 16/9217 (S. 11-18) hervorgehoben werden muss.

⁷⁹ Siehe hierzu auch die einschlägigen Empfehlungen des Wissenschaftsrats (Wissenschaftsrat 2007).

Anstatt dieser Maßnahme der Erhöhung des Lehrdeputats für einzelne Neueingestellte, die auf einen neuen Typ von Professur berufen werden, greifen manche Länder auch zu einer Erhöhung des Lehrdeputats für einzelne Gruppen bereits eingestellter Wissenschaftler/-innen. Instrumente die ebenfalls in diese Richtung gehen, sind die „Anpassung“ von Curricularnormwerten oder die Verwendung von Instrumenten der Deputatsflexibilisierung (bspw. Deputatskonten). Diese Gruppe von Maßnahmen geht naturgemäß zu Lasten anderer Aufgaben, vor allem der Forschung. Besonders ist hierbei auch zu beachten, dass die Lehrverpflichtungsverordnung ohnehin eher ein Instrument der ‚alten Steuerung‘ darstellt, das in deutlichen Widerspruch zu den heute üblichen Steuerungsansätzen steht, die in der Regel den Hochschulen größere Handlungsspielräume („Autonomie“) gewähren wollen und nach denen der Staat sich aus der detaillierten Steuerung mit Einzeleingriffen zurückziehen will. Auf diesen Einwand reagieren die in einzelnen Ländern bereits eingeführten institutionellen Lehrverpflichtungen, die nicht die Lehrleistung der einzelnen Lehrperson, sondern einer institutionellen Einheit (bspw. Fachbereich, Institut) normieren. Damit werden den Hochschulen bzw. ihren Subeinheiten Freiheitsgrade eröffnet, die erforderliche Lehrleistung eigenverantwortlich auf die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu verteilen. Die gewonnenen Freiräume sind indes marginal und erlauben Lehrdeputatsverringerungen einer Stelle nur auf Kosten einer Erhöhung bei anderen Stellen. Angemessener wäre es, mit den Hochschulen Vereinbarungen über das angestrebte Ziel – etwa bei den Neueinschreibungen und Absolvent/-innen – zu treffen und es ihnen darüber hinaus zu überlassen, wie sie diese Ziele intern umsetzen wollen (also auch mit welchem Anteil an Präsenzlehre).

Ein neuer Weg jenseits von Lehrverpflichtungen und Curricularnormwerten ist der Zugriff auf Werkzeuge des E-learning. Gerade dieser Weg kann von den Hochschulen nur dann beschritten werden, wenn es ihnen im Rahmen der Lehrverpflichtungsverordnung gewährt wird, auch andere Lehrformen – jenseits der Präsenzstunden – als Erfüllung der Lehrpflicht darzustellen.

Die ostdeutschen Flächenländer hatten bereits alle (bis auf Thüringen) Pläne zum Kapazitätsabbau, die nun zumindest aufgeschoben wurden. Exemplarisch sei hier Sachsen genannt, das die 300 Stellen, die gestrichen werden sollten, in einem Stellenpool gebündelt hat. Diese Stellen werden nun leistungsabhängig auf die Hochschulen verteilt. Zuvor waren die Studienkapazitäten in Sachsen jedoch bereits zurückgefahren worden.

Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität der Studienstandorte

Mit diesem Instrumentenkasten versuchen die ostdeutschen Flächenländer, mehr Studienanfänger/-innen u.a. aus anderen Bundesländern für ein Studium an den Landeshochschulen zu gewinnen. Er wird im Anhang auszugsweise aufgelistet (Tabelle 2).

Ein Fokus liegt dabei auf der Verbesserung der Betreuungsverhältnisse für die Studierenden an den Hochschulen und auf Maßnahmen zur Erhöhung der Lehrqualität. Auch werden teilweise die Studentenwerke durch zusätzliche Mittel unterstützt, damit diese für die Studierenden bessere Serviceleistungen erbringen können.

Damit Studierende auch von diesen Maßnahmen und sonstigen Vorteilen eines Studiums in den ostdeutschen Flächenländern erfahren, organisieren alle fünf Länder je eine Landeskampagne, die durch die Bündelung die Werbemaßnahmen der einzelnen Hochschulen unterstützen sollen. Dabei wird auch den Hochschulen bei ihrem Marketing mit Mitteln aus dem Hochschulpakt geholfen (www.hochschulkampagne.de 2009)⁸⁰. Zudem haben die Länder gemeinsam die Kampagne „Studieren in Fernost“ gestartet, mit der über mehrere Jahre vor allem potenzielle Studieninteressenten aus den westlichen Ländern für ein Studium an den Hochschulen im Osten motiviert werden sollen. Diese Kampagne setzt auf das so genannten ‚virale‘ Marketing und nutzt Kommunikationskanäle im Internet (wie SchülerVZ etc.)

⁸⁰ Vgl. <http://www.hochschulkampagne.de/>; Zugriff am 20.4.2009.

Weitere Maßnahmen

Neben den Aktionen die den obigen Zielen direkt zugeordnet werden, kann man einige weitere Ansätze finden, die Schwerpunkte im Fächerspektrum oder bei der Geschlechtergerechtigkeit setzen. Auch diese sind im Anhang auszugsweise dargestellt (Tabelle 3).

Zu Beginn des Hochschulpaktes gab es die Befürchtung, dass durch den pauschalen Bundeszuschuss von 11.000 € pro zusätzlichem/r Studienanfänger/-in der Ausbau eher zu Lasten der teuren Fächer (v.a. Natur- und Ingenieurwissenschaften) geht. Die Medizin war dabei schon von Anfang an ausgeklammert worden. Aufgrund der hohen Nachfrage der Wirtschaft nach Absolventen der so genannten MINT-Fächer (und den teils freien Kapazitäten in diesem Bereich) haben fast alle Bundesländer einen besonderen Fokus auf diesen Fächerbereich gelegt. So werden nun eher die Sprach- und Kulturwissenschaften vernachlässigt.

Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenquote finden sich in allen Bundesländern. Ein Beispiel hierfür ist Rheinland-Pfalz, das die Möglichkeit des Job-Sharings anbietet, um damit eine wissenschaftliche Betätigung für Frauen attraktiver zu machen. In Brandenburg haben sich die Hochschulen in einem Leistungsversprechen dazu verpflichtet, besonders auf die Bedürfnisse von Studierenden mit Familie Rücksicht zu nehmen.⁸¹

Die ostdeutschen Flächenländer hatten (bis auf Thüringen) bereits alle Pläne zum Kapazitätsabbau, die nun zumindest aufgeschoben wurden. Exemplarisch sei hier Sachsen genannt, das die 300 Stellen, die gestrichen werden sollten, in einem Stellenpool gebündelt hat. Diese Stellen werden nun leistungsabhängig auf die Hochschulen verteilt. Zuvor waren die Studienkapazitäten in Sachsen jedoch bereits zurückgefahren worden.

Bundesmittel und landesseitige Ko-Finanzierung

Der Hochschulpakt 2020 besteht finanziell aus dem Bundeszuschuss von 565,7 Mio. € und den Landesmitteln. In der öffentlichen Erklärung hieß es, dass die Länder die Gesamtfinanzierung sicherstellen (BMBF 2007) und es gab die Regelung, dass die westdeutschen Flächenländer die Bundesmittel 1:1 mit Landesmitteln ergänzen. Über den tatsächlichen Gesamtumfang gab es zu diesem Zeitpunkt jedoch noch keine Angaben.

Nach der CHE-Kostenprognose wären insgesamt etwa 1.700 Mio. € nötig gewesen zur Ausfinanzierung der zusätzlichen Studiennachfrage (wenn man die insgesamt zu niedrig angesetzten 22.000 Euro pro zusätzlichem Studierenden ansetzt). Dies geht aus der CHE-Studienanfängerprognose hervor, die von 2007 bis 2010 einen Studienplatzbedarf für 141.000 zusätzliche Studienanfänger/-innen vorhergesehen hatte (Gabriel, von Stuckrad 2007, S. 15), der Hochschulpakt plante jedoch nur Studienmöglichkeiten für 91.370 zusätzliche Studienanfänger/-innen.

Nun sind die finanziellen Planungen der Länder für die erste Phase des Hochschulpaktes mehr oder weniger vollständig erkennbar. Insgesamt belaufen sich die Landesmittel auf 752,1 Mio. €, womit sie 57% der Gesamtaufkommens ausmachen. Somit kommt der Hochschulpakt in seiner ersten Phase auf ein Gesamtbudget von 1.317,8 Mio. € und übertrifft damit die oben in der Einleitung genannte Überschlagsrechnung von 1.004 Mio. € deutlich.

In der Finanzplanung waren die westdeutschen Flächenländer zu einer paritätischen Ko-Finanzierung angehalten, denen alle nachgekommen sind. Zusätzliche Mittel haben Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen im Zuge ihrer Landesprogramme zur Verfügung gestellt, die bei ihrer Ausbauplanung schon die doppelten Abiturjahrgänge von 2012, bzw. 2013 im Blick haben. Auch Berlin, Brandenburg, Bremen und Sachsen-Anhalt haben, obwohl sie dazu nicht verpflichtet waren, zusätzliche Mittel für Maßnahmen im Rahmen des Hochschulpaktes eingeplant.

⁸¹ Dazu unternahm das Land Brandenburg ein durch CHE Consult unterstütztes Projekt „Kinder und Karriere“, das zu einem Katalog an Qualitätsversprechen führte (www.studium-in-brandenburg.de 2009).

Tabelle 3: Übersicht über Bundes- und Landesmittel 2007-2010

Bundesland	Bundesmittel [Mio. €]	Landesmittel [Mio. €]	Gesamtmittel [Mio. €]	Anteil der Landesmittel an Gesamtmitteln
Baden-Württemberg	74,6	205,0	279,6	73%
Bayern	87,6	191,3	278,9	69%
Berlin	22,6	25,0	47,6	52%
Brandenburg	16,1	6,0	22,1	27%
Bremen	8,0	19,0	27,0	70%
Hamburg	11,8	0,0	11,8	0%
Hessen	42,2	42,2*	84,4	50%
Mecklenburg-Vorpommern	10,9	0,0	10,9	0%
Niedersachsen	53,7	52,9*	106,6	50%
Nordrhein-Westfalen	126,2	153,2*	279,5	55%
Rheinland-Pfalz	27,8	27,8*	55,6	50%
Saarland	7,2	7,2	14,4	50%
Sachsen	27,1	0,0	27,1	0%
Sachsen-Anhalt	15,8	4,4	20,2	22%
Schleswig-Holstein	19,0	18,1	37,1	49%
Thüringen	14,9	0,0	14,9	0%
Gesamt	565,7	752,1	1.317,8	57%

*) nicht vollständig gesicherte Werte

Trotz dieses ergänzenden Mittelaufkommens lohnt sich noch ein Blick ins Detail. In den Länderberichten der westdeutschen Flächenländer ist jeweils angeklungen, dass nicht die Hälfte von 22.000 € je Studienanfänger/-in vom Bund finanziert werden, sondern mit zirka 8.500 € sogar nur 77,5%. Dies ist genau die gleiche Prozentzahl, die von den Bundesmitteln nach Abzug der Pauschalen für die ostdeutschen Bundesländer und die Stadtstaaten übrig bleiben. Bei den Bundeszuweisungen handelt es sich um Vorabüberweisungen für die Aufwuchsplanungen, die später anhand des realen Zuwachses abgerechnet werden (Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt 2007, S. 5f.). Dabei hängt die Höhe der Kosten für den Bund maßgeblich davon ab, wann die zusätzlichen Studienanfänger/-innen an den Hochschulen der westdeutschen Flächenländer aufgenommen werden. Erfolgt ein Studienbeginn beispielsweise schon 2007, so kostet diese/r Studienanfänger/-in den Bund die vollen vier Jahre der ersten Phase des Hochschulpaktes, also insgesamt 11.000€, während ein/e Studienanfänger/-in den Bund zunächst nur 2.750 € kostet. Gleicht man die Aufwuchsplanungen

der Länder mit einem Betrag von 2.750 € pro Jahr (über vier Jahre) je Studienanfänger/in ab, so würde ein planmäßiger Aufwuchs den Bundes 565,7 Mio. € bis 2010 kosten, also die gesamte Hochschulpaktsomme der ersten Phase.

Vergleicht man nun die bereits geleisteten Vorabzahlungen des Bundes an die westdeutschen Flächenländer, so zeigt sich jedoch ein anderes Bild. Insgesamt flossen 2007 und 2008 von Bundesseite 106,8 Mio. €. Durch den erreichten Zuwachs an zusätzlichen Studienanfänger/-innen hat die Länderseite im gleichen Zeitraum Ansprüche von lediglich 63,4 Mio. € erworben, was nur etwas mehr als die Hälfte der Vorabüberweisungen ist. Andererseits partizipieren jedoch auch die Stadtstaaten an dem Zuwachsprämienprogramm und waren dabei sehr erfolgreich. Für die Jahre 2007 und 2008 – wobei nur 2.750 € pro Jahr gerechnet wird und nicht die vollen 11.000 € – haben sie Ansprüche auf Bundesmittel im Umfang von 40,2 Mio. € erworben. Die ostdeutschen Flächenländer erhalten in der ersten Phase des Hochschulpaktes keine garantierte Prämie für zusätzliche Studienanfänger/-innen. So kostet der Aufwuchs der Jahre 2007 und 2008 den Bund insgesamt 103,6 Mio. € und damit in etwa die projektierte Summe. Dabei handelt es sich jedoch um den ‚Halbzeitstand‘ und der Großteil des Zuwachses ist für 2009 und 2010 vorgesehen. Eine endgültige Abrechnung kann so erst 2011 erfolgen – im Zuge der zweiten Phase des Hochschulpaktes 2020.

Literaturhinweise:

- BMBF (2007): Hochschulpakt 2020.
<http://www.bmbf.de/de/6142.php>,
Zugriff am 16.4.2009.
- Drucksache 16/9217: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Vorläufige Bilanz des Hochschulpaktes 2020.
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/092/1609217.pdf>,
Zugriff am 14.4.2009.
- Gabriel, Gösta; von Stuckrad, Thimo (2007): Die Zukunft vor den Toren – Aktualisierte Berechnungen der Studienanfängerzahlen bis 2020.
http://www.che.de/downloads/CHE_Prognose_Studienanfaengerzahlen_AP100.pdf,
Zugriff am 14.4.2009.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bildung und Kultur – Studierende an Hochschulen – Vorbericht – Wintersemester 2008/2009; Wiesbaden.
- Verwaltungsvereinbarung Hochschulpakt (2007). Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 171 vom 12. September 2007 (S. 7480).
- Wissenschaftsrat (2007): Empfehlungen zu einer lehrorientierten Reform der Personalstruktur an Universitäten,
<http://www.wissenschaftsrat.de/texte/7721-07.pdf>,
Zugriff am 15.4.2009.
- www.hochschulkampagne.de 2009 =
<http://www.hochschulkampagne.de/>;
Zugriff am 20.4.2009.
- www.studium-in-brandenburg.de 2009 =
<http://www.studium-in-brandenburg.de/index.php?kuk>,
Zugriff am 20.4.2009.

Bewertung

Allgemeine Einschätzung

Der Hochschulpakt 2020 war nicht zu erwarten. Die Föderalismusreform I hatte in ihrem Bemühen, die gemeinsamen Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern zu reduzieren, dem Bund weitgehend die Kompetenzen in der Hochschulpolitik entzogen. Insofern negiert der Geist dieser Reform eine länderübergreifende politische Dimension in den Fragen der Hochschulpolitik. Der Hochschulpakt 2020 nun unterstreicht im Gegenteil, dass es diese politische Dimension gibt – und dass sie über Fragen der gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen und anderer formaler Koordination, wie sie die KMK leisten soll, hinausgeht. Dies ist ein richtiges und begrüßenswertes Signal, denn es gibt eine gesamtstaatliche Perspektive auf die höhere Bildung, die nicht durch die Summe der Länderperspektiven erfüllt wird. Gleichzeitig zeigt die Modelllogik des Hochschulpakts 2020, mit welchen Mitteln dem Bund nach der Föderalismusreform I auch weiterhin Möglichkeiten besitzt, Ziele von gesamtstaatlichem Rang in Politikbereichen zu realisieren, in denen er über keine oder nur unzureichende formellen Gestaltungsoptionen verfügt. Der Hochschulpakt 2020 deutet darauf hin, dass leistungsabhängig verteilte Bundesmittel durchaus einen Anreiz darstellen, landesspezifische hochschulpolitische Zielsysteme zugunsten gesamtstaatlicher Perspektiven zu revidieren.

Es sind vor allem die Folgen der widersprüchlichen demographischen Entwicklung, aus denen dieser übergreifende Bedarf zum abgestimmten politischen Handeln resultiert – das macht der Hochschulpakt mit seiner Rücksicht auf die divergierende Interessenslage der drei Gruppen von Ländern deutlich. Im Westen – und damit dann auch in der Summe in Deutschland insgesamt – wird die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger/-innen noch mehr als 15 Jahre deutlich über dem Niveau von 2005 liegen. Dabei war schon in den Jahren 2000 bis 2003 die Zahl der Studienanfänger/-innen deutlich gestiegen. In den östlichen Bundesländern dagegen geht in Folge des Nachwendecknicks die Zahl der Studienberechtigten deutlich und nachhaltig zurück. Dort könnten also die im Wesentlichen jungen und gut ausgebauten Hochschulstrukturen unterausgelastet bleiben. Aus Sicht jedes dieser Länder könnte daher der Rückbau seines Hochschulsystems und dessen Anpassung an die landesinterne demographische Entwicklung eine ernsthafte, rationale Perspektive sein. Und schließlich fallen die Stadtstaaten durch eine, gemessen an den eigenen Studienberechtigten traditionell überproportionale Studierendenzahl auf.

Vor diesem Hintergrund ist der Hochschulpakt 2020 eine bemerkenswerte politische Leistung. Man wird festhalten müssen, dass die Mehrzahl der Länder nicht oder nicht in diesem Ausmaß auf die Herausforderungen reagiert hätte, wenn der Bund nicht mit erheblichen finanziellen Vorleistungen in diesen Pakt eingestiegen wäre. Gerade in diesem Teil des Hochschulpaktes, um den es hier in erster Linie geht - die Realisierung von zusätzlichen Studienanfänger/-innen - engagiert sich der Bund etwa zur Hälfte auf einem Gebiet, auf dem ihm die Föderalismusreform I just die Kompetenzen entzogen hatte, nämlich der Mitfinanzierung der Lehre.

Zwischenbilanz

In seiner ersten Phase hat der Hochschulpakt 2020 sozusagen eine recht gute ‚erste Halbzeit‘ gespielt. Die Ziele sind im Großen und Ganzen erreicht worden. Zwar haben die ostdeutschen Länder erheblich dazu beigetragen, weil sie die Planungen deutlich überfüllt haben – und diese Übererfüllung ist ihnen zunächst nicht finanziell honoriert worden (das wird nun in der nächsten Phase offenbar korrigiert). Aber zwei Anmerkungen sind hier noch zur Einschätzung notwendig. Zum einen war der Aufwuchs der zusätzlichen Studienanfänger/-innen ansteigend geplant. In der ersten Hälfte dieser ersten Phase waren daher nur 37.000 der 91.000 zusätzlichen Anfänger/-innen vorgesehen, der größte Teil der zusätzlichen Studienanfänger/-innen kommt also noch. Insofern darf diese positive Zwischenbilanz nicht überbewertet werden, man kann noch immer schwer abschätzen, ob die Ziele der zweiten

Hälfte der ersten Phase denn auch erreicht werden dürften. Dies gilt umso mehr, als es den ostdeutschen Flächenländern, und damit den überproportionalen Trägerinnen des bisherigen Zuwachses, zunehmend schwerer fallen dürfte, Nachfragereserven für höhere Bildung aus den jeweils eigenen Ländern zu erschließen. Die in der Projektion der Studienberechtigtenzahlen skizzierten demographischen Entwicklungen werden mit Beginn des neuen Jahrzehnts deutlich durchschlagen und steigende Studienanfängerzahlen in Ostdeutschland nur durch eine Stimulation der West-Ost-Wanderung junger Studienberechtigter ermöglichen.

Zum anderen bleibt zu beachten, dass die Planungen des Hochschulpakts von zu geringen Zahlen an Schulabgänger/-innen ausgingen. Das lag daran, dass der Hochschulpakt zunächst auf den Prognosen der KMK über die studienberechtigten Schulabgänge aus dem Jahr 2005 aufsetzte. Die KMK hatte auf der Basis dieser Prognose eine Vorhersage über die zu erwartenden Studienanfänger/-innen in zwei Varianten vorgelegt. Die niedrigere dieser Varianten (mit einer Übertrittsquote von 75 %) war die Grundlage der Planungen für den Hochschulpakt. 2007 legte die KMK eine neue Prognose über die Zahlen der Schulabgänger/-innen mit Hochschulzugangsberechtigung vor. Diese lag deutlich über der Prognose von 2005 (1.103.000 anstelle von 431.500 zusätzliche Studienberechtigte zwischen 2007 und 2020). Das heißt also, dass der Hochschulpakt auf einem zu geringen Planungsansatz basiert. Dieser Effekt wirkt sich jedoch wegen der in diesem Zeitraum noch überschaubaren Abweichungen der beiden Schulabgänger-Prognosen in den ersten Jahren nicht so stark aus wie in den noch kommenden (das CHE erwartet in der Hochschulpakt-Phase bis 2010 141.000 zusätzliche Studienanfänger/-innen anstelle der etwa 91.000 des Hochschulpaktes).

Es ist also nicht auszuschließen, dass die Übererfüllung des Jahres 2008 gerade der Tatsache entspricht, dass die Planungen des Hochschulpaktes zu gering angesetzt waren und sich nun für die kommenden Jahre auch ein höherer Trend, analog zu den Studienberechtigtenprognosen fortschreibt. Das wäre im Sinne übergreifender Ziele wünschenswert, würde aber die Hochschulen zum Teil vor Probleme der Finanzierung stellen. Denn zwar ist die Planungsgrundlage für die Verhandlungen der zweiten Phase des Hochschulpaktes nun angepasst worden – aber die zweite Hälfte der ersten Phase muss nun noch mit den relativ geringen Mitteln aus den Verabredungen der ersten Phase bewältigt werden.

Methodenkritik

Planungssicherheit: Eine der großen Stärken des Hochschulpakts 2020 ist zugleich eine seiner großen Schwächen. Es mag mit Rücksicht auf die Zwänge der mittelfristigen Finanzplanungen keine andere Option gegeben haben als den Pakt in Phasen zu zerlegen. Das bot zudem die hervorragende Chance, die erste Phase nun zu bewerten und in Details nachzusteuern und das Instrument zu modifizieren. Davon haben dem Vernehmen nach die Verhandlungspartner auch Gebrauch gemacht. Gleichzeitig resultiert aus diesem Faktum jedoch auch eine systematische Planungsunsicherheit für die Hochschulen. Zwar konnten die Hochschulen darauf vertrauen, dass der Hochschulpakt fortgesetzt wird. Gleichwohl haben viele Hochschulen bisher keine neuen Stellen aus Hochschulpaktmitteln geschaffen. Denn eine allgemeine Zusicherung, dass ein solcher Pakt schon fortgesetzt werde, ist eben etwas anderes als ein unkündbares Arbeitsverhältnis auf einer Professur. Darüber hinaus bestand tendenziell Unklarheit darüber, ob die Hochschulen die auf Grundlage von Planzahlen über zusätzliche Studienanfänger/-innen zugewiesenen Hochschulpaktmittel zurückzahlen müssten, so dass eine investive Verwendung der Mittel mit Unsicherheiten belegt ist. Nun kann man hoffen, dass angesichts der tatsächlichen Fortführung des Paktes das Vertrauen bei den Hochschulen in die Sicherheit dieser Zusagen wachsen wird. Gleichzeitig droht nun zusätzlich die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise, die in Kürze deutliche Spuren bei den Steuereinkünften hinterlassen wird und Einsparungen bei den konsumtiven Mitteln im Hochschulsektor zur Folge haben könnte.

Als weiterer Kritikpunkt muss die teilweise sehr detaillierte Vereinbarung von Zuwachszahlen der Studienanfänger/-innen zwischen Land und einzelner Hochschulen angeführt werden. Die so genannten hochschulspezifischen Aufwuchsplanungen in einzelnen Ländern zeigen, dass der Hochschulpakt stärker als Prämienmodell zur Verbesserung der Auslastung bereits

vorhandener Kapazitäten interpretiert wird. Ein systematischer Kapazitätsaufbau tritt demgegenüber teilweise deutlich in den Hintergrund. Durch eine auf Studiengangsebene heruntergebrochene Vereinbarung zusätzlicher Studienanfänger/-innen im Geltungszeitraum der ersten Phase des Hochschulpakts wird zudem eine planvoll-strategische, profilorientierte Schwerpunktsetzung der einzelnen Hochschulen erschwert. Dies gilt insbesondere dann, wenn bei den Aufwuchsplanungen ein Akzent auf die kostengünstigen Studienfächer gelegt wurde.

Kosten pro Studienplatz: Die Festsetzung der Kosten eines Studiums mit 22.000 € auf der Basis von jährlichen Kosten von 5.500 € ist zum Zeitpunkt der initialen Vereinbarung bereits kritisiert worden, beispielsweise durch die Hochschulrektorenkonferenz (Pressemeldung 14.12.2006). Da bei der Ermittlung dieser Werte von vornherein die Medizin unbeachtet blieb, ging der Hochschulpakt offenbar davon aus, dass die Medizin nicht ausgebaut werden würde oder sollte. Das ist vor dem Hintergrund des akut drohenden Ärztemangels nicht recht verständlich. Auf das Grundproblem des zu geringen Kostenansatzes auch für die anderen Fächer scheint man mit Blick auf die nächste Phase reagiert zu haben, der Kostenansatz soll nach ersten Berichten angehoben werden.⁸² Zu beachten ist hier auch, dass die Hochschulen für die Umstellung auf die Bachelor- und Masterstrukturen keinerlei finanziellen Ausgleich erhalten hatten – obgleich der Wissenschaftsrat einen finanziellen Mehrbedarf in Folge der Reform von mindestens 15 % feststellt (Wissenschaftsrat 2006, S. 95-98).

Studiengebühren

Bei einer Bewertung der Zwischenbilanz des ersten Hochschulpakts darf eine Einschätzung zu den Wirkungen von Studiengebühren nicht fehlen. Denn gerade in dieser Phase haben etliche Länder Studienbeiträge eingeführt, Hessen sogar wieder abgeschafft, Hamburg modifiziert. Und es steht natürlich der Verdacht im Raum, dass von ihnen eine abschreckende Wirkung ausgehen könnte – was wiederum den übergreifenden Zielen des Hochschulpaktes zuwider liefe. Allgemein wird man zunächst sagen müssen, dass eine präzise Bewertung der Effekte noch nicht möglich ist – weil die Motive der jungen Menschen für oder gegen ein Studium ohnehin vielfältig sind und weil immer erst nach vier bis sechs Jahren festgestellt werden kann, wie hoch die Übertrittsquote eines Jahrgangs war.

Immerhin könnte man meinen, dass Rheinland-Pfalz gerade deshalb die Zielzahlen des Hochschulpaktes so deutlich übererfüllt hat, weil es eben keine Studienbeiträge erhebt und von Ländern umgeben ist, die solche Gebühren eingeführt haben. Allerdings ist Rheinland-Pfalz ganz traditionell ein Land mit einem positiven Wanderungssaldo – das war auch schon vor der Einführung der Studienbeiträge so. Bayern dagegen übertrifft die Planungen des Hochschulpaktes bisher, obwohl es Studienbeiträge eingeführt hat.

Insgesamt haben viele Länder offenbar Probleme mit einer zügigen landesinternen Umsetzung des Paktes gehabt. Außerdem müssen bei den Beweggründen der potenziellen Studienanfänger/-innen verschiedene Motive beachtet werden. Eine boomende Konjunktur mit guten Möglichkeiten auf dem Arbeits- und dem Ausbildungsmarkt (wie 2006 – 08) war traditionell ein wichtiger Effekt für die Entwicklung des Nachfrageverhaltens.

⁸² In Bezug auf die Ermittlung der Kosten eines Studiums tun sich in Deutschland erhebliche methodische Schwierigkeiten auf. Zum einen sind weitgehend die Kosten für die Liegenschaften in den Daten des Statistischen Bundesamtes unberücksichtigt. Zum anderen fehlen darin weithin auch die Pensionslasten. Beide Verzerrungen sind umso gravierender, als die nun nicht mehr einheitlich in allen Ländern gleichermaßen gelten. Die Stiftungshochschulen in Niedersachsen etwa erhalten sozusagen Vollkosten als Zuschuss – weshalb Niedersachsen im Vergleich mehr Geld pro Studierenden auszugeben scheint. Hinzu kommen dann ohnehin noch die Probleme bei der Zuordnung der Personalkosten der Lehrenden auf die Aufgabenbereiche Forschung, Lehre und Verwaltung. Je nachdem, wie man diese Setzungen in die Modellrechnung einbringt, werden sich die Ergebnisse erheblich unterscheiden, zumal die Personalkosten der wichtigste Kostenblock der Hochschulen sind. (Verweis AP Kostenstrukturen...)

Eine jüngere Erhebung der HIS GmbH kam zu dem Befund, dass nur ein sehr geringer Anteil der Befragten angab, Studiengebühren hätten auf sie eine abschreckende Wirkung. Dieser Anteil glich sich beinahe aus mit denjenigen Befragten, die erklärten, Studienbeiträge seien für sie gerade ein Motiv der Wahl für einen bestimmten Hochschulstandort – weil sie dort bessere Studienbedingungen erwarteten. In der Summe geht aus dieser Befragung also ein zu vernachlässigender Effekt auf die Studieninteressenten hervor. Allerdings wurde die Befragung zu einem Zeitpunkt durchgeführt, als erst zwei Länder Gebühren eingeführt hatten. Gleichzeitig werben die neuen Länder zurzeit massiv mit der Gebührenfreiheit – und dem entspricht ein vergleichsweise höherer Anteil von westdeutschen Studienanfängern an ostdeutschen Hochschulen, die angeben, die Gebührenfreiheit sei für sie ein relevantes Motiv gewesen (Heine 2008, S. 8).

Schließlich muss berücksichtigt werden, dass die Einführung von Studiengebühren den Hochschulen in den betroffenen Ländern den kräftigsten finanziellen Zuwachs seit Jahrzehnten beschert hat (bei den Fachhochschulen sind dies regelmäßig 10 – 20 % des Jahresbudgets). Und da diese Mittel kapazitätsneutral bleiben sollen, führen sie zu einer wirklichen Verbesserung der Studienbedingungen. Das wird die Ausstattungsunterschiede zwischen den Hochschulen weiter vorantreiben. Gerade die ostdeutschen Hochschulen, die gegenwärtig mit ihrer guten Ausstattung und den besseren Betreuungsverhältnissen werben, könnten in die Not geraten, dass ihre Kommunikationsmaßnahmen derart erfolgreich sind, dass die faktischen Betreuungsrelationen sich dem westlichen Durchschnitt anpassen und die Ausstattung nicht auf dem Niveau aktuell gehalten werden kann, auf dem gerade Hochschulen in Gebührenländern bleiben.

Und die Herausforderungen?

Auf eine Konsequenz des demographischen Wandels reagiert der Hochschulpakt noch nicht. Trotz aller jüngeren politischen Bekenntnisse zur ‚Bildungsrepublik‘ und zur Bedeutung vor allem der höheren Bildung, bleibt der Pakt sozusagen defensiv. Die gesamte Argumentation geht dahin, dass man auch den jetzt starken Kohorten von studienberechtigten jungen Menschen eine gute Qualifikation anbieten müsse, dass eben auch jede Schulabgängerin und jeder Schulabgänger des ‚doppelten Abiturjahrgangs‘ studieren können müsse. Mit den zum Teil in den landesinternen Umsetzungen berücksichtigten Schwerpunkten auf die MINT-Fächer wird ein erster Bezug auf den Fachkräftemangel genommen. Ausgeblendet ist allerdings bisher der Fachkräftemangel, der sich aus dem prognostizierbaren Ersatzbedarf ergeben wird, wenn die geburtenstarken Jahrgänge aus dem Berufsleben ausscheiden werden. Der Fachkräftemangel, der in den vergangenen Jahren erörtert wurde, war im Wesentlichen wachstumsbedingt. Nun aber wird ab spätestens 2020 ein Mangel hinzukommen, der darauf zurückgeht, dass den extrem starken Jahrgangskohorten der Geburtsjahrgänge 1955 bis 1965 nur etwa 2/3 so starke junge Kohorten nachfolgen. Dieser Ersatzbedarf wird sich mithin auch nicht auf die bereits akzentuierten MINT-Qualifikationen beschränken, sondern belastbaren Modellrechnungen gemäß eine erhöhte Nachfrage bei den Lehrerinnen und Lehrern, wirtschaftswissenschaftlichen Qualifikationsprofilen usw. ergeben.

Viele Staaten setzen heute massiv auf einen Anstieg der akademischen Bildung, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen (wissensbasierte Wirtschaft, globalisierter Wettbewerb, Internationalisierung). Dazu werden vielfach die Vergleichszahlen der OECD herangezogen, aus denen hervorgeht, dass Deutschland eine Akademikerquote von gut 20 % aufweist, während der OECD-Durchschnitt an die 40 % reicht. Hierzu wird vielfach zu Recht angemerkt, dass diese Vergleiche methodisch schwierig bleiben, weil hier auf der Basis der ISCED-Klassifikation der Bildungsabschlüsse verglichen wird. Und danach gelten die Abschlüsse des dualen Ausbildungssystems in Deutschland nicht als akademische Qualifikation, während aber in vielen Ländern etliche dieser Abschlüsse bereits akademisiert sind – wobei niemand recht beurteilen kann, ob dem auch tatsächlich eine höherwertige Qualifizierung zugrunde liegt.

Ein klareres Bild verschafft da der Vergleich der Humankapitalquoten. Die OECD nutzt hier als Kenngröße den zeitlichen Verbleib im Bildungssystem. Danach liegt Deutschland auf

einem der Spitzenplätze weltweit, weil nun das (vielfach als vorbildlich rezipierte) duale System voll mitgerechnet wird. Auch wenn dabei die bisher überlangen deutschen Studienzeiten das Bild wieder etwas verzerren mögen, so kann diese Betrachtung den Erfolg der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb besser erklären als der Blick allein auf die Akademikerquote. Gleichwohl zeigt auch der Blick auf die Entwicklung der Humankapitalrate, dass Deutschland hier seit Mitte der 1990er Jahre gegenüber den meisten Industrie- und Schwellenländern an Boden verliert. Und dieses Bild lässt sich mit Blick auf die Akademikerquote nun wieder bestätigen – nicht die absolute Höhe illustriert den Bedarf höherer Bildungsinvestitionen, wohl aber die Tendenz. Deutschland kann die Quote seit etwa 40 Jahren nicht mehr steigern, während in den meisten Vergleichsländern ein deutlicher Anstieg zu beobachten ist.

Es spricht also eine Reihe von Gründen für einen massiven Ausbau der höheren Bildung in Deutschland. Zum einen sind es die Entwicklungen des Wettbewerbs selbst, die an der Qualifikationsschraube drehen. Dem entspricht zum anderen auch die interne Beobachtung, dass sich gerade für die schlecht Qualifizierten das Arbeitsmarktrisiko in den vergangenen 25 Jahren verfünffacht hat in Deutschland, für dual Qualifizierte immerhin noch verdreifacht, während das Risiko für Akademiker nahezu konstant niedrig geblieben ist. Und schließlich sind es die Auswirkungen der demographischen Verschiebungen, die einen erheblichen Ersatzbedarf provozieren, der nach den bisherigen Entwicklungslinien nicht wird befriedigt werden können.

Daher müsste Deutschland aggressiver als bisher für das Hochschulstudium werben – und das Hochschulsystem nachhaltig ausbauen. Für Jahrzehnte wird sich nicht mehr eine so einfache Gelegenheit bieten wie durch das jetzt anstehende Studierendenhoch, wo viele junge Menschen mit einer Hochschulzugangsberechtigung und der Studienbefähigung aus den Schulen kommen. Schon ab 2014 ergibt sich eine Peripetie und der Trend wird sich drehen – ab dann wird die Altersgruppe der 18 – 21-Jährigen dauerhaft abnehmen (auf etwa $\frac{3}{4}$ des heutigen Standes). Zuerst müsste also das klare politische Bekenntnis stehen, diese intellektuellen Potenziale nutzen zu wollen. Danach müssten die angemessenen Konsequenzen zur Verfolgung dieses Zieles eingeleitet werden. Der Hochschulpakt kann dem von seiner Grundanlage her nicht genügen. Er ist gedacht als eine Art Notmaßnahme zur Bewältigung eines vorübergehenden Problems.

Nachfragesteuerung

Bei den Verhandlungen über die nächste Phase des Hochschulpaktes ist der Vorschlag, ein deutliches Element der Nachfragesteuerung einzuführen, mit der Bezeichnung „Geld folgt Studierenden“⁸³ erörtert worden. Dieser Vorschlag ist zudem in die parteipolitische Auseinandersetzung zwischen A- und B-Ländern geraten. Dabei sind gegen eine länderübergreifende nachfrageorientierte Finanzierung der Hochschulen vor allem zwei Argumente angeführt worden. Ein solches Modell sei zu kompliziert und man brauche nicht noch einen weiteren Länderfinanzausgleich. Am Ende hatte der Vorschlag keine Chance. Hinter dieser Ablehnung solcher Modelle dürften mehrere Motive stehen. So wollen die Länder sicher nicht gern einen weiteren Teil ihrer hochschulpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten abgegeben – und haben daher eine Möglichkeit gesucht, bei der sie das Geld des Bundes zwar gern

⁸³ Unter der Bezeichnung Geld folgt Studierenden (GefoS) waren Jahre lang nachfrageorientierte Finanzierungsmodelle erörtert worden, Diese litten alle unter dem Problem der unterschiedlichen Finanzierungsniveaus in den Ländern. Soll Bayern für einen Studierenden, der in Brandenburg studiert, den bayerischen oder den Brandenburgischen ‚Preis‘ zahlen oder einen Durchschnittswert. Der systematische Mangel dieses Ansatzes besteht aber darin, dass das Prinzip der ‚Entsendelands‘ gelten soll, also die Frage entscheidend ist, wo jemand die Hochschulzugangsberechtigung erworben hat. Das entspricht einer paternalen Versorgungslogik, aber nicht mehr aktuellen politischen Herausforderungen. Ein nachfrageorientiertes Modell sollte die Frage berücksichtigen, welches Land den größten Vorteil von den Akademikern hat – und das ist dasjenige Land, in dem ein Akademiker oder eine Akademikerin lebt und Steuern entrichtet.

nehmen, aber zugleich möglichst weitgehend ihre Gestaltungsoptionen behalten können. Gleichzeitig haben vor allem die wohlhabenden Länder offenbar befürchtet, dass sie erneut zahlen müssten.⁸⁴

In Wahrheit hatten die Arbeitsgeberverbände zusammen mit dem Stifterverband und das CHE ähnliche Modelle vorgeschlagen, die einer Reihe von strukturellen Problemen in der Finanzierung des deutschen Hochschulsystems hätten Rechnung tragen können. Das Hauptproblem ist die noch immer fortbestehende Unterfinanzierung und die andauernde Angebotslogik. Die deutschen Hochschulen und die dahinter stehende Finanzierungslogik verhalten sich im Wesentlichen noch immer so, als müssten sie eine überbordende Nachfrage nach Studienangeboten verwalten und könnten mit Hilfe von Zulassungsbeschränkungen den Einlass kontrollieren. Das gilt zwar im Großen und Ganzen noch einige Jahre so, aber ist schon heute nicht mehr der Fall für die neuen Länder - und es wird mittelfristig auch insgesamt nicht mehr gelten für ein Land mit einer der niedrigsten Geburtenraten der Welt. Und die Trendumkehr für Deutschland insgesamt erfolgt spätestens 2016, wenn der letzte doppelte Abiturjahrgang die Schulen verlassen hat. Ab dann werden die jungen Menschen weniger.

Die Fortführung des jetzigen Modells wird faktisch die ostdeutschen Länder in einen massiven internen Konflikt treiben. Sie müssen gewärtigen, dass die Transferleistungen innerhalb der beiden Solidarpakete zur deutschen Einheit bis 2019 zurückgefahren werden. Gleichzeitig werden die Transfers aus dem Länderfinanzausgleich zurückgehen, der u.a. an die Bevölkerungszahl geknüpft ist. Demographischer Wandel und Abwanderung führen zudem zu einem schnellen Altern der Gesellschaften und zu einer erwartbaren Abnahme der Steuerzahler. Vor diesem Hintergrund ist es durchaus verständlich, wenn die Finanzpolitiker der ostdeutschen Länder im Interesse der Haushaltskonsolidierung auf die Idee verfallen, die eigenen Hochschulsysteme der sinkenden Nachfrage durch Landeskinder anzupassen. Volkswirtschaftliche Gegenargumente, die etwa den Fachkräftebedarf der eigenen Wirtschaft anführen, so richtig sie sind, werden es schwer haben angesichts der massiven Abwanderung von Graduierten in den Westen. Für diese Länder stellt es sich so dar, als würden sie Hochschulsysteme auf dem relativ hohen Niveau halten, um auf ihre Kosten die angehenden Akademiker des Westens und für den Westen auszubilden.

Dem setzt der Hochschulpakt in seiner zweiten Phase offenbar erneut Anreize entgegen. Die ostdeutschen Länder verpflichten sich noch einmal, ihre Zahlen von Studienanfänger/-innen stabil zu halten – und sie sollen bei Übererfüllung diesmal auch zusätzliche Mittel erhalten. Gleichwohl stellt sich die Frage, wie lange der skizzierte Konflikt ausgehalten werden kann, wenn sich die finanzielle Situation in den ostdeutschen Ländern zuspitzt. Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise und die durch sie ausgelösten Rückgänge der Steuereinnahmen werden das Problem verschärfen.

Die vom CHE (Berthold et al 2007) und von den Verbänden vorgelegten Finanzierungsmodelle (Stifterverband et al 2008) hätten diesen Konflikt entschärft, indem sie den einzelnen Hochschulen und den Ländern einen hinreichend starken Anreiz geboten hätten, Akademiker auszubilden, auch wenn diese danach nicht im Land verbleiben. Dazu hätten zentrale Fonds gebildet werden sollen, aus denen die Hochschulen Mittel pro Studierenden erhalten hätten.⁸⁵ Der entscheidende Punkt ist, dass in diese Fonds nach unterschiedlicher Logik eingezahlt und ausgezahlt würde. Einzahlen würden die Länder nach dem ökonomischen Vorteil, den sie durch Akademiker erzielen, ausgezahlt würde an die Hochschulen direkt nach erbrachter Lehrleistung. Mit einem solchen Modell, wie es zum Beispiel auch in der Schweiz für die interkantonale Finanzierung von Hochschulen verwendet wird, könnte sich Deutsch-

⁸⁴ Dabei handelt es sich übrigens um ein Missverständnis. Modellrechnungen des CHE zeigen, dass bei einem Bundeszuschuss in Höhe des Hochschulpaktes fast alle Länder ‚gewonnen‘ hätten.

⁸⁵ In der Grundlogik macht sich das Modell die Erfolge der DFG und der Exzellenzinitiative zu Eigen. In beiden Fällen sind eine gemischte Finanzierung von Bund und Ländern und ein wettbewerbliches Verfahren sehr erfolgreich.

land auf die stark heterogene Entwicklung der Nachfrage einstellen, die für die nächsten Jahrzehnte prägend bleiben wird. Dadurch könnten die Einzelinteressen der Länder, die länderübergreifenden Interessen und die gesamtstaatliche Perspektive zum Ausgleich gebracht werden.

Ohne ein solches Modell wird man einen Hochschulpakt nach dem anderen schließen müssen, um die ostdeutschen Länder und die Stadtstaaten auf Dauer davon abzuhalten, ihre Hochschulsysteme zurückzubauen. Den aktuellen politisch favorisierten Steuerungsansätzen der dezentralen Autonomie würde eine Finanzierungslogik entsprechen, die Anreize entsprechend den übergreifenden politischen Zielen aussendet und dann auf die dezentrale Kompetenz der Hochschulen vertraut, innovative Lösungen zu finden. Das System selbst sollte den Geist einer ‚Bildungsrepublik‘ atmen – und nicht die Angebotssteuerung eines Versorgungsdenkens verlängern. Der Föderalismus wird gerade dann nicht zum Hemmschuh der Bildungspolitik, wenn er wettbewerblich ausgelegt ist. Im Feld der Gewährung von dezentralen Handlungsspielräumen und von Hochschulautonomie funktioniert er bereits in dieser Weise. Bei der Finanzierung aber überwiegend noch die landesinternen Sichtweisen. Auf das 21. Jahrhundert bereiten wir das System der höheren Bildung nur dann vor, wenn auch in der Finanzierungslogik die föderale Struktur wettbewerblich ausgerichtet wird. Daher bleibt die Einrichtung einer nachfragegesteuerten Hochschulfinanzierung gerade bei Aufrechterhaltung der Länderkompetenzen eine noch zu lösende Aufgabe.

Literaturhinweise

- Berthold, Christian; Gabriel, Gösta; Ziegele, Frank (2007): Aktivierende Hochschulfinanzierung (AktiHF) – Ein Konzept zur Beseitigung der Unterfinanzierung der deutschen Hochschulen.
http://www.che.de/downloads/Aktihf_AP96.pdf,
Zugriff am 22.4.2009.
- Heine, Christoph (2008): Studienanfänger in den alten und neuen Ländern: Gründe der Hochschulwahl und Bewertungen der Hochschulregionen West- und Ostdeutschland. HIS Projektbericht März 2008.
<http://www.hochschulkampagne.de/dateien/HIS-Studienanfaenger-Hochschulwahl-und-bewertung.pdf>,
Zugriff am 22.4.2009.
- Pressemeldung 14.12.2006: HRK nach der gestrigen Einigung der Regierungschefs: Hochschulpakt ist richtig, aber nur ein erster Schritt,
http://www.hrk.de/de/presse/95_3581.php,
Zugriff am 22.4.2009.
- Stifterverband für die deutsche Wissenschaft; BDA; BDI; IW Köln (2008): Eckpunkte einer investitionsorientierten Hochschulfinanzierung – Ressourcen – Freiheit – Wettbewerb.
http://www.stifterverband.org/wissenschaft_und_hochschule/hochschulen_im_wettbewerb/investitionsorientierte_hochschulfinanzierung_2008.pdf,
Zugriff am 22.4.2009.
- Wissenschaftsrat (2006): Empfehlungen zum arbeitsmark- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems,
<http://www.wissenschaftsrat.de/texte/7083-06.pdf>,
Zugriff am 15.4.2009.

Anhang

Tabelle 1: Maßnahmen zur Ausweitung und zum Erhalt der Lehrkapazität, Auszüge

Maßnahme	Land	Erläuterung
Deputatserhöhung	Bayern	für das gesamte wissenschaftliche Personal seit Wintersemester 2004/2005
	Hamburg	befristete Ausweitung von 8 SWS auf 9 SWS bei Universitätsprofessoren
	Niedersachsen	Erhöhung um 2 SWS für unbefristete wissenschaftliche Mitarbeiter an Universitäten
	Schleswig-Holstein	Ausweitung von 8 SWS auf 9 SWS bei Universitätsprofessoren, deutliche Erhöhung für wissenschaftliche Assistenten
Deputatsflexibilisierung	Bayern	Deputatskonten
	Hessen	-
	Mecklenburg-Vorpommern	zusätzliche wissenschaftliche Mitarbeiter mit flexibler Lehrverpflichtung
Anpassung des Fachhochschul-CNW an bundesweite Werte	Hamburg	-
	Niedersachsen	-
Seniorprofessoren ⁸⁶	Berlin	-
	Brandenburg	-
	Niedersachsen	Anhebung der Altersgrenze für Professoren auf 68 Jahre
	Mecklenburg-Vorpommern	-
Lecturer, Lehrprofessoren etc. (neue Stellenkategorien mit Schwerpunkt Lehre)	Baden-Württemberg	Lecturer, Lehrprofessur, Juniorprofessur mit Schwerpunkt Lehre

⁸⁶ Pensionierte oder emeritierte Professoren werden weiterhin in der Lehre eingesetzt.

Lecturer, Lehrprofessoren etc. (Fortsetzung)	Bayern	Lehrprofessoren
	Berlin	Juniorprofessoren mit Schwerpunkt Lehre
Vorgezogene Besetzung von Lehrstühlen	Bayern	-
	Berlin	-
	Bremen	-
	Hessen	-
	Mecklenburg-Vorpommern	außerdem vorzeitige Beschäftigung von Juniorprofessoren mit tenure track
	Niedersachsen	-
	Nordrhein-Westfalen	540 Professuren sollen vorgezogen neu besetzt werden
	Rheinland-Pfalz	-
E-learning	Bayern	-
	Niedersachsen	-
	Schleswig-Holstein	-
Erhalt der Lehrkapazität	bspw. Sachsen	ein Stellenpool von 300 Stellen, die eigentlich gestrichen werden sollten und nun leistungsorientiert vergeben werden

Tabelle 2: Maßnahmen zur Attrahierung von Studienanfänger/-innen durch Länder mit zurückgehender Studiennachfrage, Auszüge

Maßnahme	Land	Erläuterung
Verbesserung von Betreuung und Lehrqualität	Brandenburg	leistungsorientierte Mittelverteilung u.a. für Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität des Studienangebots
	Sachsen	An Fachhochschulen Drittmittelprojekte für zusätzliche Lehr- und Betreuungsangebote An Universitäten Drittmittelprojekte u.a. zu Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement
	Sachsen-Anhalt	Maßnahmen zur Verbesserung der Lehrqualität
	Thüringen	u.a. Verbesserung der Infrastruktur (Laborausstattung, Computer, Bibliothek), ein Mentorenprogramm und eine Didaktikweiterbildung für das Lehrpersonal
Zusätzliche Unterstützung der Studentenwerke	Sachsen-Anhalt	-
	Thüringen	Zur Verbesserung der Betreuung der Studierenden
Werbemaßnahmen	Brandenburg	Landeskampagne „Erfolgreich studieren – in Brandenburg!“ Einzelmarketing der Hochschulen
	Mecklenburg-Vorpommern	Landeskampagne „Studieren mit Meerwert“ u.a. Intensivierung der Arbeit im Übergang Schule-Hochschule
	Sachsen	Landeskampagne „Studieren in Sachsen“
	Sachsen-Anhalt	Landeskampagne „Studieren – Leben – Karriere“

Werbemaßnahmen (Fortsetzung)	Thüringen	Landeskampagne, Einzelmarketing der Hochschulen
------------------------------	-----------	--

Tabelle 3: Weitere Maßnahmen, Auszüge

Maßnahme	Land	Erläuterung
Schwerpunkt in den MINT-Fächern	Baden-Württemberg	Der Ausbau von Fachhochschulen und Berufsakademien konzentriert sich auf Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften
	Bayern	54% der neuen Studienanfängerplätze und $\frac{3}{4}$ der Mittel fließen in die Ingenieur- und Naturwissenschaften und die Wirtschaftswissenschaften
	Brandenburg	JUWEL, eine Kampagne für mehr Frauen in MINT-Fächern
	Hessen	besondere Berücksichtigung der MINT-Studiengänge
	Mecklenburg-Vorpommern	Verbesserung der Auslastung in MINT-Studiengängen
	Niedersachsen	Prämien für bessere Auslastung universitärer MINT-Studiengänge, Ausbau der ausgelasteten FH-MINT-Studiengänge (2008: 1.065 von 3.000 Gesamtzuwachs in diesem Jahr) Ab 2011 soll ebenfalls ein Schwerpunkt bei dem Ausbau der MINT-Fächer liegen.
	Nordrhein-Westfalen	höhere Clusterpreise für MINT-Fächer, u.a. auch Gelder für bessere Auslastung
	Rheinland-Pfalz	Höhere Clusterpreise für MINT-Fächer Allgemeiner Schwerpunkt bei MINT-Studiengängen
	Saarland	Schwerpunkt bei Fachhochschulen in Ingenieurwissenschaften

	Sachsen	Ausbau in vom Arbeitsmarkt besonders nachgefragten Bereichen Maßnahmen zur Gewinnung von Frauen für technische Fächer
	Sachsen-Anhalt	Ausbau zur Hälfte in MINT-Fächern
	Thüringen	besondere Berücksichtigung der MINT-Studiengänge
Förderung von Frauen und Familie in der Wissenschaft	bspw. Brandenburg	besondere Berücksichtigung von studierenden Eltern
	bspw. Rheinland-Pfalz	u.a. Job-Sharing, um mehr Frauen für die Wissenschaft zu gewinnen

ISSN 1862-7188
ISBN 978-3-939589-86-0